links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 251 April 1991
23. Jahrgang WS DM 6,—/OS DM 4,

MIGRATION
ALS MENSCHENRECHT

Herbert Leuninger
Modell Megalopolis

Detlev Claussen
Angst vor dem Anderen

GOLFKRIEGDEBATTE

Arno Klönne / Klaus Vack
Härtere Zeiten —
„Geschiedene Leute“

Joachim Hirsch
Nach dem Ende der Neuen Linken

KRITIK

Kulturelle Konfrontation
Völkerrecht und Gewalt

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn eine Zeitungsredaktion viele Leserbriefe erhält, kann sie sich nur freuen. Diese sind die Bestätigung dafür, daß das Gedruckte nicht nur wahrgenommen, sondern auch kritisch aufgenommen wird. Auf drei Beiträge in der *links*, Nr. 249 erhielten wir sehr viele, ausschließlich kritisch-distanzierende Leserbriefe (vgl. *links* 250 und in dieser Nummer). Die Mehrheit der Redaktion kann große Teile dieser Kritik, wenn auch nicht jedes einzelne vorgetragene Argument, mittragen. Dennoch hält es die Redaktion auch heute noch für richtig, daß über den Golfkrieg und alle damit verbundenen Probleme ein sehr breites Meinungs- und Argumentationsspektrum dokumentiert wurde, weil dies der tatsächlichen Vielfalt und bereits sprichwörtlichen ,,Unübersichtlichkeit'' entspricht. Entgegen der geschätzten Meinung von Eva Demski halten wir den erheblichen Wirbel, den Linke erzeugten, die den Krieg und die Kriegsführung für nötig und legitim hielten, nicht ausschließlich für ,,künstlich''. Es sind reale Interessengegensätze und reale Differenzen in der politischen Optik, die ihn verursacht haben — nicht nur, wenn auch mitunter nicht ganz abwegig, Profilierungssehnsüchte. Kontrovers ist allerdings auch innerhalb der *links*-Redaktion die Frage, wie weit nach — traditionell gesprochen — links und rechts die Positionen dokumentiert werden sollen. Die Kriterien und Maßstäbe dafür sind zwar nicht abhanden gekommen, aber doch nicht mehr so leicht zu handhaben wie früher. Dieser Schwierigkeit wird die *links*-Redaktion, dies ist eine Lehre aus den zahlreichen Leserbriefen, in Zukunft stärker Rechnung zu tragen versuchen.

Redaktionsinterne Querelen wurden aus der Tatsache herausgelesen, daß einige wohlbekannte und langjährig vertretene Namen im Impressum der letzten *links* fehlten. In der Tat liegt hier nicht einfach ein Versehen vor. Joachim Hirsch nahm die innerredaktionellen Kontroversen über die Beurteilung des Golfkrieges immerhin zum Anlaß, seine Mitarbeit in der Redaktion aufzukündigen (eine wenn auch nicht unmittelbar auf diesen Akt zugeschnittene Begründung findet sich in dem Beitrag ,,Nach dem Ende der Neuen Linken'' in diesem Heft). Gleichwohl ist — im Unterschied zu ,,Rinascita'', ,,Transatlantik'' oder in Hessen ,,Stichwort Grün'' — die Redaktion nicht etwa in Auflösung begriffen. Mit der Formel ,,Redaktion zur Zeit'', die an eine Tradition aus den Anfängen der *links* anknüpft, soll eine Anpassung an bestehende Realitäten vollzogen werden, ohne personelle zu präjudizieren: Nur wer an der wöchentlichen Redaktionsarbeit teilnimmt, ist aufgeführt. Um diese ,,arbeitende Redaktion'' herum soll ein erweiterter Kreis ,,ständiger MitarbeiterInnen'' gruppiert werden, die jedoch aktiver am Produktionsprozeß beteiligt sind, als es etwa bei einem ,,Beirat'' üblich ist. Daß damit perspektivisch auch konzeptionelle Veränderungen einhergehen werden (müssen), liegt auf der Hand. Die Redaktion setzt darauf, daß sich die Leserinnen und Leser der *links* weiterhin aktiv an dieser Diskussion beteiligen.

Auch in der vorliegenden Nummer werden Reaktionen der Leserinnen und Leser auf die kontroversen Beiträge zum Golfkrieg dokumentiert. Daneben reichen wir mit dem Register eine Serviceleistung nach, die insbesondere von denen, die regelmäßig mit *links* arbeiten, bereits schmerzlich vermißt wurde. Daß es so umfangreich ausgefallen ist, liegt an der langen Zeit, die bearbeitet werden mußte. Jedoch sollen andere Themen deswegen nicht zu kurz kommen.

Schwerpunktthema der April-*links* ist das Migrationsproblem, das in seinen Ausmaßen und seinen Auswirkungen noch kaum absehbar ist und nicht selten bereits einem historischen Vergleich mit der Völkerwanderung unterzogen wird. In den beiden letzten Ausgaben der *links* wurden bereits Beiträge über Hintergründe der Auswanderungswelle russischer Juden aus der Sowjetunion publiziert. ,,Migration als Menschenrecht'' wirft nun eine andere Frage auf, die im bisherigen Verständnis des Flüchtlingsproblems noch kaum eine der Realität dieser Menschen angemessene Anerkennung erfahren hat: wirtschaftliche Not und der Wunsch nach besseren Lebensbedingungen als Asylgrund. Um dies zu erreichen, werden Gesteinsverschiebungen nicht nur in den weltpolitischen Konstellationen zwischen ,,Norden'' und ,,Süden'', sondern gerade in den Köpfen der Menschen hier notwendig sein.

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Petra Bonavita-Lindloff, Christoph Görg, Heinrich Grün, Peter-Erwin Jansen, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Rüdiger Pusch, Sebastian Reinfeldt, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, Detlev Claussen, Carl-Wilhelm Macke, ,,Sovieticus''

REDAKTIONSSEKRETÄR: Gerhard Krum
Peter-Erwin Jansen

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Undine Büch, Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELGESTALTUNG: die Redaktion

LAYOUT: Gerhard Krum, Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Mai-Ausgabe 1991 ist der 18.4.1991

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 6,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Versand,
Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme'' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Ludi-Lodovico
Cleared by war? **5**

AKTUELL

Eduard Fritsch
Wahlen in El Salvador:
Ein Schritt zum Frieden **6**

Veronique Soulé
Der schwierige Übergang
auf dem Balkan **9**

Petra Bonavita-Lindloff
Die letzte Schande **10**

Ingo Zander
Militärsteuerverweigerung **11**

AKTUELLE DEBATTE

Arno Klönne / Klaus Vack
Härtere Zeiten —
„geschiedene Leute" **13**

DOSSIER: Migration als Menschenrecht

***links*-Redaktion**
Migration als Menschenrecht **15**

Herbert Leuninger
Modell Megalopolis **16**

Herbert Leuninger
Ost-West-Migration **17**

***links*-Redaktion**
Asyl: Rechtslage und
gesellschaftliche Realitäten **27**

Detlev Claussen
Angst vor dem Anderen.
Antisemitismus und Fremdenhaß **29**

Dragutin Trumbetås.
Türkische Familie ist gekommen.

REGISTER

links-Register 1988 **19**

links-Register 1989 **21**

links-Register 1990 **23**

COSA NOSTRA

Joachim Hirsch
Ein kläglicher Abschied.
Nach dem Ende
der „Neuen Linken" **34**

THEORIE

Ludi Lodovico
Nachruf auf ein Phantom.
Vom Anfang und Ende der
„Zivilgesellschaft" **39**

RUBRIKEN

Editorial **2**

LeserInnenbriefe **4, 38**

Internationale Pressestimmen:
Carl-Wilhelm Macke
Zur Einstellung der „Rinascita" **33**

Lektüre **42**

Termine **43**

Buchläden:
Wo die *links* zu haben ist **44**

LESERBRIEFE

Betr.: *links* Nr. 249

Niveauloser Pluralismus

Ich bin empört (=irrational), wie in einer linken Zeitschrift — und auch noch im Namen der Rationalität — ein derart ,,realpolitischer'', kriegstreiberischer Artikel erscheinen kann wie der von Thomas Voss! Locker aus dem Ärmel werden (im Gegensatz zu anderen Beiträgen dazu in der *links* — bar jeder Reflexion von historischen und ökonomischen Bedingungen — altbekannte Freund-Feind-Schemata der bundesrepublikanischen Staatsparteien aneinandergereiht — und auch noch naiv geglaubt!

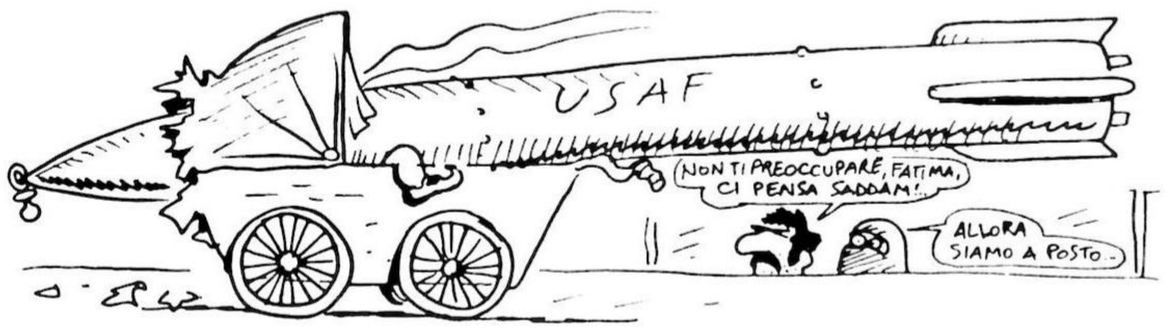
Ein so mißverstandener, niveauloser Pluralismus in der *links* verhindert notwendige Auseinandersetzung und Vermittlung.

KARL-HEINZ ALBERS

Betr.: *links* Nr. 249

Wider das Bekennertum

In der letzten Woche (18. - 23.2.91) kam der Krieg am Golf in eine entscheidene Phase. Es zeichnete sich die Möglichkeit eines irakischen Rückzuges aus Kuwait ab und damit die Erfüllung der UN-Resolutionen, die allein (wenn überhaupt) die Kriegshandlungen der USA und ihrer Verbündeten legitimieren.



Hier galt es, politisch zu intervenieren und von seiten der Friedensbewegung ein deutliches Zeichen zu setzen für alle Beteiligten, besonders die Bundesregierung, die laufenden Bemühungen um einen Waffenstillstand zu untersützten.

Die Demonstration am Freitag (22.2.) in Heidelberg war jedoch klein. Das lag nicht an der Organisation. Es lag auch nicht nur daran, daß der Krieg nun schon sechs Wochen dauert und viele zu resignieren beginnen nach all dem, was sie bisher schon versucht haben.

Der tiefere Grund liegt meines Erachtens darin, daß — geschürt durch orientierungslose aber meinungsgewaltige Linksintellektuelle, die plötzlich in der Presse ungewohnt breiten Raum erhalten — ein Bekennertum in die Friedensbewegung einkehrt: kritisiere ich Israel, muß ich mich zu dessen Existenrecht bekennen usw. Erst der Kotau vor der heiligen Kuh des anderen verschafft mir die Anerkennung als gleichberechtigter Diskussionspartner.

Ein fruchtbarer Diskurs in der Friedensbewegung über den besten Weg für alle Beteiligten wird dadurch verbaut. In der entstehenden Polarisierung zwischen einzelnen ,,Wahrheiten'' wird die Mehrzahl der Menschen, die Orientierung sucht, verunsichert und gelähmt.

Lassen wir uns doch nicht irre machen! Für mich ist die Grundlage der Friedensarbeit die Suche nach Menschlichkeit und das Wissen, daß diese Menschlichkeit unteilbar ist, daß es im Leid keinen Unterschied gibt. Ich kann keinen Unterschied sehen zwischen isrealischem, palästinensischem, irakischem, kurdischen Leid oder dem Leid einer amerikanischen Familie.

Besinnen wir uns doch darauf. Machen wir uns wieder klar, daß das tiefe und unterschiedslose Mitempfinden mit allen Opfern von Gewalt und Krieg uns verbindet.

Der Weg aus dieser Welt von Gewalt und Krieg ist schwer genug. Die Suche danach braucht alle unsere Kräfte, braucht freien unvoreingenommenen Diskurs und einen unerschrockenen Verstand.

Ein Patentrezept wird es nie geben, aber wir werden konkrete Ansatzpunkte für unser Ziel finden. Dabei brauchen wir alle den gegenseitigen Rückhalt und das Vertrauen, daß wir, wenn vielleicht auch an verschiedenen Sellen und mit verschiedenen Konzepten für das Gleiche arbeiten. Aber bitte keine Bekenntnisse mehr.

H. SCHWÖRER-ROSSNAGEL

Betr.: *links* Nr. 249/250

Verleumderischer Unsinn

In *links* 2/91 werfen Ciupke, Oetjen, Reichling, Voss, Zahn u.a. ,,den'' Sprecherinnen und Sprechern der Friedensbewegung ,,Versagen politischer Reflexion'' vor, und Thomas Voss untermalt dies in seinem Beitrag, indem er ein ums andere Mal ,,die'' deutsche Friedensbewegung des ,,emotionalen Irrationalismus'' bezichtigt. Ich finde es richtig, daß in *links* auch darüber öffentlich nachgedacht wird, ob die Zerstörung der irakischen Militärmacht das ,,Mittel'' ist, Israel zu schützen. ,,Versagen politischer Reflexion'' setzt aber dann ein, wenn die Folgen eines solchen ,,Mittels'' für die irakische Bevölkerung, die Nebenfolgen des Krieges für die sogenannte Dritte Welt und die möglichen langfristigen Folgen — denkbarerweise höchst negative — für die Position Israels nicht auch bedacht werden. (Daß ,,die UNO Trägerin der militärischen Aktionen gegen Hussein'' sei, ist übrigens eine erstaunliche Fehlinformation von Ciupke u.a.). Verleumderischen Unsinn aber, den man den Autoren der Erklärung bisher nicht zugetraut hätte, ist es, wenn ,,der'' Friedensbewegung in aller Pauschalität unterstellt wird, sie sei ,,antiamerikanisch'' und ,,antiisraelisch'', wenn nicht gar ,,antisemitisch'' (wobei vergessen wird, daß — wenn schon derlei Kennzeichnungen eingesetzt werden —, die Araber auch Semiten sind), stelle ,,das Existenzrecht Israels zur Disposition'' und nehme Partei ,,für das verbrecherische Regime Husseins''.

Es fehlt in der deutschen Presse in diesen Wochen ja wahrlich nicht an Diffamierungen der Friedensbewegung, — die etwas anderes sind als begründete und informierte Gegenpositionen oder Kritiken. Mir ist aber keine Stellungnahme noch so sehr der Militäraktion zustimmender konservativer Autoren bekannt, die derart auf Differenzierung gegenüber der Friedensbewegung und ihren Motiven verzichtet, wie dies Ciupke, Oetjen, Reichling, Voss und Zahn tun.

Mit einigen von ihnen habe ich in der politischen Bildung lange Zeit zusammengearbeitet; nun frage ich mich aber, ob sie sich nicht doch besser einem Aufgabenfeld zuwenden sollten, das Unterscheidungsfähigkeit nicht verlangt.

ARNO KLÖNNE

Klarstellung

Die Zitate aus einem Text von Michael Vogt, die Peter-Erwin Jansen in seinem *links*-Kommentar kritisch vorführt, könnten so mißverstanden werden: Arno Klönne fördert in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift Autoren, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen — typisch für die antisemitischen Verirrungen der Friedensbewegung... Ein solches Mißverständnis legt sich deshalb nahe, weil der *links*-Leserschaft in dem Kommentar folgendes vorenthalten wird: Der Aufsatz von Michael Vogt wurde nicht für die von mir herausgegebenen ,,Studien von Zeitfragen'' geschrieben, sondern er wurde, wie dort auch angegeben, aus der Diskussions-,,Beilage'' der Zeitungen des BWK, der VSP usw. dokumentiert. In den ,,Studien'' bringen wir stetig solche Dokumente von den ,,Rändern'' des politischen Meinungsspektrums, was nicht heißt, daß wir ihren Aussagen zustimmen. Typisch ist die Position von Vogt in dieser Sache nicht einmal für die Zeitschrift ,,Beilage'', und mit der Friedensbewegung hat sie gar nichts zu tun. Vogt wendet sich ja ausdrücklich gegen die friedensbewegte Linke. Insofern nimmt Jansen etwas als ,,Beleg'', was dazu nicht dienen kann. Zu flüchtig gelesen?

ARNO KLÖNNE

Betr.: *links* Nr. 249

Folterzeichen

,,Wir stecken die Republikaner-Garde in einen Sack, binden ihn zu und hauen drauf'', zitiert die taz (26.2.91) einen ,,Pentagonsprecher''. Das spaßige Bild läßt nach genauem Hinsehen an Klarheit nicht zu wünschen übrig: ein wehrloser Gefangener wird verhauen. Dazu die Nachricht der FR vom 22.2.91 ,,Rockmusik soll Irak zermürben'', zu der ich in der *links* einen Leserbrief schrieb, den zu aktualisieren ich nicht umhinkomme. Der Artikel über die Rockmusik hatte den Inhalt, daß ,,die US-Marines nahe der kuwaitischen Grenze auf eine Kriegstaktik zurückgriffen, die schon bei der Invasion in Panama erfolgreich eingesetzt wurde, um den damaligen Diktator Manuel Noriega mürbe zu machen: Rockmu-

Fortsetzung auf S. 38

KOMMENTAR

Lobet die Kälte, die Finsternis
und das Verderben!
Schauet hinan: Es kommet nicht
auf euch an.
Und ihr könnt unbesorgt sterben.
Bertold Brecht, Berliner Requiem

LUDI LODOVICO

Cleared by war?

Es handelt sich bei den aktuellen Kontroversen nicht um subjektiv bestimmte Fraktionskämpfe, sondern um den Ausdruck eines tiefer liegenden Bruchs. Dessen Ursprünge in Form von feinen Rissen liegen schon Jahre zurück und haben mit der Ernüchterung nach dem Zerfall der linken Milieus und Szenen in den 80er Jahren zu tun. Mittlerweile liegen die Bruchstellen offen, denn in jedem relevanteren Konflikt zeigt sich seit geraumer Zeit, daß die ehemaligen Selbstverständlichkeiten, Geschäftsgrundlagen und Grundüberzeugungen zwischen Linken höchst umstritten sind. Das gilt für Fragen der Theorie (was bedeuten Marx, Marxismus und kritische Theorie nach dem Verschwinden des sog. „Sozialismus"?) ebenso wie für solche der politischen Perspektiven, Hoffnungen und Erwartungen. Die Konsequenzen, die daraus innerhalb der *links*-Redaktion, von *links*-Leserinnen und -Lesern und in der interessierten Öffentlichkeit gezogen werden, müssen debattiert werden.

Meine Vermutung geht dahin, daß sich innerhalb der Generation von Linken, die sich — wie diffus auch immer — auf 1968 beziehen, seit einigen Jahren ein schleichender Erosions- und Differenzierungsprozeß vollzieht zwischen jenen, die nur noch in der Optimierung ihrer privaten Verhältnisse und Bedürfnisse eine sinnvolle Perspektive sehen, und jenen, die sich nicht von der Politik, aber vom politischen Erbe je länger desto entschiedener als einer Last oder Jugendsünde verabschieden und immer „realistischer" werden, sowie jenen, die — wie unzulänglich auch immer — an den Vorstellungen von Autonomie, Emanzipation, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit für alle Menschen auf dieser Welt festzuhalten versuchen.

Der Golfkrieg hat den schroffen politischen Gegensatz vor allem zwischen der zweiten und der dritten Gruppe nicht hervorgebracht, sondern nur ein weiteres Mal aktualisiert. Der Gegensatz ließe sich, zugegeben etwas plakativ, aber vielleicht klärend, umschreiben als Differenz zwischen einer universalistisch-emanzipatorischen Perspektive, für die nicht endgültig verloren ist, was man einmal demokratischen Sozialismus bzw. sozialistische Demokratie nannte, und dem Horizont von vielen westeuropäisch-nordamerikanisch, auf die scheinbar unveränderlichen „Realitäten" fixierten Metropolenlinken, denen die Binnenprobleme der Ersten Welt ebenso zur zweiten Natur geworden sind wie die „Normalität" der Herrschaft „ihrer" Welt über den „unterentwickelten" Rest oder wie die verbreitete Affirmation von wirtschaftlich und staatlich begründeter Macht von Menschen über Menschen als „Politik". Im Wahrnehmungshorizont eines Teils der Metropolenlinken fungiert jener „Rest der Welt" als Objekt, dem die angenehmen wie die zweifelhaften Errungenschaften der „westlichen Zivilisation", der „westlichen Werte" und „westlichen Prinzipien" wahlweise aufgeherrscht oder vorenthalten werden sollen. Schwer-ideologischer Plunder in dieser Preislage, aus linken Publikationen längst endgültig verschwunden geglaubt, kommt jetzt wieder in Mode, um die tatsächlichen Interessengegensätze zwischen Erster und Dritter Welt sowie die offene oder versteckte Verabschiedung von universalistischen Perspektiven zu kaschieren. Die Wirtschafts-, Wachstums-, Macht-, Sachzwangs-, Kriegs- und anderen westlichen „-logiken" gelten als exportwürdig, obwohl den Empfängern dieser „westlichen Werte" in allen möglichen Formen keinerlei wirkliche Wahlchance bleibt. Die Entwicklungsoptionen vereinfachen sich in dieser Optik auf die Pseudowahlchance: „Westen" oder Verhungern. Daß in diesem herrschaftlich verformten, also von vornherein ungleichen Tausch westlich orientierte, einheimische Eliten in den Ländern der Zweiten, Dritten und Vierten Welt kräftig im Sinne der Bevormundung und Entmündigung „ihrer" Völker mitwirken und mitverdienen, liegt ebenso auf der Hand, wie die direkte und indirekte Verstrickung aller Nordlichter in das Elend und die fortschreitende Verelendung fast der gesamten südlichen Hemisphäre.

Freilich sollte man sich durch solche totalisierenden Feststellungen nicht den Blick darauf verbauen, daß es sehr wohl Unterschiede gibt zwischen dem naiven Konsumenten, der z.B. Autofahren noch für eine unschuldige Selbstverständlichkeit hält, und dem Big Business, das außer Hilfreichem viel Tödliches in allerlei Formen zwischen Babynahrung und Atomkraftwerken produziert und ausführt. Die naiven Konsumenten wären jedoch allemal leichter zur Raison zu bringen — z.B. marktwirtschaftlich, durch wirklich alle Kosten und Folgeschäden deckende Energiepreise (also Benzinpreise, die Experten zufolge bei 7 bis 10 Mark pro Liter liegen müßten) — als die alles und alle dominierenden Schaltstellen der Wirtschaft und der Banken.

Die Wiederbelebung des Völkerrechts zur Errichtung einer besseren „Weltordnung" ist prinzipiell zu begrüßen, wenn auch noch nicht absehbar ist, wie der neuerliche Versuch die alten Aporien (wer garantiert die Durchsetzung völkerrechtlicher Normen gegen die „starken" Staaten?) und Sackgassen (ein Völkerrecht ohne soziale Dimensionen, also auf eine materielle Umverteilung zwischen Nord und Süd abzielende Normen, ist illegitim) überwinden soll. Der missionarische Atavismus jedoch, der hinter völkerrechtlichen Rechtsfiktionen und -figuren immer *auch* stand, steht und stehen muß, solange das Völkerrecht zuerst und vor allem Staatenrecht ist, in dem die Völker-, die Gesellschafts- und Menschenrechte eine marginale Rolle spielen, müßte allerdings zuerst und schnell getilgt werden. Das Völkerrecht ist gut 200 Jahre vor den Menschenrechten konzipiert worden; Spuren dieser vormodernen Ursprünge lassen sich bis in die aktuellen Debatten verfolgen. Seit es ein Völkerrecht gibt, heißen seine mal offenen, mal eher versteckten Leitparolen „Arcana Imperii", „Staatsräson", „Staatsinteresse", „Machtpolitik" und — in jüngerer Terminologie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts — „Realpolitik". Die Regierenden haben sich immer dann besonders laut auf das Völkerrecht berufen, wenn es wieder einmal darum ging, dessen Normen im Namen von „Staatsräson", „Staatsinteresse", „Machtpolitik" oder „Realpolitik" zu unterlaufen. Der jüngste Krieg hat die Debatte über Grundzüge und leitende Prinzipien für eine Weltordnung, die diesen Namen verdient und nicht nur als Siegertrophäe auf die Flagge heftet, provoziert — ein mit Sicherheit ebenso ungewolltes wie unumstrittenes Ergebnis des irakischen Überfalls auf Kuwait. ■

EDUARD FRITSCH

Ein Schritt zum Frieden

Wahlen in El Salvador

Zum siebten Mal seit dort der von der Regierung der Vereinigten Staaten finanzierte und gelenkte Aufstandsbekämpfungskrieg tobt, fanden am 10. März in El Salvador Wahlen statt. Das den Sozialdemokraten nahestehende ,,Institut für eurpäisch-lateinamerikanische Beziehungen" meinte im Vorfeld: ,,Die sechs Wahlprozesse zwischen 1982 und 1991 haben keine Konsolidierung der Demokratie bedeutet" (IRELA, Madrid, Januar 1991). Trotzdem waren sich am Schluß der monatelangen Diskussionen über das Verhalten zu den Wahlen die gesamte Linke und die gesamte Opposition, zu der auch die bis 1989 regierenden Christdemokraten zählen, darin einig, daß diese Wahlen einen neuen Stellenwert haben.

Zum erstenmal nahmen daran Parteien teil, die nicht oder nicht mehr (die Christdemokraten) die Aufstandsbekämpfungsstrategie untersützen, argumentierte der Guerilla-Kommandant Shafik Handal. Gelänge es, der rechtsextremistischen Regierungspartei ARENA (Republikanische Nationalistische Allianz) in der Nationalversammlung, dem Parlament, die absolute Mehrheit zu nehmen, formulierte Ruben Zamora, Generalsekretär des Linksbündnisses ,,Demokratische Konvergenz" (Convergencia Democrátia; aus der sozialdemokratischen MNR — Nationale Revolutionäre Bewegung —, der linkschristlichen MPSC — Christlich Soziale Volksbewegung —, der Partei von Zamora, und einer kleineren, jüngeren Sozialdemokratischen Partei), das Wahlziel der gesamten Opposition, so könnte die neue Parlamentsmehrheit direkten und vorantreibenden Einfluß auf die Friedensverhandlungen zwischen Regierung und Streitkräften und der Befreiungsbewegung FMLN nehmen.

Tatsächlich fielen diese Wahlen mit den laufenden, und bisher im wesentlichen ergebnislosen Verhandlungen zusammen. Bei diesen vermitteln inzwischen die Vereinten Nationen — eines der positiven Ergebnisse der November-Offensive der FMLN von 1989 — und sowohl die Beteiligten als auch alle Beobachter halten den Verhandlungsprozeß für irreversibel. Ein militärischer Sieg der Regierungsstreitkräfte und Wahlen für die erklärtermaßen ,,behütete" Demokratie, wie sie die neurechten Strategen in den USA bislang auch für El Salvador vorsahen, können also nicht länger als Alternative zu einem wie immer gearteten Kompromiß mit der FMLN und dem Befreiungsprojekt der sozialen Gerechtigkeit, wirklicher Demokratisierung und Entmilitarisierung, für das sie steht, ausgegeben werden. Die Vorgeschichte dieser Wahlen, eben der Einsatz von formalen Wahlakten als Instrument letztendlich des ,,low intensitiy warfare", haben allerdings wiederum zu einer hohen Enthaltung geführt. Bereits 1982 versuchte die damalige salvadorianische Regierung und die Mehrheit der internationalen Medien die Wahlbeteiligung zu schönen. Bei 1,1 Millionen abgegebenen Stimmen wurde sie auf 70 Prozent festgelegt. Das entsprach 1,5 Millionen Wahlberechtigten, nämlich allen, die mindestens achtzehn Jahre alt sind. Tatsächlich gab es schon damals, ohne Berücksichtigung von mindestens einer halben Million Flüchtlingen und ebenso vielen internen Kriegsvertriebenen, schätzungsweise zwei Milionen Wahlberechtigte (genaue Zahlen gibt es nicht, weil es seit 1971 keinen Zensus gegeben hat). 1984, als der Christdemokrat José Napoleòn Duarte auf Wunsch Washingtons und Heiner Geißlers und im zweiten Wahlgang Präsident wurde, wählten 1,5 Millionen Menschen — die höchste Beteiligung, die in den letzten zehn Jahren je erreicht wurde. Bei den Parlaments- und Kommunalwahlen von 1985 war sie wieder auf 1,1 Millionen abgegebene und gültige Stimmen gesunken und dabei ist es seither geblieben. Bezogen auf die Personen mit Wahlausweis — diesmal knapp 2,2 Millionen — ist das jeweils eine Beteiligung von rund 50 Prozent gewesen; bezogen auf die nach dem Alter Wahlberechtigten, die heute auf mindestens 2,8 Millionen geschätzt werden, aber nur von über 30 Prozent. ARENA, die bei den Parlaments- und Kommunalwahlen von 1988 und den Präsidentschaftswahlen von 1989 und auch jetzt, da sie sich mit einem um 45 Prozent schwankenden Ergebnis bereits wieder zur Wahlsiegerin erklärt hat, knapp die Hälfte der Stimmen gewonnen hat, verfügt also recht konstant über eine Basis von ca. einem Viertel des Wählerpotentials. Gegenüber den Wahlen von 1985 bedeutet dies allerdings eine Verdoppelung des Potentials — ein Umstand, der von der Linken bis vor kurzem zu wenig beachtet worden ist.

▶ Geringe Wahlbeteiligung ◀

Auf jeden Fall wäre es bei diesen Wahlen darauf angekommen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Die Opposition strengte sich auch an, dies zu erreichen. Die mangelde Verhandlungsflexibilität, um nicht zu sagen Sabotagepolitik von Regierung und Streitkräften am Verhandlungstisch spiegelte sich aber auch in ihrem Verhalten im Wahlkampf, bei den Wahlen und danach wider.

Im August 1990 vereinbarte die Interpartidaria (die Gesprächsrunde der neun legalen Parteien) eine bescheidene technische Wahlrefrom, die im Dezember dann auch

Foto: E.F.

Präsidentschaftswahlen 1981.
Als Wahlurne dient ein durchsichtiger Plastiksack.

als Gesetz verabschiedet wurde. In wesentlichen Punkten hat sich ARENA nicht daran gehalten. So begannen die gutdotierten Rechtsextremisten ihren Wahlkampf praktischen einen Monat vor dem vereinbarten Termin im Januar. An das Gentleman-Agreement, nicht mehr als umgerechnet 500.000 US-Dollar für Wahlwerbung einzusetzen, hielten sie sich auch nicht. Auch bei der Ausstellung von Wahlausweisen kam es zu Unregelmäßigkeiten. Als am vereinbarten Stichtag noch nicht 90 Prozent der registrierten Wähler ihre Ausweise ausgehändigt bekommen hatten, wurde der für diesen Fall vorgesehene „Notplan" erst auf Drängen der Wahlbeobachtergruppe der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) durch ein entsprechendes Gesetz in Kraft gesetzt. Den OAS-Leuten war nicht aufgefallen, daß das Ausstellen der Ausweise in den Gemeinden unter FMLN-Einfluß, wo ein Sieg der Opposition zu erwarten war, unverkennbar noch langsamer ging. Ein Beispiel: erst Anfang Januar begann in der Flüchtlingsrücksiedlung Segundo-Montes-Staat im Norden des Departements Morazan, einer traditionellen Hochburg der FMLN, die WählerInnenregistrierung. 2.464 Personen wurden eingeschrieben, dann wurde der Vorgang am 18.1., neun Tage vor Ablauf der entsprechenden Frist, einfach abgebrochen — wie bekannt wurde, nach einem Gespräch des zuständigen Militärkommandeurs mit dem Departementswahlrat. Das anschließende Ausstellen der Wahlausweise wurde überhaupt erst nach Einschalten der OAS-Wahlbeobachter begonnen. Bis zum Stichtag 1. März wurden nur noch 657 Ausweise ausgestellt (bei 3.064 Wahlberechtigten).

Im Wahlkampf dominierte eindeutig ARENA, die sich die meiste Sendezeit kaufen konnte (Finanzierungsmöglichkeiten aus dem Ausland reguliert das Wahlgesetz überhaupt nicht). ARENA fuhr auf der gewohnten Propagandalinie: Kommunismus und der Kommunistarismus der Christdemokraten führen zum Ruin. Die übliche Diffamierung des politischen Gegners (s. Arenillas-Karikaturen) wurde Mitte Februar auf die Spitze getrieben, als man das Planungsministerium die gesamte soziale und politische Opposition einschließlich des Rechtshilfebüros der Erzdiozöse von San Salvador zu Tarnorganisationen der FMLN erklären ließ. Der Tobak war so stark, daß die Interamerikanische Menschenrechtskommission (der OAS) intervenierte.

Entscheidender für das Wahlklima als die agressive Propaganda (die der Christdemokraten war im übrigen nicht weniger agressiv, nur plumper) und die Versuche, mit Schikane und Bürokratie die Ausweitung der Wählerschaft zu behindern, war und ist aber die anhaltende Unsicherheit, die Einschüchterung, der offene Terror und der Beginn einer Großoffensive der Regierungsstreitkräfte. Lange Schatten auf den Wahlprozeß warfen insbesondere das Massaker an fünfzehn Mitgliedern einer Armenfamilie am 21. Januar in der Nähe der Hauptstadt und der verheerende Brandanschlag am 9. Februar auf „Diaro Latino", die einzige Oppositionszeitung. In noch unmittelbarerem Zusammenhang mit den Wahlen standen der Anschlag auf das Büro der Convergencia in Usulután am 31. Januar, die Ermordung des Convergenica-Mitgliedes Salvador López am 19. Februar in Metapán und des UDN-Kandidaten Heriberto Robles Garcia und seiner Frau Vilma am 21. Februar mitten in San Salvador. Noch am 6. März, am letzten Tag des Wahlkampfes, wurde die UDN-Kandidatin Blanca Benavides von ARENA-Aktivisten angeschossen und schwer verletzt. In einem der Fahrzeuge der Angreifer soll der Vizepräsident Francisco Merino gesehen worden sein, ein Intimus des „pathologischen Killers" (Robert White, vormals Botschafter in El Salvador) und starken Mannes in der ARENA, d'Aubuisson. An weniger gravierenden Fällen hatte die US-Organisation „Washington Office on Latin America" bis zum 1. März 1991 an die dreißg zusammengetragen!

In ihrem ersten Bericht zur Wahlkampagne kommt die OAS zum Schluß, daß die meisten Klagen, die ihr von der Opposition vorgetragen wurden, sich gegen Angehörige der Streit- und Sicherheitskräfte richten. Die OAS zeigt sich dennoch zufrieden damit, daß Regierungsstellen in den meisten Fällen Untersuchungen begonnen haben. Zufrieden zeigt sie sich auch, die ihre Rolle als konstruktive gegenüber der beobachteten Regierung versteht, mit der Zusammenarbeit mit den Liaison-Offizieren der Armee. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die OAS — etwas voreilig, denn *vor* dem Vorliegen der endgültigen Wahlergebnisse — jetzt erklärt hat, die Wahlen seien im großen und ganzen fair gewesen — trotz einiger „Unregelmäßigkeiten".

Unabhängige WahlbeobachterInnen und

Auf der SCUD-Rakete: die Oppositionspolitiker Ruben Zamora (MPSC) und Fidel Chavez Mena (Christdemokraten)

Die Leiterin des Rechtshilfebüro der Erzdiozese von San Salvador (Tutela Legal), Maria Julia Hernandez, streichelt den „Terroristen", von dem in diesem ARENA-Pamphlet unterstellt wird, daß er verantwortlich ist für den Brandanschlag auf die oppositionelle Tageszeitung „Diario Latino".

Der Generalsekretär und Spitzenkandidat der Christdemokratischen Partei, Fidel Chavez Mena: „Danke Shafik Hussein. Mal sehen, ob mich diese Maske vor soviel Sand schützt." (Shafik ist der Vorname des FMLN-Kommandanten Shafik Handal. Sand ist auf Spanisch ARENA.)

Unsicherheit und offener Terror

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

Der Lukas-Plan der IG Metall

„Was wir gegenwärtig machen, ist einerseits mit unseren Erfahrungen auch aus den Arbeitskreisen Alternative Fertigung, konkrete Produktideen zu entwickeln, auch Finanzierungsideen, Marktideen, die teilweise auch hinterher zur Organisierung öffentlicher Nachfrage führen oder führen können. Das bedeutet allerdings, daß sich Arbeitnehmer schon für ihre eigenen Interessen in diesem Feld engagieren müssen. Sie müssen sich, ein Stück weit, den Kopf von Unternehmern zerbrechen. Wir müssen demnach in den Betrieben darüber Diskussionen führen, welche Produkte wir mit welchen Produktionstechnologien, welchen Anlagen, in welchen Betrieben und an welchen Standorten produzieren können."

Reinhard Kuhlmann,
Leiter der Abt. Grundsatz
der IGM, zur Rüstungskonversion
im *express*-Gespräch

Außerdem
in der **April-Ausgabe** des *express*:

Alternative Produktion oder Marketing?: das PUR-Projekt von MBB und der Stadt Augsburg ● Entrüstet Daimler: Betriebliche Opposition im Rüstungskonzern ● Tarifabschluß der ÖTV ● Ohnmacht gegenüber den Verhältnissen: Interview mit Vertrauensmann ● Unternehmenskultur: Dokumentation ● PDS in Italien ● Buchbesprechungen ● Betriebs- und Gewerkschaftsspiegel ● u.v.m.

Einzelheft DM 5,—
Abonnement DM 54,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

die Oppositionsparteien wissen anderes zu berichten: Wahllokale wurden kurzfristig verlegt, an manchen Orten begannen die Wahlen zu spät, an anderen wurden sie zu früh geschlossen; Wahlunterlagen wurden ausgetauscht; in der Stadt Santa Tecla wurden Wahlzettel benutzt, auf denen die Convergencia gar nicht auftauchte; Wahlzettel mit Stimmen für die Convergencia wurden auf der Straße verstreut gefunden. Während die öffentlichen Transportmittel bei den langen Wegen zu den Wahlorten auf dem Lande, aber auch in der Stadt (in der Millionenstadt San Salvador gab es nur sieben Wahllokale) nicht ausreichten, setzte ARENA massenhaft Busse und LKWs einh. Bei den Wahlüberwachern vor Ort (an jedem der über 6.000 Wahltische theoretisch ein Vertreter der teilnehmenden Parteien) dominierte wieder ARENA, was auch ohne Anmache oder tätliche Übergriffe auf KontrahentInnen einschüchternd wirkt. Entgegen der Wahlgesetzänderung, die vorsieht, daß keine durchsichtigen Urnen (Plastiksäcke) benutzt werden und die laufenden Nummern auf den Wahlzetteln vor dem eigentlichen Wahlvorgang entfernt werden, gab es wieder die durchsichtigen Plastiksäcke. Beobachtet wurde auch, wie Wahlhelfer auf die Wahlzettel die Listennummer der Wähler schrieben. Vollends absurd wird die Behauptung, diese Wahlen seien geheim gewesen, wenn im salvadorianischen Fernsehen den Leuten über die Schultern geschaut wird, wie sie auf der kaum vor Einsicht geschützten Schreibplatte ihr Kreuzchen machen.

Wahlkampf 1991:
Abschlußkundgebung der Convergencia Democratica im Parque Libertad.

▶ Stärkung der Opposition ◀

Obwohl auf der Titelseite der „tageszeitung" vom 12.3. prangt „El Salvador: Rechte siegt", ist es knapp geworden für ARENA. Bei der endgültigen Auszählung, wenn sie nur mit rechten Dingen zuginge, vor allem bei der Zuordnung der Reststimmen für die 84 Parlamentssitze, könnte ARENA die absolute Mehrheit verfehlen und ihre treuen Verbündeten, die rechten Kleinparteien MAC und PCN, haben schlecht abgeschnitten. Die endgültige Auszählung aber ist um fast eine Woche verschoben worden. Derweil werden die Hochrechnungen in den ARENA-dominierten Medien immer ungünstiger für die Opposition, widersprechen aber immer mehr deren eigenen Berechnungen, die auf der Grundlage der Angaben ihrer Vertreter an den Wahltischen angestellt werden.

Vier Tage nach den Wahlen war der Ausgang ungewiß. Wird ARENA mit allen Mitteln versuchen, die Mehrheit zu halten bzw. auszubauen und zusammen mit den Militärs entsprechend triumphalistisch und unnachgiebig an den Verhandlungstisch zu kommen, oder wird — auch in der Regierung der Vereinigten Staaten — akzeptiert werden, daß trotz aller Behinderungen und der niedrigen Wahlbeteiligung die Linke dritte politische Kraft geworden ist und die Nichtwähler und Oppositionswähler, zusammen an die zwei Drittel der real Wahlberechtigten, mit ihrem Verhalten zum Ausdruck bringen, daß sie jenseits von Wahlen endlich eine Verhandlungslösung für einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit, wirklicher Demokratie und Entmilitarisierung wollen.

Wahlen können in keinem Fall einen Durchbruch am Verhandlungstisch, in diesem Falle konkret in der Frage der strukturellen Reformierung der Streitkräfte, eines Endes der Straffreiheit für uniformierte Menschenrechtsverletzer und letztendlich der Entmilitarisierung der Gesellschaft, ersetzen. Aber selbst wenn ARENA ohne einen folgenschweren Wahlbetrug die Mehrheit im Parlament behält, wird die Opposition (einschließlich der Gewerkschafter, die sich auf der christdemokratischen Liste präsentiert haben) stark genug sein, um auf Verhandlungsfortschritte zu drängen. ■

VÉRONIQUE SOULÉ

Der schwierige Übergang auf dem Balkan

Der Norden des Balkan gehörte zu Österreich-Ungarn, der Süden zum Osmanischen Reich. Beide Reiche überstanden den Ersten Weltkrieg nicht, aber die Spuren haben dort bis heute überdauert. Ob Bulgaren, Serben, Rumänen oder Albaner — ihre politische und soziale Erfahrung ist immer noch von der Zeit geprägt, da sie sich unter das osmanische „Joch" begeben haben. Das ist es, was sie auf dem Weg aus dem Kommunismus so wanken läßt, wie sowohl die gewaltsamen Demonstrationen zeigen, die am Samstag, dem 9. März, Belgrad erschütterten, als auch die irrlichterne Liberalisierung, die das albanische Regime eingeleitet hat.

Im Gegensatz zum Süden mit seinen explosiven Entwicklungen erleben die nördlicheren Republiken Kroatien und Slowenien und das bis zu einem gewissen Grade vergleichbare Ungarn einen relativ ausgewogenen Übergang. Es scheint, als wirkte in diesem von zahllosen Kriegen und Kleinkriegen heimgesuchten Südosteuropa mit seinen oft einander befehdenden Völkern das Erbe der Geschichte nachdrücklicher als anderswo.

In Belgrad, Hauptstadt des jugoslawischen Staatenbundes, aber vor allem Hauptstadt des Bundesstaates Serbien, haben die freien Wahlen im letzten Dezember, die ersten freien Wahlen seit der kommunistischen Machtübernahme, die inneren Spannungen nicht zu verringern vermocht. Einige militante Teilnehmer an der Demonstration verglichen diesen Samstag sogar mit einen „dritten Wahlgang". Diese befremdende Auslegung der demokratischen Spielregeln ist in Ländern wie Ungarn und der Tschechoslowakei schlicht undenkbar.

Man muß befürchten, daß die für den 31. März vorgesehenen Wahlen in Tirana ein ähnliches Nachspiel zeitigen könnten, d.h. Wahl formal legitimierter Parlamentarier, aber nicht nachlassende Anfechtung der Ergebnisse. Es lassen sich mehrere Ursachen zur Erklärung dieser politischen Sackgasse finden: der politische und ökonomische Rückstand dieser Jahrhunderte lang von den Osmanen beherrschten Länder, die daraus resultierende schwache demokratische Tradition, die Nachwehen einer von gewaltsamen Konflikten über Gebietsansprüche und nationalistischem Ressentiment gekennzeichneten Vergangenheit und — was beim Wandel am schwersten wiegt — das schwach ausgebildete Staatsbewußtsein und Staatsethos.

Krise als Normalzustand

Aber man soll darüber die Unterschiede nicht aus den Augen verlieren. Das posttitoistische Jugoslawien hat schon seit langem mit der Öffnung zum Westen begonnen. Das Albanien nach Enver Hodscha hat — beispiellos in Europa — soeben eine vierzigjährige Quarantäne beendet. Seit jenem Jahr 1950, als Tito und Kardelj die Arbeiterselbstverwaltung einführten, sind wahrscheinlich in keinem anderen Land der Welt so viele, so vielseitige und oft auch so kurzlebige Experimente angeordnet worden. Albanien hat gerade erst beschlossen, daß die Bauern eine eigene Scholle haben dürfen.

Der tiefste und entscheidende Unterschied ist aber, daß Jugoslawien um das Überleben als Land ringt, während in Tirana lediglich ein kommunistisches Regime verzweifelt darum kämpft, sein baldiges Ende aufzuschieben. „Im Jugoslawien unter und nach Tito ist der Zerfall eine Weise der Dauerhaftigkeit", schreibt Josef Krulic in „Die große Erschütterung, Osteuropa 1989 - 1990". Dieses Axiom ist unbedingt zu gewärtigen, will man die schier unglaubliche jugoslawische Dynamik verstehen. Dieses Land, das bereits unter dem Marschall nicht von Krisen verschont geblieben war, erlebt seit seinem Tod 1980 oder genauer: seit Mitte der achtziger Jahre einen „beschleunigten Zerfallsprozeß". Trotz diesem Stakkato überlebt es. Wie wenn die Krise der Normalzustand wäre.

Seit Anfang dieses Jahres scheint es, als strebe sie ihrem Höhepunkt zu. Keine der sechs Republiken macht noch einen Hehl daraus, daß sie nunmehr ausschließlich im eigenen Interesse handeln und ihnen das Gemeinwohl Jugoslawiens nichts mehr bedeutet. Die Macht des Bundes, früher eingeschränkt, ist jetzt gelähmt. Der Ministerpräsident der Föderation, der ewig optimistische Markovic, sieht die Erfolgschancen seines Wirtschaftsreformprogramms von Tag zu Tag sinken. Zumal der Streit zwischen den Völkern pulverfaßartig entbrannt

ist. womit jene Phase errreicht ist, von der aus die Fatalität ihren Lauf nehmen könnte.

Im Rückblick muß man den kritischen Punkt wohl 1989 ansetzen, dann nämlich, als Kroatien in die Arena tritt. Seit der Unterdrückung der kroatischen Reformbewegung durch Tito im Jahre 1971 hatte diese Republik Schweigsamkeit geübt. Bis dahin war, so erbittert die ethnischen Auseinandersetzungen zwischen der albanischen Bevölkerungsmehrheit einerseits und den Serben und Montenegrinern anderseits, zwischen den Serben und der Minderheit der Montenegrinern oder zwischen Serben und Slowenen auch geführt wurden, das wie immer mühsam erhaltene Gleichgewicht Jugoslawiens nicht ernsthaft gefährdet. Das Wiederaufleben des kroatischen Nationalismus, zum Teil Reflex auf das Anschwellen des Serbischen, war dazu angetan, es zu kippen, dazu angetan, ein neues tragisches Kapitel der konfliktschweren Geschichte des Verhältnisses zwischen diesen beiden tragenden Republiken der jugoslawischen Föderation zu schreiben, vor jedem anderen ethnischen Konflikt zum motorischen Moment der Auflösung Jugoslawiens zu werden.

Abschließend kann man die angesichts der äußerst komplexen Lage vereinfachende These vertreten, daß Jugoslawien zwei verschiedene schwere Krisen erlebt: eine sozioökonomische, die zu einem Großteil von Tito vermacht worden ist, und eine nationale, an der Tito, dem die nationale Frage als „gelöst" gegolten hatte, wiederum nicht wenig Schuld trägt.

72 Jahre nach seiner Gründung zweifelt Jugoslawien an seiner Lebensfähigkeit. Beim „runden Tisch", der im Januar eröffnet worden ist, prallen zwei Konzeptionen aufeinander. Slowenen und Kroaten, die in freien Wahlen eine nicht kommunistische Führung gewählt haben, fordern einen losen Bund nach EG-Muster. Ihre „Gegner", Serben und Montenegriner, die eine kommunistische Führung gewählt haben und die Unterstützung der Armee besitzen, treten für eine straffe Konföderation ein.

Neuerlich hat Bosnien-Herzegowina eine mittlere Lösung vorgeschlagen, und zwar eine „assymetrische Gemeinschaft", in der Serbien, Montenegro, Bosnien und Mazedonien untereinander eng verbunden sein sollten, während Kroatien und Slowenien zu diesem Bund in einem loseren Verhältnis stehen würden. Symetrisch oder assymetrisch — irgendeine Formel, überhaupt ein Grund für das Zusammenleben wird gefunden werden müssen, wenn man nicht das Risiko eines Bürgerkrieges oder eines Militärputsches einzugehen bereit ist. ■

(Aus: Libération vom 11. März 1991. Übersetzung: Bob Detobel)

Die letzte Schande

„Partono ibastimenti per terre assai lontane, cantano a bordo e son napoletani". („Es fahren die Schiffe in ferne Ländern, sie singen an Bord und sind Neapolitaner.") Mit dem Gesang dieses alten neapolitanischen Liedes wurden die Emigranten verabschiedet, die sich an Bord einer der großen Überseedampfer begaben, um über dem großen Meer ihr wirtschaftliches Glück zu suchen.

Für die albanischen Flüchtlinge maß diese Distanz nur 70 Kilometer, quasi ein Sprung über die Meeresstraße von Otranto, nur sehr beglückt war man über ihre Ankunft dort nicht. Immerhin kannten die Flüchtenden ihr „gelobtes Land" aus dem italienischen Fernsehen und das gab ihnen unter anderem den Grund, eine halsbrecherische Flucht übers Meer zu wagen. Doch welch ein Empfang. Selbst für viele Italiener war die Aufname an der Grenze des Zumutbaren. „Es ist schwierig, keine Schande zu empfinden für unser Land, über das, was in Brindisi passiert", schrieb Massimo D'Alema — zweiter mann in der PDS nach Occhetto — in einem Kommentar der L'Unità vom 10. März 1991.

Italien, welches im internationalen Vergleich an fünfter Stelle der Wirtschaftsmächte steht, ließ die Flüchtlinge tagelang ohne Unterkunft und Essen im wahrsten Sinne des Wortes im Regen stehen. Die Polizisten und Carabineri der 80 000 Einwohner zählenden Hafenstadt Brindisi sahen sich einem schier unlösbaren Problem gegenüber, ein Chaos zu meistern, in dem offensichtlich Plastikplanen den nötigsten Schutz geben mußten. Die Regierung in Rom bequemte sich erst nach mehreren Tagen zu verlautbaren: „Das Problem ist ganz spontan auf uns zugekommen und gestern haben wir versucht, im Parlament eine Maßnahme zu treffen, die die gesamte Aktion koordiniert".

Dabei brauchte die römische Regierung doch gar nicht viel zu organisieren, denn immerhin gibt es in dem von Katastrophen nicht gering geplagten Italien ein Ministerium für den Katastrophenschutz mit ausreichenden Mitteln: Containern, Zelthospitälern, Küchen etc., die eigentlich sofort im Notfalle eingesetzt werden sollen. Doch von der Effizienz dieses Amtes hatten sich bereits die Sizilianer ein Bild machen können, als im Dezember 1990 in der Nähe von Siracusa die Erde bebte; von großartiger schneller Hilfe konnte da keine Rede sein.

Wieder einmal waren es die Menschen, diesmal die Apulier, die sich bemühten den Flüchtlingen helfend entgegenzukommen, sich um die Kinder kümmerten. Ein weiteres Mal fühlen sie sich als Süditaliener von ihrem Staat allein gelassen, der als einziges in einem brutalen Zynismus reagierte. Der Minister für Katastrophenschutz Lattanzio begründete sein geringfügiges Engagement, er wolle den albanischen Flüchtlingen nicht auch noch große Hoffnungen machen, wenn er sich allzusehr um ihre Versorgung kümmere. Lattanzio è latitante — Lattanzio ist nicht da, reimte der flinke Volksmund. Das hatte zumindest teilweise Erfolg, denn 2 000 Albaner begaben sich kehrtwendend ob der Lage in Brindisi auf eines der schrottreifen Schiffe und kehrten via Heimat zurück.

Doch ganz so bruchlos wie die erste Hilfewelle in Apulien scheint, ist die Aufnahme der Flüchtlinge in der Bevölkerung nicht. Der Süden hat innerhalb Italiens die höchste Arbeitslosenrate zwischen 15 und 20 Prozent und wer etwas werden will unter den Süditalienern, kehrt seiner Heimat immer noch den Rücken und nimmt den Zug gen Norden. Natürlich kommt da Angst auf, daß die wenigen Verdienstmöglichkeiten bei dem eh schon starken Druck von Seiten der Schattenwirtschaft und der noch immenseren Ausbeutung auf dem „Schwarz"markt der Afrikaner. Mit Hungerlöhnen und ohne soziale Absicherung und noch nicht einmal mit einem Dach über dem Kopf nehmen sie das letzte Glied in der Ausbeutungshierarchie ein. Die moderne Form der Sklavenarbeit des ach so demokratisch, freien und modernen Westens. Die albanischen Flüchtlinge, sofern sie im Süden blieben, wären die Nächsten die qua miseria die Arbeitsbedingungen der Einheimischen verschlechtern würden. Nur so ist es zu erklären, warum sich die beiden Albaner-Gemeinden in Kalabrien und Sizilien geweigert haben, ihre einstigen Landsleute aufzunehmen, denn der wirtschaftliche Aufschwung in Italien ist ein geteilter. Doch nicht nur in Süditalien wachsen die rassistischen Ressentiments, im Allgemeinen scheint man wenig bereit, vom Wohlstand abzugeben. Die Schwarzen bekommen dies zur Zeit am härtesten zu spüren und noch nie hat es in Italien eine derart emotional geführte Debatte gegeben wie über den immer heftiger auftretenden alltäglichen Rassismus.

Dabei sind es nach den neuesten Umfragen nur 781 138 Ausländer, darunter noch 146 611 Angehörige aus EG-Ländern, die in Italien leben. Eine verschwindend geringe Zahl. Zwar ist es richtig darauf hinzuweisen, daß Italien kein Einwanderungsland ist, doch eine Flucht wie die der albanischen „Desparados", die nichts weiter als Zynismus und Abwehr staatlicherseits erzeugt, läßt all die menschliche Solidarität vermissen, die einmal den italienischen Auswanderern entgegengebracht wurde. Die Millionen selbtgeschaffener Emigrantenschicksale hätte alle wirtschaftlichen Erwägungen gegenüber einer humanen Solidarität hintenanstellen müssen.

Erneut spiegeln die Italiener der herzbewegenden Lieder, die Italiener der aufrichtigen Gefühle und die „brava gente" Italiener nicht die Realität ihres Landes, noch weniger ihrer Regierung wieder. Von den tausenden und mehr Tränen, die unter den Liedern dieser Strophen für die eigenen Emigranten geflossen waren, welche auf abenteuerliche Weise nur mit der Sehnsucht nach dem neapolitanischen Mond abgefahren waren, wurde keine einzige für die albanischen Einwanderer vergossen. Nur die aufrichtige Träne einiger Bürger von Brindisi erspart es Italien, an letzter Stelle der zivilisierten Länder zu stehen.

PETRA BONAVITA-LINDLOFF

INGO ZANDER

Militärsteuer-verweigerung

Seit dem Golfkrieg mehren sich die Stimmen, die ihren Protest gegen Krieg und Militarisierung durch eine Militär-Steuerverweigerung zum Ausdruck bringen. In Hannover haben etwa 20 Unternehmen ihre Steuerzahlungen gekürzt — um etwa 20 Prozent (entsprechend dem Etatposten Verteidigungsausgaben im Bundeshaushalt). „Verständnis", aber keine Unterstützung wird einem von Bürgerinitiativen angeregten Steuerboykott wegen des Golfkrieges von Seiten der SPD zuteil werden, auch aus demokratischen Gründen". Ein individueller Steuerboykott würde nämlich zwangsläufig dazu führen, daß jeder die Zahlung von Steuern verweigern könnte, weil zum Beispiel mit Steuergeldern Atomkraftwerke, die Gentechnologie oder unter bestimmten Voraussetzungen Schwangerschaftsabbrüche finanziert würden.

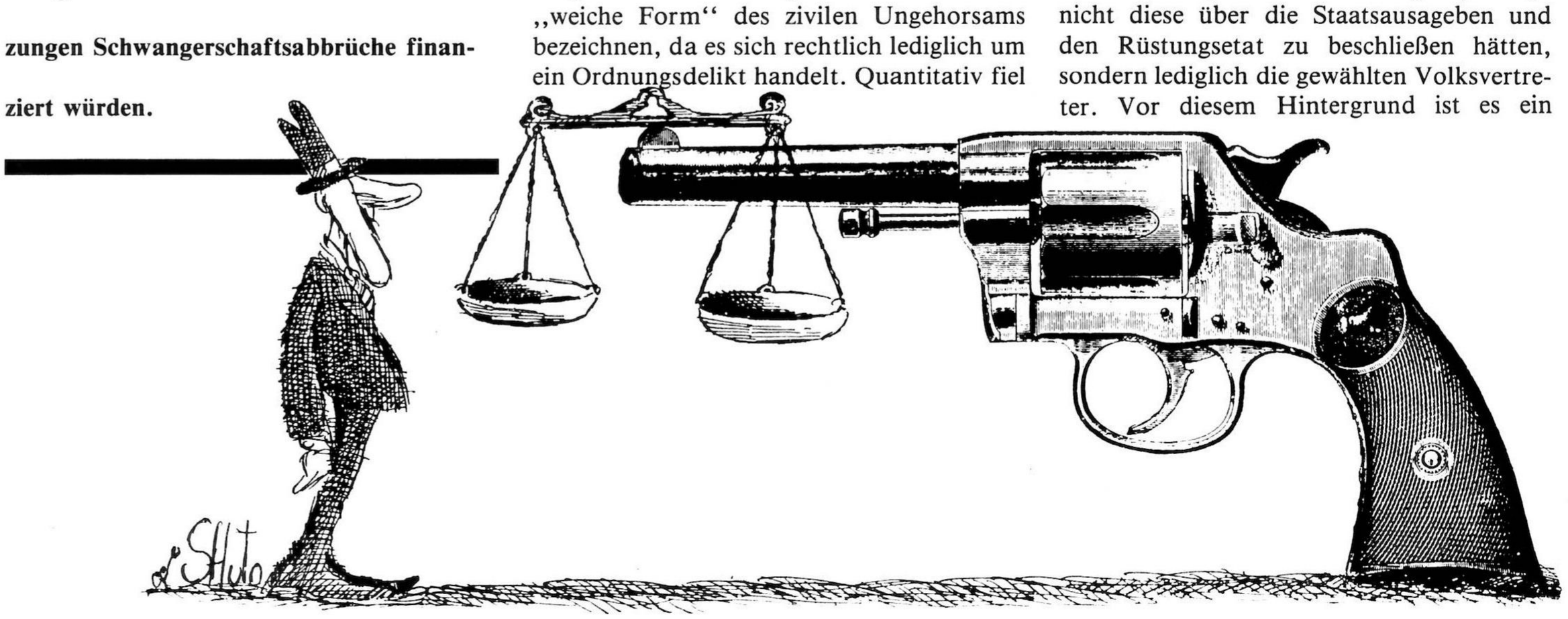
Trotz aller demokratie- und rechtspolitischen Einwände gewinnt diese Protestform zunehmend gesellschaftliche Aufmerksamkeit und politische Attraktivität, insbesondere im Kontext der kirchlichen Friedensinitiativen. Die Vertreter der Pax-Christi-Bistums-Stellen verabschiedeten auf ihrem Bundestreffen am 1. - 3. März 1991 eine Erklärung, in dem sie die geplanten Steuererhöhungen im Zusammenhang mit der Finanzierung des Golfkrieges als Kriegssteuer verurteilten, die gegen die im Art. 4 Abs. 1 des Grundgesetzes garantierte Gewissensfreiheit verstoße. „Wir fordern den Bundestag auf, durch eine Änderung der Steuergesetzgebung sicherzustellen, daß niemand gegen sein Gewissen zur Finanzierung von Militär und Krieg gezwungen werden darf". Ähnliche Tendenzen gibt es in der evangelischen Kirche, die als Arbeitgeber von im Kirchendienst beschäftigten Pazifisten von diesen keine Steuern für die Rüstung an den Staat abführen solle.

Bislang haben vorrangig Selbständige dem Fiskus Steuern aus friedenspolitischer Motivation verweigert, da Lohnabhängige auf die Abführung der Lohnsteuer keinen Einfluß haben. Militär-Steuerverweigerung ist eine symbolische Protestform — in der Regel pfändet die Steuerbehörde den steuerlich abzuführenden Betrag. Diejenigen, die als öffentlichen Protest die Steuer nicht abführen, sondern auf ein Sperrkonto überweisen, machen sich nicht strafbar; ihnen droht höchstens eine Ordnungsstrafe. Die bisherige Praxis dieser Art der Verweigerung in der Bundesrepublik ließe sich als „weiche Form" des zivilen Ungehorsams bezeichnen, da es sich rechtlich lediglich um ein Ordnungsdelikt handelt. Quantitativ fiel diese Verweigerung bisher nicht ins Gewicht; es waren bestenfalls hundert Bürger, die diese Protestform praktizierten, die, wie überhaupt die politische Kultur des Zivilen Ungehorsems, auf US-amerikanische Vorbilder zurückgeht.

Im Kontext des Golfkrieges beschloß erstmals ein Arbeitgeber — der Vorstand der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren — keine Lohnsteuer an die Finanzbehörde abzuführen. Theoretisch wäre es denkbar, daß Gewerkschaften dieses Thema aufgreifen und eventuell — nach dem Prozeß politischer Willensbildung — als Teil ihrer Betriebs- und Gewerkschaftspolitik die Forderung an die Arbeitgeber stellten, sich an einem Militär-Steuerboykott zu beteiligen, wenn dies die Belegschaft wünscht. Die Lohnsteuer würde dann für eine Zeit auf ein Sperrkonto überwisen. Utopie? Sicherlich, aber der DGB-Chef Heinz-Werner Meyer beendete seine vielbeachtete Hattinger Rede vom November 1990 („Jenseits der Beschlußlage") mit der ermutigenden Aussage: „Die Gewerkschaftsbewegung der Zukunft kann keine Versammlung von Bürgerinitiativen sein, aber sie muß in ihrer Theorie und in ihrer Praxis die neuen Chancen der Emanzipation des Individuums und der neuen Gefahren für das Überleben der Menschheit mit ihren gewerkschaftlichen Möglichkeiten aufgreifen."

▶ Boykott und Gewissen ◀

Bislang bemühten sich Militär-Steuerverweigerer darum, daß der Staat ihr Handeln überhaupt als Ergebnis einer Gewissens-Entscheidung anerkennt. Eine Verfassungsklage in Anlehnung an Artikel 4.1 Grundgesetz („Freiheit des Gewissens") wurde 1986 gar nicht erst zugelassen, auch weil dem Beschwerdeführer die Qualität einer Gewissensentscheidung in Frage gestellt wurde. Hauptargument gegen ein Recht auf Militär-Steuerverweigerung ist immer wieder der Hinweis auf die Budget-Hoheit des Parlaments, die nicht tangiert werden dürfe. Dieses Argument verknüpfte sich mit der Infragestellung der Gewissensrelevanz von Steuerzahlungen bei den Bürgern, da ja nicht diese über die Staatsausageben und den Rüstungsetat zu beschließen hätten, sondern lediglich die gewählten Volksvertreter. Vor diesem Hintergrund ist es ein



politisch-kultureller Erfolg, daß im März 1990 erstmals ein Finanzgericht der Bundesrepublik (in Düsseldorf) die Gewissensrelevanz beim Steuerzahler anerkannt hat, ohne allerdings deshalb schon die Militärsteuerverweigerung für rechtens zu halten: Kulturell, weil, je mehr die Gewissensentscheidung des einzelnen anerkannt ist bzw. wird, desto eher das Wollen aller Bürger der letzte Bezugspunkt für die Legitimität und Politik eines Gemeinwesens wird; politisch ist zu explizieren, daß die repräsentative Demokratie nicht „absolutistisch" ausgelegt werden darf, alleine schon aufgrund der Erfahrungen mit der Eskamontage der Weimarer Republik, aber auch mit militarisierter Außenpolitik demokratischer Staaten.

Die demokratie-politische Anerkennung dieser „weichen Form" des Zivilen Ungehorsams, sollte sie sich durchsetzen, wäre ein Erfolg, weil Beitrag für die liberale Ausgestaltung des politischen Systems. Aber auch dann gilt noch mit Wolf-Dieter Narr festzuhalten, daß „der Staat auch in der Form liberaler Demokratien zuerst Militärstaat ist". Ihm wird als selbstverständliche Voraussetzung, um seiner Souveränität willen die militärische Kompetenz-Komponente zugebilligt. Darüber nämlich zu entscheiden: in welchem Ausmaße und in welcher Form er in Vorkriegszeiten sich rüsten wolle und in welcher Weise er seine Außen-, seine Außenwirtschafts-, aber auch seine Innenpolitik militärischen Interessen gemäß einrichten wolle..." In diesem Sinne trägt auch der liberale Staat totalitäre Züge. Die Abschaffung des Militärs als Konfliktlösungsmittel ist der konkrete Inhalt der Utopie Zivilgesellschaft, wenn der Diskurs darüber keine modische Bemäntelung des bürgerlichen Staates und modernisierter Herrschaft sein soll. Die Selbstverständlichkeit, mit der Menschen für das Militär rekrutiert werden („Allgemeine Wehrpflicht") auch wenn sie Militär- und Kriegsgegner sind (wie es sowohl das Zivildienstgesetz als auch die Notstandsgesetze festlegen) oder von Pazifisten die Finanzierung des Militärapparates über das geltende System staatlicher Aufgabenfinanzierung erzwungen wird, gilt es paradigmatisch zu erschüttern, auch in Zeiten, in denen sich eine Mehrheit freiwillig für die militärische Sicherung ihrer Lebensverhältnisse aussprechen sollte.

Die Grünen legten zum Ende der Legislaturperiode im Bundestag einen Gesetzentwurf vor, der in einem „vitalen Bereich" mit dem Kern staatlich vermittelter Herrschaft über Menschen bricht. Nach einer jahrelangen Inkubationsphase wurde wesentliche Vorarbeit der außerparlamentarischen Bürgerbewegung auf überzeugende Weise verarbeitet für ein Gesetz zur Befreiung von Militärsteuern.

Bereits Ende 1986 hatte es eine erste Beratung eines Gesetzes zur Einrichtung eines Friedensfonds — allerdings noch in einer anderen Fassung — gegeben, welches jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt wude. Lediglich Peter Conrady (SPD) nahm Partei für diese Initiative: „Ich wehre mich dagegen, daß man sie mit der Standard-Formel der deutschen Bürokratie ‚Das haben wir noch nie gemacht, da könnte ja jeder kommen', abtut." Das Gegenargument, als nächstes könne ein Bürger unter Berufung auf sein Gewissen die Finanzierung des Straßenbaus verweigern, ließ er nicht gelten, da er die Militärsteuerverweigerung als Grundrecht identifizierte, den Kriegsdienst mit der Steuer zu verweigern — in Analogie zum Recht, den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern zu können.

Das Bündnis 90/Grüne hat den neuen Gesetzentwurf der Günen von Ende 1990 am 21. Februar in die Erste Lesung einbringen können. Danach sollte jeder Bürger aus Gewissensgründen die Möglichkeit erhalten, seine Beteiligung an der Finanzierung von Rüstungs- und Militärausgaben zu beenden. Eine Gewissensprüfung ist, anders als im ursprünglichen Entwurf des Frankfurter Richters Tiedemann von der Militärsteuer-Verweigerungsinitiative, nicht vorgesehen. Der Staat müßte nach dem Gesetzentwurf, um die Militärausgaben zu finanzieren, eine Zwecksteuer erheben. Damit entfiele ein demokratie-theoretischer Einwand, daß bei der Militärsteuer-Verweigerung die Budgethoheit des Parlaments wesentlich tangiert werden würde. Militär- und Rüstungsgegner zahlten aus Gründen der Steuergleichheit in einen „Rüstungskonversionsfond", der der Überleitung von Rüstung in ökologisch und sozialverträgliche Produktionen diente. Die Verwaltung dieses Fonds wäre dem Minister für Arbeit und Soziales zugeordnet. Der Fond sollte außerdem der Finanzierung von Ausgaben im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Abrüstung, Förderung der Völkerverständigung, des Weltfriedens sowie der Entwicklungshilfe dienen.

Bliebe damit nicht aber das Problem bestehen, daß eine Kategorie von Gewissenskonflikten, nämlich die im Bereich von Militär und Rüstung, staatlich privilegiert würde, Atomkraft- oder auch Abtreibungsgegner aber nicht? Prinzipiell sollte es diesen Steuergegnern aus Gewissensgründen natürlich auch möglich werden, im politischen Raum für ihre Überzeugung zu werben. Ziviler Ungehorsam ist dabei ein Schritt. Nach John Rawls ist diese Protestform bekanntlich ein kommunikativer Versuch, sich an den Gerechtigkeitssinn der Mehrheit der Gesellschaft mit der Erklärung zu wenden, daß nach eigener wohlüberlegter Ansicht die Grundsätze der gesellschaftlichen Zusammenarbeit zwischen freien und gleichen Menschen nicht ausreichend beachtet worden seien. Es ist also nicht von vornherein auszuschließen, daß auch Abtreibungsgegner eines Tages ein Gesetz gegen die zwangsfreie Finanzierung der Abtreibung auch durch Abtreibungsgegner in den parlamentarischen Prozeß einbringen könnten, auch wenn dies wohl der Mehrheit unter uns Linken nicht unbedingt zupaß käme. Auch dies wäre aber ein Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft. ■

ARNO KLÖNNE / KLAUS VACK

Härtere Zeiten — „geschiedene Leute“

Die Autoren dieses Beitrags sind Mitbegründer der *links* und des Sozialistischen Büros (1969) Damals erklärten sie u.a.: „Die Frage nach der sozialistischen Alternative entzündet sich heute zentral an dem gesellschaftlichen Widerspruch zwischen der systematischen, auf Krieg hin tendierenden Vergeudung von Produktivkräften im hochindustrialisierten Rüstungsstaat und der Notlage der Dritten Welt, zugleich aber auch der künstlichen Verweigerung von sozialen Chancen in den Industrieländern selbst“ (1969). Sie, die in den letzten Monaten vor allem im „Milieu der Friedensbewegung“ tätig waren, haben sich bisher an der „linken“ Debatte zum Golfkrieg nicht beteiligt, weil sie ihnen „trotz ihrer medialen Überzeichnung und Überbewertung eher randständig erschien“. Mit dem hier abgedruckten Beitrag wollen Arno Klönne und Klaus Vack auch auf die in der bisherigen Debatte kaum artikulierten Erfahrungen und Sozialisationen der „Nie-wieder“-Generation im Gegensatz zu einem Teil der „68er“ aufmerksam machen.

Trennungen in der deutschen Linken seien angesagt, so meint Wolf Biermann, und vermutlich hat er recht mit dieser Beschreibung der Lage. Die Fragen allerdings, bei denen sich Meinungen und Menschen politisch scheiden oder die den Anstoß dazu geben, daß längst vorhandene Trennlinien deutlich werden, sind nicht identisch mit jenen Konfliktlinien, die Wolf Biermann in der „Zeit“ und auf andere Weise auch eloquente *links*-Autoren wie Brumlik, Claussen, Diner, Voss, Zahn u.a. formuliert haben.

„Niedrigste Motive, miese Interessen“ und nicht etwa „‚here Pinzipien der Menschlichkeit“ hätten, so meint Biermann, die westliche Vorgeschichte eines Krieges konstituiert, der dann aber, „zum Glück“, Schutz für Israel bedeuten könnte; „Israel stünde sonst allein da“.

Wir halten dies für eine Deutung, die, was die Lebensinteressen der jüdischen Bevölkerung und das Schutzinteresse des Staates Israel angeht, neben der Wahrheit steht. Das haben wir bereits während des Golfkrieges so gesehen. Heute wissen wir — und auch diejenigen, die die Friedensbewegung und damit auch uns, als antisemitisch diffamiert haben, müßten es inzwischen erkannt haben —, daß sich gerade nach dem Krieg am Golf weitere und neue Gefährdungen für Israel ergeben.

Notwendige Trenn-Linien

Unterschiedliche oder gegensätzliche Auffassungen in dieser Frage sind es aber nicht, aus denen der Scheidungsprozeß in der deutschen Linken herrührt. Trennungen sind vielmehr dort begründet, wo Linke dazu übergegangen sind, Kriegsfähigkeit einer von der gegenwärtigen Politik der USA geprägten „Völkergemeinschaft“, der sich die Deutschen einzugliedern hätten, unter Berufung darauf zu fordern, daß eben diese Politik und diese „Völkergemeinschaft“ hehre Prinzipien der Menschlichkeit exekutierten, also von den würdigsten Movtiven und Interesen bestimmt seien.

Die Entscheidung für den Krieg am Golf auf seiten der USA und ihrer Verbündeten wird von denjenigen, die nun von links her kommend die Friedensbewegung als ihren Feind ausmachen, nicht etwa als nicht mehr zu vermeidender, aber dem Interesse Israels dennoch nützlicher, zugleich wiederum für die Menschen in Kuwait und in Irak und darüber hinaus nicht nur im Nahen Osten scheußlicher Akt historisch-politischer „Verstrickung“ interpretiert, sondern als Schritt hin zu einem neuen „Universalismus“ sogenannter zivilgesellschaftlicher Formen, deren Durchsetzung den Einsatz der Kriegsmaschinerie legitimiere.

Praktizierte Kriegsfähigkeit der „zivilisierten“ Mächte, so sagen sie, stelle die Bedingungen einer neuen „Weltfriedensordnung“ her. Wer so denkt, weiß in aller Welt Freund und Feind reinlich zu unterscheiden, und die Feinderklärung an die Friedensbewegung ist als logischer Schritt psychologischer Kriegsführung zu erkennen: Wer gegen den Krieg und die Kriegsführung des „freien Teils“ der Welt protestiert, kann nur ein „Feigling“ oder ein „Verräter“ sein (W. Porth in „konkret“) oder ist „nicht normal“ (so der Generalinspekteur der Bundeswehr).

Soweit die neue Philosophie des Welt-Krieges für die „Weltzivilgesellschaft“ sich auf linke Herkünfte beruft, braucht sie logischerweise Argumente für die Aburteilung der Kriegsgegner, die sich auf linke Werte berufen: Die Friedensbewegung in Deutschland sei durch „Judenhaß“ motiviert, sie wolle „Rache für die deutsche Niederlage 1945 nehmen“ und sie ergreife Partei für den „neuen Hitler“.

„Weltzivilgesellschaft“

Wer die Protestbewegung gegen den Krieg am Golf in ihrer Realität wahrgenommen hat — also nicht bloß vor dem Fernseher und in esoterischen Zirkeln, sondern (mit) demonstrierend auf der Straße — weiß, daß dies Fehlurteile sind; er weiß dies auch dann, wenn er mit den politischen Vorstellungen und Forderungen, die sich in diesem Protest zu Wort meldeten, keineswegs übereinstimmt.

Die konservativen Kritiker der Friedensbewegung haben diese denn auch zumeist sehr viel eher in ihrer wirklichen inneren Verfassung zur Kenntnis genommen als die von links her kommenden Polemiker. Die meisten konservativen Kommentatoren haben sich nicht zu jenem Imperativ verstiegen, den die „linken“ „Bellizisten“ verkündeten: „Ohne Wenn und Aber“ müsse die von General Schwarzkopf angeführte „Strafaktion“ gutgeheißen werden. In der angelsächsischen intellektuellen Öffentlichkeit (übrigens auch in der israelischen) wurde auch dort, wo von rechts her die Entscheidungen der Regierung der USA im Golf-Konflikt als richtig gedeutet wurden, eine so prinzipielle, „geschichtsmetaphysische“ Rehabilitierung des Krieges, wie sie der links arrivierte deutsche Intellektuelle Enzensberger anbot, nirgendwo vertreten.

Was die politische Kultur angeht, die hierzulande bisher als „links“ verstanden wurde, so sind nun, unserer Meinung nach, Trennungen notwendig, und die Trennungslinien liegen anders als zum Beispiel Wolf Biermann es annimmt.

Die Unterscheidung beginnt dort, wo Menschen in ihren Hoffnungen und Ängsten, in ihren Lebensbedürfnissen entweder wahrgenommen werden oder um der eigenen Idee von ,,Weltordnung" willen gar nicht mehr in den Blick kommen. Das gilt für die Menschen, die sich — wahrhaftig ja nicht nur in Deutschland — gegen den Krieg engagieren, und weitaus mehr noch gilt dies für die Menschen, die der Krieg zu Tode bringt oder noch mehr ins Elend stürzt.

,,Bellizisten", die die ,,Pazifisten" für feige, verräterisch oder bestenfalls naiv halten; schon die Begrifflichkeit — die selbstgewählte — verdrängt, daß es nicht um Optionen im Konflikt politischer Philosophie geht, nicht um den Kampf von Weltanschauungen, sondern um eine Realität, in der hunderttausende von Menschen ihr Leben verlieren, wobei freilich die Risiken ungleich verteilt sind, denn auf seiten der Mächte, denen der ,,Bellizismus" guten Mut zuspricht, sind die ,,militärischen Sanktionen" kaum noch mit ,,menschlichen Kosten" verbunden; anders ist es auf der Seite, die zum Gegenstand solcher ,,Bellizismen" wird. Nur als Beispiel: Die Rede von der ,,Zwangsabrüstung des Saddam Hussein" verdeckt personalisierend den Charakter des Krieges am Golf; Saddam Hussein ist der ,,einzige" Mensch (und zugleich ,,Unmensch"), der darin gedanklich vorkommt, und ,,linke" ,,Bellizisten", die gegen die ,,Angstrhetorik" und den ,,Friedensdusel" der Kriegsgegner zu Felde ziehen, ordnen sich sprachpolitisch in jene Informationsstrategie ein, die bei diesem Krieg in bisher nicht gekannter Weise darauf hinauslief, in den westlichen Ländern jede Einsicht in die menschenzerstörerische Realität des Krieges zu verhindern.

▶ Nie wieder Krieg! ◀

Menschen aus unserer Generation — und wir unter ihnen —, die in den fünfziger Jahren die Protestbewegung gegen die Wiederbewaffnung in Deutschland in Gang brachten, die später die Kampagne gegen die atomare Rüstung und dann die ersten Ostermärsche organisierten, frönen keinem abstrakten, sondern sind geleitet von einem auf Erfahrungen gegründeten politischen Pazifismus. Wirksam wurde für uns die Erfahrung des Krieges. Das Erleben und Überleben hat uns dazu gebracht, ,,Nie wieder Krieg" zur Linie politischen Handelns zu machen. Wir hatten begriffen, wie menschenverachtend sogenannte Ideale sein können. Wir trauten keiner Politik mehr über den Weg, die um irgendwelcher ,,Ordnungsvorstellungen" willen das Leben von Massen von Menschen riskiert.

Weil wir die nationalsozialistische Ideologie und die grausamen Folgen ihrer Umsetzung mit etwa sechs Millionen ermordeter Juden und etwa fünfzig Millionen hingemordeter Kriegsopfer nicht verdrängten, sondern nie mehr zulassen wollten, werteten wir den Sieg der Alliierten über Hitler-Deutschland als Voraussetzung dafür, daß es nun weniger staatsverbrecherisch zugehen könne in der Weltpolitik. Aber das hat uns nicht dazu veranlaßt, die US-amerikanische Atombombe oder die sowjetische Diktatur als ,,historische Notwendigkeiten" für diese oder jene neue ,,Weltordnung" gutzuheißen. Als Sozialisten haben wir zur DDR auch deshalb Nein gesagt, weil diese zum Hort des Militarismus wurde.

Wir haben in der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg mitgearbeitet. Aber wir haben uns nicht dem Ruf nach ,,Waffen für den Vietcong" angeschlossen, und wir haben nicht jubeln können, wenn die Vietnamesen US-amerikanisches Militär ,,abrüsteten". Wir haben nicht geglaubt, daß eine ,,neue Welt" aus der ,,Macht der Gewehrläufe"(oder der Bomber) hervorgehen könne. Wir glauben es auch heute nicht. Und statt ,,Waffen für El Salvador" zu fordern, haben wir — mit leider weniger ,,Erfolg" als die Waffengeldsammler — Gelder für unabhängige humanitäre und menschenrechtliche Organisationen organisiert, die für die Opfer und Leidenden der salvadorianischen Militärdiktatur verwendet wurden.

,,Leid ist Leid, Blut ist Blut, und die sind universal", sagte die Israelin Felicia Langer in ihrer Rede auf der großen Friedensdemonstration am 26. Januar 1991 in Bonn.

George Bush am 28. Februar (3 Uhr MEZ):,,Kuwait ist befreit (...) Kuwait ist wieder in den Händen der Kuwaitis, und die Kuwaitis bestimmen ihr Schicksal wieder selbst (...)." Welche Lüge. Die Wahrheit: Kuwait liegt ebenso wie Irak in Schutt und Asche. Die Region ist ökologisch zerstört. Die Toten werden ungezählt bleiben. Das Ausmaß an Not, Leid und Krankheit ist nicht abzusehen.

Die Bundesregierung hat den USA zur Kriegsfinanzierung 13,6 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Das Geld zur humanitären Soforthilfe für die Opfer wird nun überwiegend von privaten Hilfsorganisationen aufgebracht. Nicht zuletzt auch aus der Friedensbewegung.

▶ Krieg löst keine Probleme ◀

Schon in der Phase der Kriegsvorbereitung und mehr noch seit dem 17. Januar 1991 war klar, daß wir in diesem ,,Medienspektakel" belogen und betrogen werden. Durch Militärzensur und durch weitgehende Selbstzensur in den deutschen Medien. Gleichzeitig müssen wir in der *links*, datiert auf den 22. Januar 1991, eine ,,Anklage" gegen den ,,Pazifismus ohne historische Verantwortung" lesen. Und Thomas Voss wirft in *links* die Friedensbewegung und die Rechten in einen Topf.

In der FAZ wurde anläßlich des Golfkriegs die ,,Umerziehung der Umerzogenen" verlangt; in Deutschland seien ,,die Tugenden, die in härteren Zeiten nötig sind, allzu lange verächtlich gemacht worden". In der Zeitung ,,Junge Freiheit", die derzeit das klügste Organ des Rechtsextremismus hierzulande ist, steht zu lesen, daß die ,,weltfremden pazifistischen Demonstrationen apolitisches Bewußtsein" ausdrücken, ,,Machtvergessenheit und mangelnder Selbstbehauptungswille vieler Deutscher sei hier zu beobachten.

Die Konfliktlinien im politischen ,,Diskurs" der Bundesrepublik sehen also anders aus, als uns die ,,linken Bellizisten" weismachen wollen, wenn sie diffamierend behaupten, die Friedensbewegung habe sich auf die Bundesgenossenschaft mit der Neuen Rechten eingelassen.

Zu fragen bleibt, wie sich diese neuen Kriegsschreiber nun artikulieren, nachdem die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten sich von dem ,,Kriegsschauplatz" am Persischen Golf zurückziehen, verbrannte Erde, unendliche Not auf lange Zeit, die größte Waffenmüllhalde (u.a. 800 000 Tonnen Bomben, die sonst aufgrund der Abrüstungsverträge hätten verschrottet werden müssen) zurücklassend. Welche Antwort habt ihr bereit, ihr Kriegsfundamentalisten, auf unsere Fragen als Sozialisten/Pazifisten/Friedensfundamentalisten? Wollt ihr das so stehen lassen? Auch angesichts der nach diesem Krieg um ein Vielfaches instabileren Situation in der Golfregion und im gesamten Nahen Osten, der größer gewordenen Unsicherheit für die Juden und ihren Staat Israel, der gesteigerten Aggressivität der in diesem Krieg um ein weiteres mehr geschundenen Palästinenser? Und angesichts der neuen auch US-amerikanischen Waffenexporte nach Nahost, die allenfalls innerarabischen Konflikten neuen Zündstoff geben können, vor allem aber Israel bedrohen?

Soweit, so schlecht. Die Friedensbewegung hat diesen Krieg nicht gemacht. Sie konnte ihn leider auch nicht verhindern. Der Antikriegsprotest war ein Aufschrei gegen Krieg, ein Aufschrei aus Trauer und Wut. Dabei stand und steht die Friedensbewegung auf seiten der Opfer (und es sei wiederholt, damit keine Mißverständnisse bestehen bleiben, auch auf seiten der bedrohten Israelis). Bahman Nirumand ist zuzustimmen:,,Die westdeutsche Friedensbewegung ist so etwa das einzige, worauf man in Deutschland in diesen Monaten stolz sein kann."

So schrecklich dieser Krieg war und seine noch unabsehbaren Folgen an menschlichem Leid und Umweltzerstörung sein werden, auch aus dieser bitteren Erfahrung müssen wir lernen: Krieg löst keine Probleme, Frieden muß möglich gemacht werden. Gut, daß die Friedensbewegung inzwischen gegen Diffamierung gefeit ist und sich nicht einschüchtern oder entmutigen läßt! ■

Migration als Menschenrecht

Seit 1951, als die Flüchtlingskonvention der UNO in Kraft gesetzt wurde, traten 106 Staaten dem internationalen Vertragswerk bei. Es war damals zugeschnitten auf die Nachkriegssituation in Europa und in erster Linie dazu bestimmt, Menschen aus dem System des „real existierenden Sozialismus" Schutz vor politischer Verfolgung und Unterdrückung zu gewähren. Auf die 15 Millionen, die das dafür zuständige Hochkommissariat der Vereinten Nationen 1990 weltweit als Flüchtlinge anerkannte, trifft diese Grundlage nur noch begrenzt zu: 80 Prozent der Flüchtlinge kommen heute aus Ländern der sogenannten Dritten Welt.

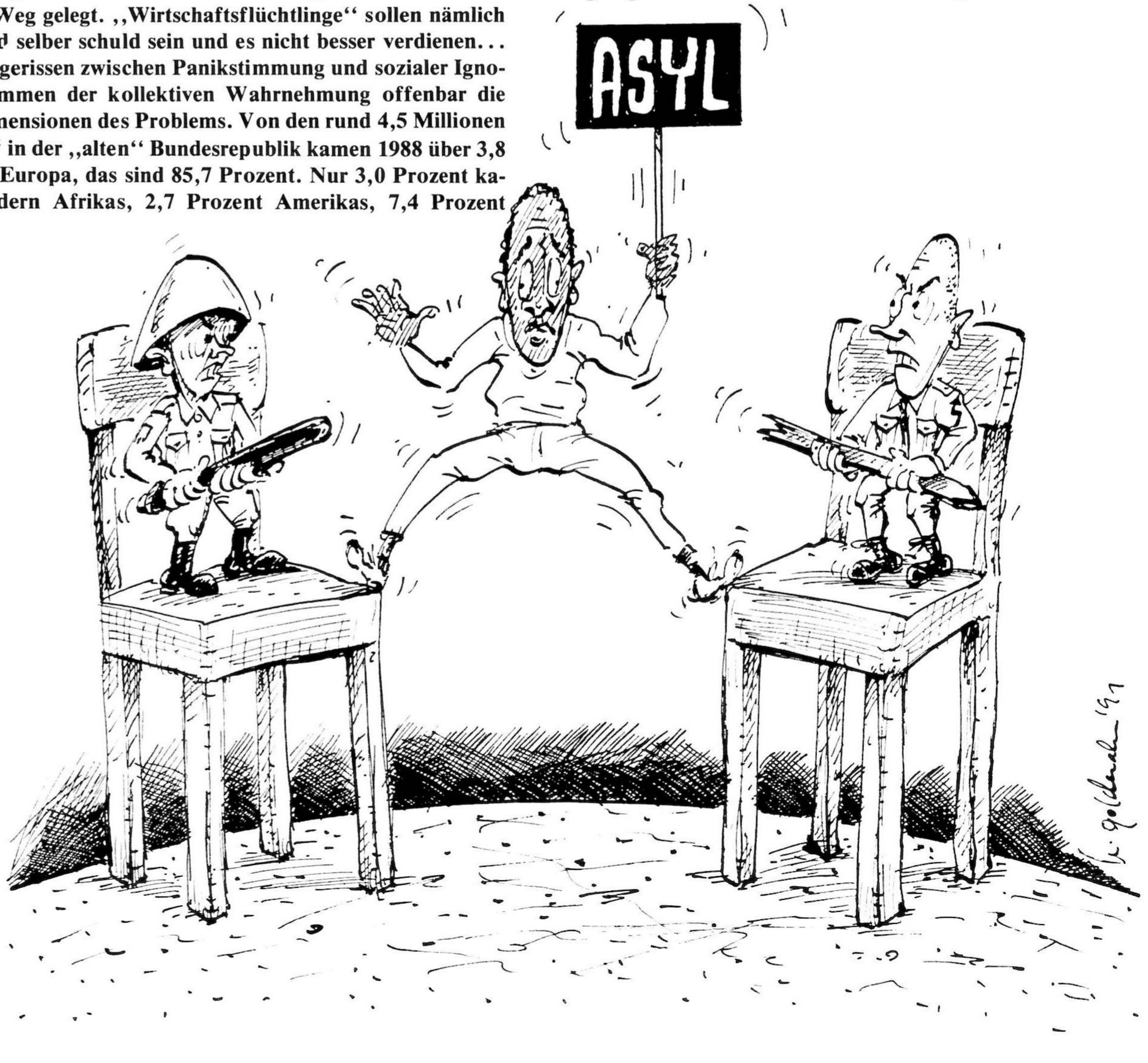
Die Richtung der Migrationsbewegung, der in Schlagzeilen wie „neue Völkerwanderung" oder „Exodus der Völker" bereits jenes ungute Gefühl beigemischt wird, das die „Ausländerpolitik" der Wohlstandsinseln kennzeichnet, verläuft eindeutig von Süden nach Norden. Der übergroße Teil der Menschen, vor denen sie geschützt werden sollen, befindet sich in der Tat auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen — auf der Flucht vor wirtschaftlicher Not oder sogar dem Hungertod. Als ob dies nicht Grund genug wäre, treffen sie zumal in den reichen Regionen Europas auf zunehmend verschlossene Türen: Nur ca. 20 Prozent können mit einer Anerkennung als Flüchtlinge rechnen und Asyl erhalten.

In Deutschland liegt die Anerkennungsquote noch wesentlich niedriger. Hier werden lediglich 3,8 Prozent als Asylsuchende anerkannt und das, obwohl ihre Zahl deutlich unter der anderer Länder liegt. 1989 wurden in der „alten" BRD den Angaben des Innenministeriums zufolge 120 000 Asylanträge gestellt, aber lediglich 5 991 Bewerbungen positiv beschieden. Dennoch wird die Propagandaleier vom allenthalben drohenden „Mißbrauch" des Asylrechts bei jeder sich bietenden Gelegenheit von neuem angekurbelt. Ihm hat die Bundesregierung mit einem neuen Ausländergesetz 1990 weitere Steine in den Weg gelegt. „Wirtschaftsflüchtlinge" sollen nämlich an ihrem Elend selber schuld sein und es nicht besser verdienen...

Hin und hergerissen zwischen Panikstimmung und sozialer Ignoranz verschwimmen der kollektiven Wahrnehmung offenbar die wirklichen Dimensionen des Problems. Von den rund 4,5 Millionen „Ausländern" in der „alten" Bundesrepublik kamen 1988 über 3,8 Millionen aus Europa, das sind 85,7 Prozent. Nur 3,0 Prozent kamen aus Ländern Afrikas, 2,7 Prozent Amerikas, 7,4 Prozent Asiens. Hingegen registrierte das Innenministerium 1989 insgesamt 700 000 Aus- und Übersiedler (je etwa zur Hälfte). Sie freilich stellen keine Gefahr (wie die „Ausländer"), sondern „eine besondere Herausforderung für uns alle dar. Es sind Deutsche. Wir setzen alles daran, daß sie in ihrer angestammten Heimat blieben und dort eine Leben mit neuen Perspektiven führen können. Wenn sie zu uns kommen, um hier eine neue Existenz aufzubauen, dürfen wir ihre Hoffnungen nicht enttäuschen. Sie werden nicht besser, aber auch nicht schlechter gestellt als ihre einheimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger." (Innenpolitik, Sonderausgabe, April 1990).

Hier kann und darf es nicht darum gehen, die einen Flüchtlinge gegen die anderen auszuspielen. Das Problem der massenhaften Migrationsbwegungen ist ein globales Problem und resultiert aus globalen Ursachen: ökologische Krisen, regionale Kriege, das unkontrollierbare Anwachsen der Weltbevölkerung, Landflucht und Megastädte, interethnische Konflikte und neue nationalistische Bewegungen (vgl. Andreas Germershausen und Robin Schneider in der Weihnachtsbeilage der taz). Aber vor allem wirtschaftliche Unterentwicklung und die hoffnungslos ungleichen Entwicklungschancen gegenüber der „Ersten" und der (ehemaligen) „Zweiten Welt". Westeuropa als Weltwohlstandsinsel sieht in der weltweiten Massenflucht eine Gefahr für den eigenen Reichtum. Keine Lösung können die Mauern sein, die die Armen von der Teilhabe fernhalten sollen. Kurzfristig gibt es zu einer liberalen und großzügigen Asylpolitik, die wirtschaftliche Not, Bürgerkriege und Naturkatastrophen als legitime Fluchtgründe akzeptiert, keine Alternative. Langfristig hilft wahrscheinlich nur eine neue Weltordnung, die auf den Fundamenten von Selbstbestimmung, Umverteilung und Solidarität gebaut ist. Dafür müssen die gesellschaftlichen Voraussetzungen gerade in den reichsten Ländern geschaffen werden.

G.K.



HERBERT LEUNINGER

Modell Megalopolis

Im Frühjahr dieses Jahres sollte die Ausstrahlung des Films „Der Marsch" verhindert werden. Er war von der BBC für die europaweite Kampagne „Eine Welt für alle" gedreht worden. Sein Inhalt: In einem Hungermarsch durch die Sahara versuchen hunderttausend Flüchtlinge, nach Europa zu kommen. Bei manchen Asylinitiativen bestand die Sorge, der an sich wirklichkeitsfremde Film könnte in der Bevölkerung vorhandene Ängste steigern. Nun, der Film wurde ausgestrahlt, ohne daß es zu erkennbaren Reaktionen kam.

Jetzt sieht es so aus, als könnte „Der Marsch" schon morgen Wirklichkeit werden, allerdings nicht in einer afrikanischen sondern in einer europäischen Variante. Der Massen-Exodus aus Osteuropa ist bisher ausgeblieben, er könnte aber jederzeit einsetzen.

Die EG versucht mit Schengen und Trevi, eine Festungsmauer um ihr Territorium zu errichten, mit dem die Zuflucht von Menschen aus der südlichen Hemisphäre aufgehalten werden soll. In dem Konzept der Abschottung war der Eiserne Vorhang und die Berliner Mauer (denken wir an die von der SPD mit Honecker eingefädelte Einmauerung der Bundesrepublik gegenüber Flüchtlingen vor allem aus dem Iran) integraler Bestandteil. Dieser Teil der Festung ist aber inzwischen zusammengebrochen und macht das ganze Abschottungskalkül fragwürdig. Dafür kommt eine Zuwanderung und Zuflucht aus Osteuropa auf uns zu, die nur vergleichbar ist mit der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg, als fünfzehn Millionen Menschen, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten vertrieben wurden, nach Westdeutschland flüchten mußten.

Die fünfzehn Einzelrepubliken, die zusammen die Sowjetunion bilden, haben inzwischen alle ihre Unabhängigkeit erlärt. Dies wiederum haben sich unterdrückt fühlende Minderheiten zum Anlaß genommen, ihrerseits Autonomie zu fordern. Die dabei in den einzelnen Republiken aufgetretenen Minderheitenkonflikte haben zum Teil bürgerkriegsähnliche Zustände hervorgerufen und konnten nur durch den Einsatz von Spezialeinheiten Moskaus beendet oder vorläufig pazifiziert werden. Was geschieht, wenn die Zentralregierung keinen Einfluß mehr hat, ist unabsehbar.

▶ Die Ost-West-Migration ◀

Die Einwohner der UdSSR werden in Kürze Reisepässe mit fünjähriger Gültigkeit und damit die Möglichkeit der freien Ausreise erhalten.

Die westlichen Nachbarländer der Sowjetunion befürchten eine russische Völkerwanderung. In immer größerer Zahl drängten sich Menschen aus dem zerbröckelnden Riesenreich, um in den Westen abzuwandern. In Budapest, Prag und Warschau wird diese Völkerwanderung ebenso ernst genommen wie der international noch nicht geregelte Schutz der ethnischen Minderheiten.

Die Bundesrepublik hat sich zur Aufnahme von Juden vornehmlich aus der Sowjetunion bereiterklärt. Allerdings dürfe die Zuwanderung von Juden aus Osteuropa nicht überhastet und ungeregelt erfolgen. Dem Generalkonsulat in Kiew liegen bereits hunderttausend Ausreiseanträge sowjetischer Juden vor.

Die skandinavischen Länder wollen Nahrungshilfe für die Sowjetunion leisten, um einen Strom von Wirtschaftsflüchtlingen zu vermeiden. In Schweden haben Experten bereits einen Plan ausgearbeitet, der u.a. die Errichtung von Notaufnahmelagern für sowjetische Flüchtlinge vorsieht.

Die polnische Regierung rechnet mit einem Strom sowjetischer Flüchtlinge nach Polen. Sie sieht kaum eine Chance, die Flüchtlinge auf die westeuropäischen Staaten umzuleiten. Zehntausend Ausländer, vor allem aus der Sowjetunion und Rumänien leben bereits illegal in Polen.

Nach einer von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Umfrage, die in der Sowjetunion durchgeführt wurde, würden 24 Prozent der Sowjetbürger gern und für längere Zeit in Deutschland leben. Sie kämen nicht als Gäste, sondern auch um dort zu arbeiten. Hochgerechnet entspräche dies einer Zahl von 51 Millionen Sowjetbürgern. Besonders ausgeprägt ist das Interesse bei den Jugendlichen unter zwanzig. Das ist das typische Potential für eine Emigration. Eine andere Untersuchung spricht von zwanzig Millionen, die in die Bundesrepublik emigrieren wollen.

Die CSFR bereitet Auffanglager für Flüchtlinge aus der Sowjetunion vor. Die neue Situation wurde bereits mit der polnischen und ungarischen Regierung erörtert. Der Innenminister der CSFR warnte davor, daß in einer bestimmten katastrophalen Situation die Flüchtlingswelle die Beziehungen der Staaten untereinander, sogar das Wesen der westlichen Zivilisation verändern könnte. Professor Jurij Afanasjew, Mitglied des sowjetischen Volkskongresses, befürchtet aus ähnlichen Gründen sogar den Zusammenbruch der eurpäisch-eurasischen Kultur. Der CSFR-Präsident Vaclav Havel hat das Thema auf dem KSZE-Gipfel in Paris mit Staatspräsident Mitterrand besprochen und dabei auf mögliche Konsequenzen für den ganzen Kontinent hingewiesen. „Es ist ein internationales Problem und geht nicht nur die Nachbarländer der Sowjetunion an." In der CSFR rechnen Experten mit zwei Millionen Menschen, die die Sowjetunion verlassen könnten. Viele von ihnen würden ihren Weg durch die ehmaligen Satellitenländer nehmen. Der Minister will so viele Lager zu errichten versuchen, wie es der gegenwärtige Stand der tschecheslowakischen Wirtschaft zuläßt. Mittlerweile hat die CSFR an der Grenze zur Sowjetunion erste Barrikaden errichtet.

Sicher geht es hier um die Frage der politischen Glaubwürdigkeit, weil die westlichen Länder darauf gedrängt hatten, das Recht auf Freizügigkeit in der KSZE-Schlußakte von Helsinki zu verankern. In den fünfzehn Jahren der bisherigen Gültigkeit wurde dieses Recht gegenüber den bisherigen Ostblockstaaten immer wieder angemahnt. Noch im Juni 1990 hatte George Bush in Helsinki gegenüber Gorbatschow die Ge-

währung der Meistbegünstigung für die UdSSR von der Inkraftsetzung liberaler Reisegesetze abhängig gemacht.

Letztlich haben wir es mit komplexen Verteilungsproblemen zu tun, die, wenn sie nicht demokratisch und friedlich gelöst werden, den Abwanderungsdruck von Minderheiten erhöhen und bei bewaffneten Konflikten zu großen Flüchtlingsbewegungen führen. Die Zuwanderung und Zuflucht aus dem Osten in einem nicht berechenbaren Ausmaß wird ein Ergebnis des Druckes auf nationale Minderheiten sein, die in den äußerst harten Verteilungskämpfen mit ihren knappen Ressourcen und der wachsenden Umweltbelastung wachsendem Rassismus und Nationalismus zum Opfer zu fallen drohen.

Sollte es in der Sowjetunion nach dem Scheitern von Perestroika zu einer Militärdikatur kommen, sind Bürgerkriege der auf Selbständigkeit drängenden Sowjet-Republiken nicht auszuschließen. Eine Militärregierung wird dann die zugesagte Freizügligkeit sicher rückgängig machen; der Druck zu flüchten, wird aber eher zunehmen. Ganz gleich also, wie die Entwicklung im russischen Riesenreich weitergeht, ob das Imperium in seine Einzelteile zerfällt oder nicht; Millionen Menschen werden sich gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen.

▶ Modell: Völkerwanderung ◀

In der Diskussion wird angesichts der kontinentalen Wanderungen neben dem Vokabular von „Flut", „Strom" und „Welle" meistens der Begriff „Völkerwanderung" verwendet. Er scheint im Augenblick das einzige geschichtliche und soziologische Vorstellungsmodell abzugeben, um die neuen Dimensionen der Zuwanderung und Zuflucht begreifen zu können.

Die erste aus der Geschichte bekanntgewordene Völkerwanderung, deren Beginn für das Ende des dritten vorchristlichen Jahrtausends die Weltgeschichte bestimmte, ließ ganze Völkerschaften in Bewegung geraten aus Landnot, wegen Veränderungen des Klimas und durch den Druck anderer Völker. Die Völkerwanderung im engeren Sinn war die den europäischen Kontinent verändernde Bewegung germanischer und anderer Völker nach dem westlichen und südlichen Europa, bei der der Limes als Schutzwall des römischen Imperiums überrannt wurde. Schon vor dem Hunneneinfall hatte die Abwanderung der Goten von der Weichsel im Osten Germaniens in der ganzen Region Unruhe ausgelöst. Das sind gewisse Parallelen zu heute. Völlig unzulänglich ist dieses Modell aber, wenn nicht einfach ein Volk ein anderes verdrängt, oder Völker in wenig besiedelte Gebiete vordringen, sondern wenn es darum geht, daß die wirtschaftlich hochentwickelten Regionen Ziel der Zuwanderung und Zuflucht sind.

Vielleicht beschreibt ein anderes Szenario besser das, was auf uns zukommt, nämlich

Übersiedler

Die Zuwanderung aus den neuen Bundesländern geht ungebrochen weiter. In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres sind bereits 42 304 Menschen aus Thüringen in den Westen ausgewandert. Das sind 1,6 % der Bevölkerung des neuen Bundeslandes. Die Regierung von Nordrhein-Westfalen hat im letzten November die Mitteilung verbreitet, daß monatlich ca. 20 000 Menschen aus den neuen Bundesländern in den Westteil der Bundesrepublik zögen, darunter viele qualifizierte Fachkräfte. Einschließlich der bis zum 2. Juni 1990 registrierten Übersiedler seien 240 000 Menschen aus der ehemaligen DDR weggezogen. Nach Frankfurt kommen monatlich 300 Menschen aus Ostdeutschland.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber rechnet damit, daß 200 000 Ostdeutsche in den Westen zur Arbeit pendeln. Dabei werden viele auf den Baustellen des Westens zu Stundenlöhnen zwischen 6,— und 12,— DM ausgebeutet.

Aussiedler: *Die Zahl der Aussiedler aus Osteuropa betrug 1990 400 000. Die durch eine weite Auslegung des Grundgesetzes Art. 116 akzeptierte push and pull-Wanderungsbewegung von Millionen Menschen, die sich auf deutsche Abstammung berufen können, hat soziologisch gesehen einen Prozeß eingeleitet, der nicht einmal dann beendet sein dürfte, wenn alle auswanderungswilligen und -fähigen Menschen mit deutscher Abstammung in der Bundesrepublik sind. Bei einer Auswanderung dieses Umfanges wird in den Emigrationsgebieten auch unter anderen Bevölkerungsteilen eine erhebliche Auswanderungsunruhe ausgelöst.*

Asylbewerber: *Am Schluß des Jahres 1990 registrierte das Bundesinnenministerium 193 063 Asylbewerber, davon 35 345 aus Rumänien, 22 114 aus Jugoslawien und 8 341 aus Bulgarien.*

Polen und Tschechen: *Der polnische Innenminister schätzt, daß eine Million Polen illegal in der Bundesrepublik leben und arbeiten. Im neuen Jahr soll die Visa-Pflicht für Polen abgeschafft werden. Wenn jährlich ohnehin eine Million Visa erteilt würden, verliere diese Regelung ihren Sinn.*

Polen und Tschechoslowaken können zukünftig als Saisonarbeiter bis zu drei Monaten legal in der Bundesrepublik arbeiten. Im Grenzbereich dürfen sie ständig arbeiten, wenn sie täglich an ihren Wohnort im Heimatland zurückkehren.

Rumänen: *Täglich kommen Tausende von Rumänen nach Polen, um zu betteln oder auf irgendeine Weise Geld zu verdienen. Sie hausen unter freiem Himmel oder auf Bahnhöfen. Ab 1.12. müssen Rumänen an der Grenze 30,— DM pro Aufenthaltstag oder eine beglaubigte Einladung vorweisen. Es ist vorgekommen, daß an einem einzigen Wochenende 5 300 Rumänen an der polnischen Grenze ankamen, von ihnen wurden 680 abgewiesen.*

Roma: *Millionen Roma stehen in Osteuropa wegen der ökonomischen Lage und der Nationalitätenkonflikte unter einem starken Abwanderungsdruck. Der Vielvölkerstaat Jugoslawien zerfällt, zwischen einzelnen Nationalitäten stehen dann noch einige zu begleichende Rechnungen aus; die Messer sind gewetzt, die Flinten geladen.*

Die bisherigen osteuropäischen Bürgerrechtsbewegungen sehen die Bedrohung durch eine wirtschaftliche und ökologische Katastrophe, die einhergeht mit einem üppig wuchernden Nationalismus, Antisemitismus und Haß auf ethnische Minderheiten.

Albaner: *Tausende Albaner unter ihnen vor allem solche griechischer Herkunft, fliehen nach Griechenland und stellen die dortigen Behörden vor kaum lösbare Aufgaben. Dies geschieht trotz der Versprechen auf Einführung der Demokratie in Albanien.*

Rußland: *Alle Migrationsbewegungen werden voraussichtlich aber von der Größenordnung her durch die Vorgänge in der Sowjetunion in den Schatten gestellt.*

Wegen der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl gehen Fachleute davon aus, daß mindestens 200 000 Personen in der Ukraine und in Weißrußland mit einer Evakuierung rechnen müßten. Die meisten jungen Leute verließen das strahlenverseuchte Gebiet ohnehin.

Eine halbe Million Menschen haben durch sowjetische Atomversuche in Semipalantinsk in der Republik Kasachstan bleibende Schäden erlitten; jedes dritte Baby wird mit Mißbildungen geboren, die Sterblichkeitsrate bei Blutkrebs liegt um 200 % höher als in der übrigen Sowjetunion.

Landflucht: *Über 139 000 Dörfer sind seit 1970 in der Russischen Förderation verschwunden. Allein in einem Gebiet nordwestlich von Moskau werden jährlich 100 Dörfer von ihren Bewohnern verlassen. Die Verödung der zentralen Gebiete Rußlands wird von einem sowjetischen Fachblatt als nationale Katastrophe bezeichnet.*

HERBERT LEUNINGER

das Szenario einer weltweiten Urbanisierung bzw. einer demografischen Verdichtung in einigen wenigen hochindustrialisierten Zonen der Welt.

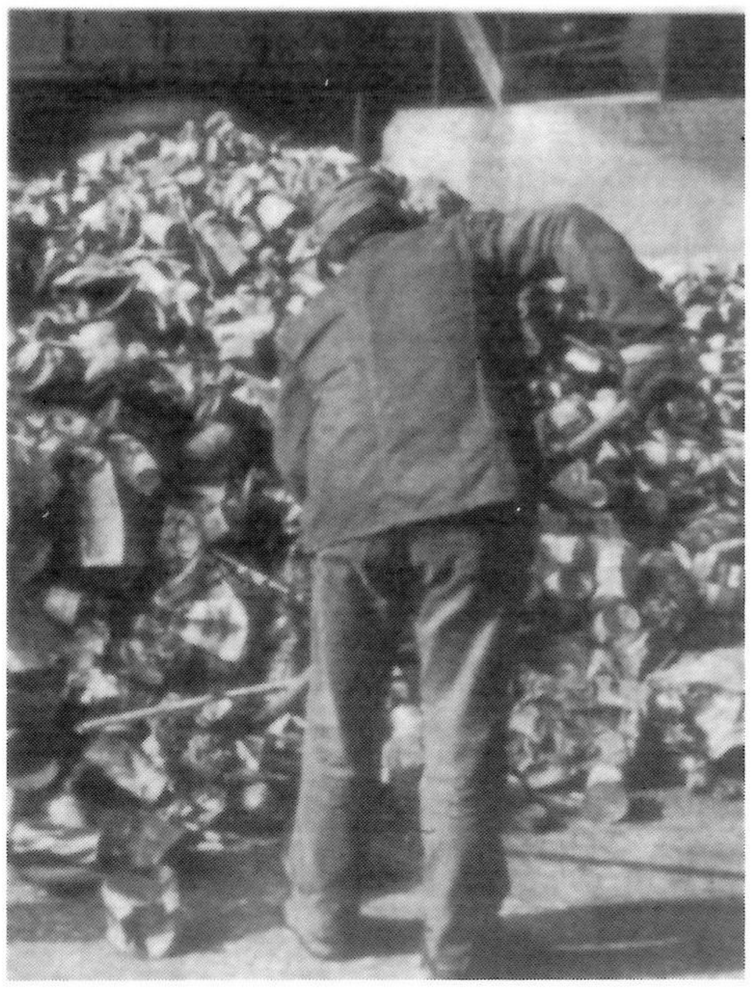
Statt mit dem Vorstellungsmodell ,,Völkerwanderung'' zu spielen, sollte man bei der Prognose der künftigen Entwicklung in Zentraleuropa auf die ins Gigantische wuchernde Metropolen Asiens und Südamerikas schauen. Dort gibt es die allerdeutlichsten und beunruhigenden Parallelen, die das Traumland Deutschland und Mitteleuropa noch erschüttern könnten. Die Prognosen, die im Rahmen des Bevölkerungswachstums und der Landflucht bereits vor zehn Jahren,

▶ Modell: Megalopolis ◀

etwa in der US-Studie ,,Global 2000'', dem Bericht an den Präsidenten, zu entnehmen sind, wird Mexiko City im Jahre 2000 mehr als dreißig Millionen Einwohner haben, nahezu dreimal soviel wie die heutige Bevölkerung des Stadtgebiets von New York. Kalkutta wird sich einer Zahl von zwanzig Millionen nähern, Groß-Bombay, Groß-Kairo, Djakarta und Seoul werden zwischen 15 - 20 Millionen Einwohner haben.

Das rasche Städtewachstum wird für die Abwasserbeseitigung, die Wasserversorgung, die Gesundheitspflege, die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Wohnraum und Arbeitsplätzen enorme Probleme aufwerfen. Die Mehrzahl der Menschen wird in diesen Super-Städten in wilden Siedlungen leben. Wer eine dieser Riesenstädte kennt, weiß, daß Frankfurts Zentrum erst ein Abglanz des dortigen Luxus ist, der im Mittelpunkt dieser Weltstädte aufgetürmt ist, während am Rande der Städte, ja in unmittelbarer Nähe der Cities, die Slums entstehen.

Nach einer amerikanischen Studie, die die Lebensverhältnisse der Großstädte in der Welt untersucht hat, wird, wenn der Trend anhält, in etwa zehn Jahren die Hälfte der Menschen in Städten leben.



▶ Modell: USA ◀

Die Vereinigten Staaten, die uns in jedweder Entwicklung immer um eine Dekade voraus sind, sind unter sozialpolitisch sicher anderen Prämissen mit einer Verarmung weiter Teile ihrer eigenen Bevölkerung, vor allem in den größten Städten konfrontiert. Die bisherigen Armutsprogramme haben so wenig Wirkung gezeigt, daß ernsthaft die Empfehlung gegeben wird, ganz auf sie oder ähnliche Programme zu verzichten. Dabei folgt der praktischen Resignation so etwas wie die separatistische Revision. Die Spaltungspolitik schlägt sich in gezielten Säuberungsaktionen gegen Stadtstreicher, Obdachlose, Bettler und Drogenabhängige nieder. Die Polizei in Los Angeles hat damit begonnen, die Stadt in ,,walled cities'' einzuteilen. Es handelt sich um ,,Drogenkampfzonen'', die polizeilich abgeriegelt werden. Wer dort einziehen will, muß sich scharfeN Kontrollen unterziehen. Die Bewohner dieser abgeriegelten Gebiete beklatschen ihre eigene Einmauerung (vgl. Wolfgang Fach in: Frankfurter Rundschau vom 20.11.1989, S. 27).

Frankfurt will hinter New York und Tokio Finanzplatz Nummer Drei in der Welt werden und die britische Hauptstadt London von diesem Platz verdrängen. Mit dieser Botschaft bereiste der Ex-Oberbürgermeister Volker Hauff auf einer Promotion-Tour 1989 die amerikanischen Zentren New York, Washington und Chikago. Frankfurt auf dem Weg zur europäischen Metropole, das bedeutet unaufhaltsam wirtschaftliches Wachstum, Olympia-Bewerbung, Eisenbahn-Trasse durch den Stadtwald, den auszubauenden Flughafen als wirtschaftliches Herzstück, den Bau neuer Hochhäuser, die Europäische Zentralbank.

Wir haben es hier mit dem für die wichtigsten Großstädte absehbaren Trend zur dreigeteilten Stadt zu tun, wie er wissenschaftlich in neueren Untersuchungen beschrieben wird. (Vgl. für das Folgende: Häußermann/Siebel, Neue Urbanität, S. 138 - 140)

● Die erste Struktur, das ist die international wettbewerbsfähige Stadt. Sie setzt sich aus Glanz- und Höhepunkten einer Stadt zusammen, die überregionale Funktionen und Aufmerksamkeit aus sich ziehen könnte, so wie Hauff Frankfurt will oder wollen muß: Flughafen, internationaler Messe-, Kongreß- und Hotelbereich, aufwendige Freizeit- und Kultureinrichtungen, Verwaltungen international organisierter Unternehmen und luxuriöses Wohnen. Auf den Ausbau dieser Bereiche konzentriert sich die Entwicklungspolitik der Stadtregierungen zunehmend.

● Die zweite Struktur, das ist die normale Arbeits-, Versorungs- und Wohnstadt für die deutsche (und nichtdeutsche) Mittelschicht mit den Funktionen eines regionalen Oberzentrums. Das beinhaltet alles, was normalerweise mit einer Großstadt in Westdeutschland verbunden wird.

● Die dritte Struktur, die marginalisierte Stadt der Randgruppen, der Ausgegrenzten, der dauerhaft Arbeitslosen, der Ausländer, der Drogenabhängigen und der Armen. Die Aufenthaltsgebiete dieser Gruppen werden ähnlich abgeschottet wie ihr Gegenstück, die internationale Stadt. Frankfurt betreibt einen Segregations- und Verdrängungsprozeß durch teure Modernisierung und Umwandlung in Eigentumswohnungen. Es steigen die Zahlen der Wohngeld- und Sozialhilfeempfänger sowie die der Obdachlosen. In der Durchsetzung seiner Sperrgebiets- und

▶ Modell: Frankfurt ◀

Toleranzzonenverordnung gegenüber der Prostitution wird seit Oberbürgermeister Wallmanns Zeiten offen das versucht, was die Aufwertungspolitik in den billigen Altbaugebieten weniger ausgesprochen, aber effektiv verfolgt: die Vertreibung der Unerwünschten, der Armen, der Alten, der Arbeitslosen und der Ausländer.

Noch ist die Segregation in Frankfurt und anderen vergleichbaren Städten nicht so fortgeschritten, wie eben beschrieben. Die weitere Entwicklung der Wirtschaftsmetropolen könnte aber so vor sich gehen, daß zur Vermeidung einer bedrohlichen Krise die soziale Ausgrenzung der Gruppen, die schon auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft ausgegrenzt sind, räumlich, verkehrs- und sicherheitstechnisch betrieben wird. Eine erfolgreiche Ausgrenzung mildert die politische Sprengkraft der Probleme. Da diese Gruppen ökonomisch und politisch schwach sind, können sie sich kaum zur Wehr setzen. Franz Steinkühler, Chef der IG Metall sieht die Gefahr, daß die Bundesrepublik verslumt. Schon vor dem 3.10.1990 habe es allein in der Bundesrepublik vier Millionen Sozialhilfeempfänger gegeben; die Zweidrittelgesellschaft sei in den vergangenen Jahren mehr und mehr zu Realität geworden; der Trend werde sich durch die Vereinigung Deutschlands noch verstärken.

Dies alles wird wissenschaftlich oder politisch prognostiziert und zwar ohne, daß die neuen Dimensionen der Zuwanderung und Zuflucht aus dem Osten Europas, aus dem Mittelmeerraum, aus der Türkei, der Golfregion, aus Afrika und Asien im Blick waren.

Wenn dies aber Wirklichkeit wird, ist dann eine Entwicklung vermeidbar, wie wir sie aus den urbanen Problemzonen der Welt bereits kennen? In ihrer krassen Form sicher, nicht aber, was eine fortschreitende Segregation und ein wachsendes Gefälle zwischen arm und reich angehen. Es ist nämlich weniger denn je erkennbar, daß die westliche Welt einer neuen Verteilungsgerechtigkeit zustimmen wird, die Millionen in ihrer Existenz bedrohte Menschen einschlösse. Der Golfkrieg ist der deutlichste Beweis hierfür. ■

links
SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Register 1988 - 1990

Register 1988

Afrika

Causemann, Bernward	Widerstand in Südafrika	223
Krum, Gerhard/Rauch, Malte	Es gibt keine Demokratie in Südafrika, es gibt nur die Gewerkschaften (Interview)	217
Sodemann, Christoph	Neue Repressionswelle in Südafrika	220
Wölle, Reinald	Bürgerkrieg in Natal	215
Wölle, Reinald	Zur Freilassung Mbekis	214

Arbeit (Gewerkschaft, Arbeitskampf)

Huhn, Jens	Mythos Rheinhausen	220
Huhn, Jens	Rückkehr in die politische Arena	215
Jacobi, Otto	Gewerkschaften und europ. Einigung	223
Kowol, Klaus	15 Jahre Express	
Krum, Gerhard	Politische Futurologie	218
Mückenberger, Ulrich	Vielleicht doch noch ein Gesellschaftsvertrag	218
SB	Lebendige Arbeit — freie Zeit Initiativen zur solidarischen Arbeitszeitverkürzung	220
Staudhammer, Rainer	Denkanstoß oder Dolchstoß?	219
Stolzenwaldt, Axel	Rheinhausen — ein Neubeginn?	216
Syben, Theo	Duisburg-Liverpool oder Aufbruch	214
von Hoesch, Calle	Mehr war nicht drin	220
Zahn, Horst-Dieter	Zur Aktualität einer Utopie der lebendigen Arbeit	221

Asien

Menzel, Ulrich	Der 13.Parteitag der KP China	214
Werning, Rainer	Olympischer Friede?	221
Werning, Rainer	Vorolympiade „Freiheit"	218

Alternatives

Barthel, Christian	New Age — oder was?	216
Heider, F./Mevissen, M./ Blüm, B.	Von der Studentenbewegung bis zum selbstverwalteten Betrieb	221
Kern, Peter	Von allen guten Geistern verlassen	221

Antisemitismus

Claussen, Detlev	Die Verwandlung von Verbrechen in Kultur. Zum 9. November 1988	222
Diner, Dan	Aufklärung nach Auschwitz	215
Diner, Dan	Ein nationaler Feiertag	223
Schneider, Felix	9. November '88 — Schweigen oder Mitmachen	223
Spira, Leopold	Waldheim: Zweite Phase	216
Steinman, Andy/ Werle, Andreas	Exkulpationskultur	221
Werle, Andreas	Es gibt keine Ökonomie der Endlösung	220
Wetzel, Dietrich	Bilanzierte Geschichte	224

Ausländer

Lodovico, Ludi	Deutschenmacherei mit Folgen: Aussiedler contra Asylanten?	222
Macke, Carl Wilhelm	Z.B. Dorfen	217

Bildung

Hertle, Fritz	Wende auf dem Schulhof	221

CDU/CSU

Macke, Carl-Wilhelm	Nach Strauß	223
Sozialistisches Forum Freiburg	Groß, deutsch und tot	223

Europa

Baier, Lothar	Empörung ohne Aufklärung	223
Baier, Lothar	Notizen aus Frankreich	221
Herbert, Gabriele	Entbalkanisierung des Balkan	217
Hirsch, Joachim	Ein neues kapitalistisches Paradies?	223
Krum, Gerhard	Europäische Zusammenarbeit	223
Lodovico, Ludi	Die Zukunft als gehabte	223
Mack, Manfred	Noch ist Polen nicht verloren...	219
Macke, Carl-Wilhelm	Avanti Cultura	222
Macke, Carl-Wilhelm	Wohnzimmerindustrien	224
Schoch, Bruno	Powerplay und Politpoker Mitterrands	220
Voß, Thomas	Zur Lage in Polen	222

Frauen

Frankfurter Frauenblatt	Wie anders arbeiten — wie anders leben?	224
Gerhard-Teuschner, Ute	Weiterhin auf Kosten der Frauen	224
Hornung, Ursula	Für eine neue Utopie der Arbeit	224
Kurz-Scherf, Ingrid	Der Traum vom 6-Stunden-Tag	224
Sellach, Brigitte	Das Frankfurter Frauenblatt	222

Friedenspolitik (-bewegung, Abrüstung/Nato)

Bröckling, Ulrich	Die Ehre der Soldaten	215
Buro, Andreas	Friedenspolitik — ja, bitte	214
Fischer, Joschka	Was da im linken Gewand dreggert	219
Schlotter, Peter	Lanzen, Türen und Tabus	217
Schoch, Bruno	Wie Bitte?	215
Voigt, Karsten	NATO, aber SICHER!	215
Wortmann, Rolf	Der Gipfel der Verwirrung	214

Geschichte

Asor, Rosa Alberto	'68er: Die ganze Welt auf einmal	217
Blanke, Thomas	Die Göttinger Sieben	216
de Gaulle, Charles	Fernsehansprache am 30.5.68	218
Hafner, Kornelia/Behrens, Diethard	Stammtischstrategen und Historiker	215
Kern, Peter	Geschichtchen statt Geschichten	219
Knabe, Hubertus	Die Grenzen der Reform in Ungarn	220
Koordinationsausschuß des Aktionskommitees	Er quatscht und quatscht	218
Krahl, Hans-Jürgen	Römerbergrede	218
Lodovico, Ludi	Ein Mord wird beschwiegen. Zum Thälmann-Prozeß	222
Schoch, Bruno	Sonderhefte, Beilagen und Broschüren	218
Schröter, Welf	Dutschke in der CSSR	220
Tronti, Mario	1968 und die Arbeiterbewegung	218

Gesundheit

Clumeck, Nathan	Die Legende von der afrikanischen Seuche	217
Kessel, Martin	Unser Leben mit AIDS	217
Lennert, Christoph	AIDS als ideologische Krankheit	217

Gewalt

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ

Ein Materialienband zu Herbert Marcuse. Mit bisher unveröffentlichten Texten von Marcuse, Briefwechsel: Raya Dunayevskaya / Marcuse, Martin Heidegger / Marcuse und Beiträge von Kevin Anderson, Detlev Claussen, Joachim Hirsch, P.E. Jansen, Martin Jay, Susanne Kill, Danga Vileisis, Joachim Volke u.a.

2. korrigierte und erweiterte Auflage, ca. 220 Seiten, DM 22, (Vorzugspreis für Käufer der 1. Auflage bis 31.12.90 DM 14, nur über Verlag!)

links-Redaktion, c/o Sozialistisches Büro,
Bleichstr. 5/7, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach/M. 1

REGISTER '88

Köhler, Holm-Detlev — Das baskisch-spanische Labyrinth — 217
Jünschke, Klaus — Drinnen und Draußen (Interview)

Grüne
Jahn, Thomas — Grüne: Sprachverlust und Handlungsunfähigkeit — 216
Wetzel, Dietrich — Die Grünen und Palästina — 217
Jansen, P.E./Kinsel, Peter/Volke, Joachim — Alternative Entsorgung der Vergangenheit — 220

Internationales
Schlupp, Frieder — Neues Denken — Alte Widersprüche — 223

Kapital
Kern, Peter — Mythos und Management — 214
Kofler, Leo — Manchesterliberalismus und Sektenwesen — 221
Schlupp, Frieder — Euro-kapitalistisches Herrschaftsprojekt? — 224

Kultur
Ciupke, Paul — In Verteidigung des Ruhrgebietes — 220
Ipsen, Detlef — Münchener Image — 214
Krick, Roland — Bei den Filmfestspielen in Venedig — 222
Krick, Roland — Politische Filme auf der Berlinale — 217
Macke, Carl-Wilhelm — Danilo Kis — Ein Archäologe der Erinnerung — 222
Macke, Carl-Wilhelm — Max Raphael — ein Lehrmeister des Sehens — 214
Macke, Carl-Wilhelm — Schreiben war Leben. Überleben — 216
Schwarz, Richard/Muno, Martin/Reinfeld, Sebastian — Renaissance der Überbauphänomene — 214

Naher Osten
Brumlik, Micha — Aussichtslos? — 217
Diner, Dan — Es rächt sich die Wahrheit — 215
Diner, Dan — Schlechter ist besser — Zu den Wahlen in Israel — 224
Krämer, Georg — Ohne Antizionismus keine Solidarität mit Palästina? — 217
Massarat, Mohssen — Unruhen in den besetzten Gebieten — 216
Siniora, Hana — Nur verhandeln bringt Frieden (Interview) — 221
Taheri, Ahmad — Frieden am Schatt el Arab (Interview) — 221
Wollin, Amos — Das 22. Besatzungsjahr bricht an — 219

Nationalismus
Lodovico, Ludi — Königsberg bleibt Kaliningrad — 224

Realer Sozialismus
Freund, J. — Verwerflich wie eine Gotteslästerung — 216

Rechtsradikalismus
Hafenegger, Benno — Die extreme Rechte im Aufwind — 215
Macke, Carl-Wilhelm — Semantische Raubzüge der Republikaner — 222
Maegerle, Anton — Europa vorn — ein rechtes Nachrichtenmagazin — 223
Schneider, Felix — Wo gehobelt wird, da fallen Späne — 219

Rüstung
Brzoska, Michael — Israel und seine Rüstungsindustrie — 217
Kubbig, Bernd W. — 5 Jahre SDI — Eine Bilanz — 222

Sowjetunion
Afanassiew u.a. — Barrikaden der Perestrojka II. — 220
Afanassiew u.a. — Barrikaden der Perestrojka III. — 221
Fragner, Bert G. — Nationalitäten und Glasnost in der Sowjetunion — 218
Gieseke, Jens — Vom Dogma zur Realanalyse — 216
Köhler, Holm-Detlev — Schwarzhemden — 216
Lorenz, Richard — Das armenische Problem — 220
Segbers, Klaus — Barrikaden der Perestrojka — 219
Segbers, Klaus — Moskauer Sommer — 221
Segbers, Klaus — Zeit des Übergangs, Zeit der Wirren I — 218
Segbers, Klaus — Zeit des Übergangs, Zeit der Wirren II — 219
Sovieticus — Koreanisierung als nächstes Stadium — 224
Sovieticus — Kreml zum Anfassen — 223
Taheri, Ahmed — Afghanistans ungewisse Zukunft — 219
Zaslavsky, Victor — Das entscheidende Jahr für die sowjetischen Reformen — 214

„Soziale Bewegungen"
Lodovico, Ludi — Jürg Weis — 222
Zander, Ingo — Unziviler Ungehorsam 1968 — 219

SPD
Göttinger Betriebsexpress — Nur ein Windei von Oskar — 218
Halberstad, Heiner — Der Hoffnungsträger — 217
Hirsch, Joachim — Oskar Lafontaines Gesellschaft der Zukunft — 219
Kleinert, Hubert — Lafontaine und kein Ende — 219
Krum, Gerhard — Zum SPD-Parteitag in Münster — 222
Kurz-Scherf, Ingrid — Ehekrach und Projektion — 221
Lodovico, Ludi — Halbschritte vorwärts — 217

Südamerika
N.N. — Schmutziger Krieg in Kolumbien — 215
Müller-Plantenberg, Urs — Noch kein Ende für Pinochet — 223
Rosenhöfer, Rafael — Chile nach dem Plebiszit — 224
Schneelicht, Samuel — Chile: Wahlen in einem verhökerten Land — 216
Schneelicht, Samuel — Pinochet als Demokrat? — 222

Theorie
Neckel, Sighard — Luhmanns Systemtheorie der Moral und ihre Resonanzen — 222
Reusswig, Fritz/Stahl, Joachim — Existenz als Utopie — Jonas und Heidegger — 216

Theoretiker
Altvater, Elmar — Zum Tode von Christel Neusüß — 218
Baier, Lothar — Heideggers Kurssturz — 216
Brumlik, Micha/Maier, Dieter — Zeit der Wende — über Günter Anders — 223
Claussen, Detlev — Konflikt mit Teddy — 214
Jansen, Peter-Erwin — Herbert Marcuse: Kritischer Theoretiker der Emanzipation — 220
Jansen, Peter-Erwin/Volke, Joachim — Die unerträgliche Schwere des Seins — 215
Köhler, Holm-Detlef — Interview mit Pablo Castelano — 214
Macke, Carl Wilhelm — Leopold Spira zum 75. — 218
Maier, Dieter — Eine Erinnerung an Brigitte Heinrich — 215
Parin, Paul — Zum Tode von Marie Langer — 215
Perels, Joachim — Eugen Kogon — Ein Außenseiter im Lande der Restauration — 215
Stubenrauch, Herbert — Ernest Jouhy — 220
Wolfer-Melior, Wolfram — Vom Willen zur Destruktion — 215

Umwelt
Lodovico, Ludi — Self-fucking prophecy — 218
Roth, Roland — Korruption, Skandale, Katastrophen — 215
Sticker, Eberhard — Skandal vergeht, Atom bleibt — 215
Stolzenwaldt, Axel — Hanau: Selters statt Sekt — 217

USA
Cohen, Joshua/Rogers, Joel — Reagonomics II. Teil — 222
Fach, Wolfgang — Der „amerikanische Geist" im Gerede — 224
Jackson, Gabriel — Impressionen aus dem Präsidentschaftswahlkampf — 224
Keil, Roger — Schwarz auf weiß — 223
Mayer, Margit — Ein Streifzug durch die amerikanische Bewegungsszene — 222
Scherrer, Christoph — Der Kandidat: Michael Dukakis — 222

Volkszählung
Hirsch, Joachim — Volkszählung: Das vertrackte Verhältnis von symbolischer und realer Politik — 216

Weltwirtschaft
Altvater, Elmar — Banker unter Legitimationsdruck — 223
Gunder Frank, André — Der Weg in die Krise — 214
Kerpen, Stefan — Durchwursteln — 221
Maier, Dieter — Unsere Tausend Milliarden — 218
Schneider, Felix — Ein selten gewordener Erfolg — 223

Wirtschafts- und Sozialpolitik
Schneider, Felix — Postsoziale Notwendigkeiten — 219

Zentralamerika
Maier, Dieter — Ziel verfehlt — 218
Neumann, Luis — El Salvador: „Periode der Definitionen" — 224
Solares, Blanca — Mexico: Die Vorgeschichte des Bebens — 222

REGISTER '89

Register 1989

Afrika

links
- Weiße Opposition gegen Apartheid (Interview) 230
- Causemann, Bernhard: Südafrika revisted 235
- Causemann, Bernhard: Südafrika: Blendwerk oder Bewegung? 225

Arbeit
- Initiative LEBENDIGE ARBEIT — FREIE ZEIT: Emanzipation und Solidarität 234
- Rinderspacher, Jürgen P.: Am Ende der Woche 231/32
- Stützel, Wieland: IGM — Tarifpolitische Weichenstellung 236
- Ullmer, Richard: Wochenendarbeit und ökonomischer Zwang 231/32

Asien
- Arbeitsausschuß des SB: Solidarität mit der chinesischen Protestbewegung 231/32
- Chinesische Studenten/BRD: Offener Brief an die chinesische Regierung 230
- Claussen, Detlev: Ordnung herrscht in Peking 231/32
- Kluer, Paul: Singhalesische Terroristen 233
- Menzel, Ulrich: Das Schisma geht zu Ende 229
- Menzel, Ulrich: Mr. Science und Mr. Democracy 230
- Menzel, Ulrich: Nach dem 4. Juni — Das Ende einer Ära 231/32
- Rittmeyer, Erwin: Mordkommandos in Sri Lanka 233
- Rittmeyer, Erwin: Sri Lanka — 6000 Morde und kein Ende 227
- Zentrale China-Koordination: China Solidarität 233

Alternatives
- Lodovico, Ludi: Öko-Kretinismus 231/32

Antisemitismus
- Schneider, Felix: Rückblick auf den 9. November 226
- Thurau, Martin: IG-Farben: Chemie an Ihrer Seite 225

Ausländer
- Schulze, Bodo: Das multikulturelle Nichts 235

Bildung (Studentenproteste)
- Frankfurter StudentInnen: Forderungen für eine neue Universität 225
- Frankfurter StudentInnen: Studentisches Institut für kritische Interdisziplinarität 226
- SIfKI: Ein Fall für die Titanic? 230
- Elfferding, Wieland: Ist die Akademie der Wissenschaft reformierbar? 235
- Gruschka, Andreas: Symptom der Ohnmächtigkeit 228
- Heimann, Klaus: Dem, der hat wird noch mehr gegeben 228
- Hirsch, Joachim: Wer sich nicht beschwert, lebt verkehrt 225
- Klier, Vera/Weitkamp, Rolf/Scholle, Klaus: Neue StudentInnenbewegung? — Die Regentschaft der Form 229

links
- Eine Chance, sich neu zu politisieren (Interview) 225
- Linke Liste Frankfurt: Auch ich will ein Buch 226
- Müller-Enbergs, Helmut: Hinter dem Lächeln stand der Aufruhr 227
- Muno, Martin/Reinfeldt, Sebastian: Garni-Pension Zukunft? 229
- Schaarschuch, Andreas: Instrumentelles Wissen und kulturelle Werte 228
- Studentisches Autorenkollektiv: Homo Academikus Superstar 228

CDU/CSU
- Heins, Volker: Die Aufhebung Rita Süßmuths 226
- Schneider, Felix: Seelenverkäufer 228

Drogen
- Graf, Kathrin: Die Schweiz als Waschküche 226

Europa
- Köhler, Holm-Detlev: Generalstreik in Spanien 226
- Köhler, Holm-Detlev: Spaniens Austerity-Sozialismus 236
- Neumann, Norbert: „Mafia-Business" 227
- Schoch, Bruno: Vorwärts zurück? Mit dem politischen Zwerg BRD ist's vorbei 234
- Schoch, Bruno: XVIII. KPI-Parteitag — Nagende Selbstzweifel beendet 229

Frauen
- Bonavita-Lindloff, Petra: Frauen gegen die Mafia 227
- Humanistische Union: Memmingen und kein Ende? 228
- Kontos, Silvia: Memmingen — Annäherungen an eine Niederlage 233
- Sadrozinski, Renate: §218: Wie man das Sichtbare unsichtbar macht 230

Friedensbewegung
- Maier, Dieter: Deutsche Eichen und deutsche Souveränität 226

Geschichte
- Baier, Lothar: „Notre Révolution — unsri Revolution" 231/32
- Diner, Dan: Aneignung der Geschichte 228
- Diner, Dan: Gedenktage und Geschichtsbewußtsein: Zum Verhältnis vom 23. August und 1. September 1939 im Jahre 1989 234
- Fetscher, Iring: Wer ist das Volk? 231/32
- Kofler, Leo: Das bürgerliche Menschenbild in der französischen Revolution 231/32
- Macke, Carl-Wilhelm: Partisanen contra Historiker 226
- Reinicke, Helmut: Das blaue Ätherreich der Deutschen 227
- Ulano-Dethal, F.: Nie wieder? Die Menschenrechte 200 Jahre nach ihrer Erklärung 233
- Zander, Ingo: Deserteure in der politischen Kultur 228

Gewalt
- Bunte Hilfe Frankfurt: Wir hatten ja zwei Morde aufzuklären 227
- Claussen, Detlev: Fetisch Gewalt 228
- Jansen, Peter-Erwin: Zusammenlegung unterstützen! 228
- Krum, Gerhard: Die Chancen zur Deeskalation nutzen! 228
- Reinfeldt, Sebastian: Open the Door! 228
- Schneider, Gert R.: RAF — Ein neuer Anfang für alle? 229

Internationales
- Claussen, Detlev: „Tod des Kommunismus" — Kein Anlaß zum Triumph! 234
- Vester, Michael: Bericht über die Solidaritätsaktion für Vilelmo Henriques 235

Kapital
- Kliche, Ralph: Entwicklungstendenzen der Computerbranche 229
- Muschol, Eckart M.: Das Ende der Gründerjahre 229
- Reiber, Norbert: Mark(t) & Wissenschaft 226

Kirche
- Macke, Carl-Wilhelm: Kirchentag 228

Kommunalpolitik
- Armanski, Gerhard: Der rosagrüne Kongreß tanzt 229
- Claussen, Hans: Berliner Bär im rot-grünen Pelz 229
- Lodovico, Ludi: „Wir Frankfurter" 228

Konservatismus
- Lodovico, Ludi: Spiel mit Grenzen 233

Kultur
- Detobel, Robert: Freude durch Kraft 230
- Krampe, Eva-Maria: Alternativer Pauschaltourismus 233

Linke
- Claussen, Detlev: Der Dilettantismus des Unmöglichen: Linker Antiamerikanismus 231/32
- Claussen, Detlev/Jansen, P.E.: Das Realitätsprinzip wird ausgeknipst wie das Licht (Gespräch) 233
- Creydt, Meinhard: Kritik als „Einrichtung und Verschanzung": Die „Radikale Linke" 234
- Creydt, Meinhard: Kritik und Nüchternheit 230
- Hautsch, Gert: Die DKP auf dem Weg zur doppelten Nullösung 234

REGISTER '89

Kern, Peter — Frankfurt Minding Desaster — 236
links-Redaktion — 20 Jahre *links* — 228
links-Redaktion — Auszüge aus dem editorial der Null-Nummer — 228
Lodovico, Ludi — Die Linke und die Vorsehung — 229
Negt, Oskar — Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren — 228
Rosa, Alberto Asor — Warum ich mich weiterhin als Kommunist bezeichne — 231/32
Schmitt-Wiemann, Paul — Die Bedeutung der Sowjetunion — Debatte für die Linke — 236
Speicher, Max — Späte Emanzipation: Die „Strömung Erneuerung" — 236

Medien
Vita, Vincenzo — Die Informationsmultis kommen — 225

Naher Osten
Diner, Dan — Israel: Der Konflikt ist beendet — 226
Fach, Wolfgang — Der Gaddafi-Komplex — 226
medico international — „Beirut stirbt und keiner kümmert sich drum" — 233
Mina, Nima — Die neue Staatsführung im Iran — 233
Nirumand, Bahman — Der Weg in die totale Isolation — 228
Stein, Georg — Die PLO auf Friedenskurs — 225

Nationalismus
Lodovico, Ludi — Nationale Gesundbeterei — 234

Osteuropa
Behrens, Diethard/Hafner, Kornelia — Ungarische Europa-Perspektiven — 226
Bugajewski, Stefan — Zur Lage in Polen — 226
Hankiss, Elemér — Über die Führungsklasse in Ungarn (Interview) — 223
Hausleitner, Mariana — „Die Führung in Rumänien schwelgt, das Volk darbt" — 234
Herbert, Gabriele — Jugoslawien: Jedes Chaos ist eine Quelle der Hoffnung — 234
Holzer, Jerzy — „Für Polen gibt es zuviel zu verlieren..." (Interview) — 234
Jansen, Peter-Erwin — Die Verkündung der ungarischen Republik — 236
Knabe, Hubertus — Ungarn auf dem Weg zum Mehrparteiensystem — 230
Lodovico, Ludi — Erpreßte Versöhnung — 236
Rossanda, Rossana — Die Suche des Ostens — 235
Spira, Leopold — Die politische Krise in Jugoslawien — 225
Voss, Thomas — Kompromiß in Polen — 229

Realer Sozialismus
N.N. — Untergrundpresse in der DDR — 235
Demokratie Jetzt — Aufruf zur Einmischung — 236
Demokratie Jetzt — Erklärung zu Krenz — 236
Demokratie Jetzt — Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR — 236
Demokratie Jetzt — Volksentscheid — 236
Gieseke, Jens — Die DDR nach Honecker — 235
Jander, Martin/Voß, Thomas — Die demokratische Opposition ist die einzige Chance für die DDR — 235
Knabe, Hubertus — Neue soziale Bewegungen im Sozialismus — 227
Neues Forum — Gründungserklärung — 236
Rossanda, Rossana — Von den Mauern in Prag zu den Fenstern in Glasnost — 225
Schneider, Felix — Macht mal halblang! — 236
Schoch, Bruno — Wende in der DDR? — 235
Unabhängige Gewerkschaften — Aufruf — 236
Unabhängige Gewerkschaften — Brief an die IG Druck und Papier (FDGB) — 236
Unabhängige Gewerkschaften — Gewerkschaftsbewegung „Reform" Satzungsentwurf (Auszüge) — 236
Vereinigte Linke — Böhlener Plattform — 236
Vereinigte Linke — Eine freie sozialistische Gesellschaft in der DDR — 236

Rechte (Rechtsradikalismus)
Brommer, Thorsten — Das Beispiel Langen — 227
Brumlik, Micha — Geburtswehen Europas — 227
Funke, Hajo — Kein Grund zur Verharmlosung — 228
Hafeneger, Benno — Europäisierung der extremen Rechten — 227
Hafeneger, Benno — Postmodern: anything goes — 228
Jansen, Peter-Erwin — Zum Brandanschlag auf die Karl-Marx-Buchhandlung in Frankfurt — 228
Jaschke, Hans-Gerd — Mehr als dumpfes Ressentiment? — 227
Macke, Carl-Wilhelm — „Guten Morgen, Deutschland" — 227
Macke, Carl-Wilhelm — Die neunziger Jahre — ein Haselnußjahrzehnt? — 231/32
Macke, Carl-Wilhelm — Die postfaschistische Rechte — 233
Reinprecht, Christof — Braunhemd in Blau? — 230

Repression
Gössner, Rolf — Geheim-Polizei im präventiven Sicherheitsstaat — 228

Rüstung
Bruckmann, Wolfgang — Nuklearnationalisten — 230
Buro, Andreas — Westeuropäisches Großmachtstreben blockiert europäische Abrüstung — 227
Schnappertz, Jürgen/Bruckmann, Wolfgang — Raus aus der NATO? — 230
Schwarz, Winfried — Was Daimler mit MBB vor hat — 233
Zander, Ingo — "Realo-Manifest" — 233

Sozialismus (-debatte)
Blanke, Thomas — Die alte Unnachdenklichkeit der links — 236
Heller, Agnes/Feher, Ferenc — Hat der Sozialismus noch eine Zukunft — 235
Lodovico, Ludi — Vom Neudenken und Nachreden: Sozialismus passé? — 234
Stubenrauch, Herbert — Abschied von Blütenträumen — 234

Sowjetunion
Afanasjew, Juri — Befreiung des Gehirns (Interview) — 225
Brjatschichin, Aleksej/Schachnowskij, Wasilij — Parteiklub im Kreiskomitee der KPDSU — 234
Gieseke, Jens — „Von der Sowjetunion lernen heißt wählen lernen" — 230
Kadaré, Ismail — Den Chauvinismus vergraben — 230
Kagarlitzkij, Boris — Bergarbeiterstreiks: Ein heißer Sommer in der Sowjetunion — 234
Karpinskij, Len — Ursprünge des Stalinismus — 236
Kuraschwili, Boris — Die Lehren des Massakers von Tiflis — 235
Sovieticus — Die Russen kommen — nach Hause — 225
Sovieticus — Enttabuisierung — 231/32
Sovieticus — Geschichte zum Advent — 236
Sovieticus — Gründungsfieber — 228
Sovieticus — Moskau spaltet die deutsche Rechte — 227
Sovieticus — Wie geht es Ihnen? — 229
Sovieticus — Woher die Panzer nehmen — 233
Schoch, Bruno — Gorbi, Gorbi... — 231/32
Segbers, Klaus — Aus der Krise zur Reform, mit der Reform in die Krise — 225
Segbers, Klaus — Der Untergang des sowjetischen Imperiums — 231/32
Segbers, Klaus — Gesellschaftsfieber — Vorspiele zur „autoritären Variante" — 233
Segbers, Klaus — Perestroika im Jahre 5 — 230
Segbers, Klaus — Reformpolitik in der Krise — 234
Zaslavsky, Victor — Osteuropa und Gorbatschows Reformen — 225

Soziale Bewegungen
Hirsch, Joachim — Später Sieg — 229

Staat
Köhne, Ilse — Neue Richter braucht das Land — 228

Südamerika
Lazaro, Susanne — Schmutziger Krieg in Kolumbien — 228

Theorie
Hirsch, Joachim — Marcuses Revision und Weiterentwicklung der Marx'schen Theorie — 236
Kern, Peter — Eindimensionale Kritik — „Text und Kritik" über Herbert Marcuse — 233
links-Redaktion — Herbert Marcuse — „Kritischer Theoretiker der Emanzipation" — 233

Marcuse, Herbert	Ökologie und Gesellschaftskritik	233
TheoretikerInnen		
Claussen, Detlev	Herbert Marcuse als politischer Philosoph	235
Claussen, Detlev	Kopf und Geist — Alfred Sohn-Rethel	226
Franchi, Cinzia	Agnes Heller kehrt zurück	235
Jackson, Gabriel	Herbert Marcuse, Freund und Kollege	233
links-Redaktion	Nachruf auf Ursel Schmiederer	236
Marcuse, Herbert	Marcuse über Marcuse	233
Schmidt, Alfred	Schicksale des bürgerlichen Bewußtseins. Zu Leo Löwenthal	235
Stader, Ulrich	Zum Tode von Erich Fried	226
Umwelt		
Behrens, Diethard/Hafner, Kornelia	„Ist die Technik beherrschbar?"	227
Lodovico, Ludi	Atommüll: waterproof	229
Schwarz, Richard/AG lire le capital	No Apocalypse, Not Now	226
USA		
Risse-Kappen, Thomas	Die Wende der Bush-Regierung	231/32
Wahlen		
Claussen, Hans	Dritte Chance für Rot-Grün?	227
Hirsch, Joachim	Es bröckelt nicht mehr nur am Rand	227
Hirsch, Joachim	Europawahl: deutsch und national	231/32
LeBon, Aubin	Wahlerfolg der französischen Grünen	229
Weltwirtschaft		
Detobel, Robert	Der Börsenkrach	236
Detobel, Robert	Mini-Enzyklopädie des Börsenjargons	236
Wieczorek, Manfred	IWF: Die Schuldenfalle funktioniert noch	230

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Karl-Heinz Albers, Graefestr. 16, 1000 Berlin 61, Tel. 030/6921665 und Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 13, Tel. 030/2166652

Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080

Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum, Tel. 0234/702823

Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308

Bremen: Niko Diemer, Herbststr. 92, 2800 Bremen, Tel. 0421/374581

Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949

Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006

Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659

Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289

Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597

Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430

Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1

Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698

München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493

Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714

Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/332022

Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt

Stuttgart: Uta Probst, Forststr. 213, 7000 Stuttgart, Tel. 0711/6572538

Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

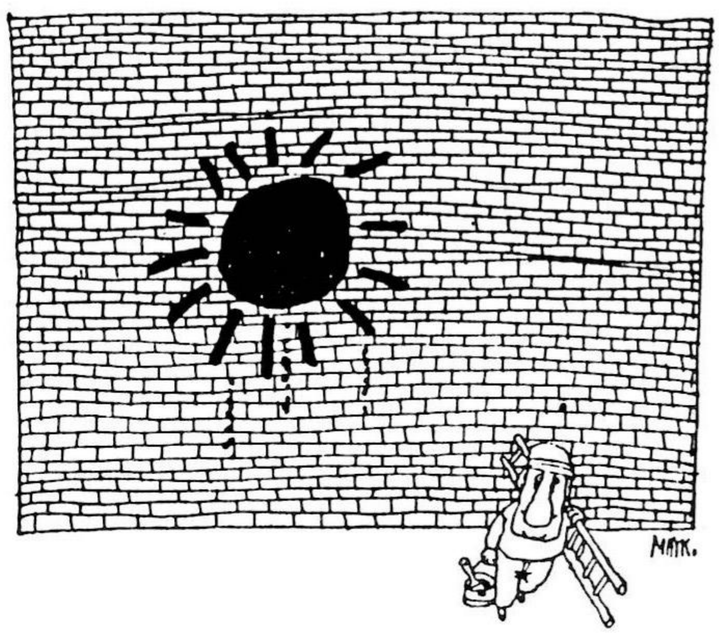
Register 1990

Afrika		
Causemann, Bernward	Das Apartheidsregime besteht fort	239
Causemann, Bernward	Natal war bisher fern	246
Arbeit (Gewerkschaften)		
Gorz, André	Wie kann man die Arbeitszeit verkürzen, ...	244
Kowol, Klaus	Metall-Abschluß: Zur 35-Stunden-Woche	242
Asien		
Menzel, Ulrich	Die chinesische Lösung	239
Antisemitismus		
Lodovico, Ludi	Die Vergangenheit wird gegenwärtig	242
Zander, Ingo	Entschädigung auf gut deutsch	242
Ausländer (-politik, Asyl, ...)		
Dokumentation	Zur Situation von Flüchtlingen in der DDR	244
Nix, Christoph	Ausländerrecht: Politische Instrumentarien des CDU-Staates	241
Schmid, Martin	Mauern um die Wohlstandsinseln	241
Drogen		
Detobel, Robert	Drogenwirtschaft: Die Geldwäscher	242
Fach, Wolfgang	Rausch und Gift: Die Droge in Amerika	241
Klare, Michael	Der militärische Kampf gegen Drogen	241
Kunz, Thomas	Der Drogenkrieg geht weiter	242
Neumann, Norbert	Die illegale Drogenökonomie	241
Popp, Sebastian	Drogenpolitik findet nicht statt: z.B. Frankfurt?	241
Europa (Eur.Gemeinschaft)		
Buro, Andreas	Thronbesteigung in Paris	247/48
Esser, Josef	Das Wunder läßt auf sich warten — 10 Jahre „Thatcher-Revolution"	237
Esser, Josef	Das Wunder läßt auf sich warten — 10 Jahre „Thatcher-Revolution" II	239
Lipietz, Alain	Die wirtschaftlichen Folgen des Falls der Mauer	244
Macke, Carl-Wilhelm	Die neue Rinascita	242
Macke, Carl-Wilhelm	Wiederkehr der Sklaven	237
Schnitzler, Stephan	Ein neues Gesicht in der Downing Street 10	247/48
Schoch, Bruno	PCI: Auf dem Weg zur „postkommunistischen" Partei?	238
Schulze, Bodo	Die „deutsche Frage" in Frankreich	238
Stough, Kevin	Dreyfus, Sacco und Vanzetti auf Britisch	239
Frauen		
Eyl, Doris	Bericht vom Frauenkongreß	237
Hampele, Anne	Auswirkungen der Rechtsangleichung der Frauen	243
Hampele, Anne/Schäfer, Eva	Frauenbewegung in der DDR	240
Holland-Cunz, Barbara	Bemerkungen zur Lage der deutsch-deutschen Frauenbewegung	244
Holland-Cunz, Barbara	Wiedervereinigung der Männer	243
Krampe, Eva, Maria	Frauenkongreß „Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht	237
Maleck-Levy, Eva	Frauen in der DDR gegen §218	243
Redakteurinnen der „Zaunreiterin"	Bewegte Frauen (Gespräch)	240
Unabhängiger Frauenverband	Argumentation zu §218	243
Wölbert, Gisela	„Die Frau existiert nicht ..." Rita Süßmuths Positionspapier	244
Friedensbewegung (-politik, Abrüstung, ...)		
BoA	Für eine BRD ohne Armee	240
Buro, Andreas	Entmilitarisierung: Wohin schlängelt die BoA?	241
Vack, Klaus	Sitzblockaden + §240 StGB: Amnestie — Nein Danke! Rehabilitierung — Ja bitte?	246
Zander, Ingo	BoA — Anmerkungen zu einer	

REGISTER '90

	Kampagne	240
Zander, Ingo	Im Horizont der Utopie: Bundesrepublik ohne Armee	245
Geschichte		
Krzeminski	Besser als befürchtet — schlechter als erhofft	246
links-Redaktion	Lehren aus der Geschichte. Erklärung zur deutsch-polnischen Grenzdiskussion	240
Golf-Krieg		
Brumlik, Micha	Kuwait, Palästina / Die Morgenröte der Weltgesellschaft?	246
Detobel, Bob	Blick auf die neuzeitliche Geschichte des Iraks	245
Garaudy, R./Bella, B.	Die wirkliche Invasion	245
Halliday, Fred	Die Krise der Arabischen Welt	247/48
Klare, Michael	Die USA als Golfpolizei und Weltpolizei	246/48
Massarrat, Mohssen	Ölinteressen des Westens	245
Taheri, Ahmad	Saddam im toten Winkel	245
Wollin, Amos	Israel, Palästinenser und die Golf-Krise	244
Grüne		
Görg, Christoph	Ende eines Intermezzos?	247/48
Kowol, Klaus W.	Grünes Omnipotenzgeschrei	245
Schoch, Bruno	Weder Omnipotenzgeschrei noch Beten: Nachdenken tut not	245
Wullweber, Helga	GAL/Hamburg: Hier hat sich die Misere zum Phantom verflüchtigt ...	242
Internationales (Internationalismus, Solidarität)		
Baier, Thomas	„One World" — Thesen zum Internationalismus	240
Borge, Tomas	Perspektiven der nationalen Befreiung in Lateinamerika	246
Köhler, Holm-Detlev	Auf der Suche nach einem „neuen antiimperialistischen Diskurs"	246
Kommunalpolitik		
Maier, Dieter	Frankfurter Puffs und Pikanterien	240
Kultur		
Baier, Lothar	Deutsche Rechthaberei	240
Bruhn, Joachim	Das Wahrlügen der Reklame	238
Köhler, Holm-Detlev	Fußball WM: Das runde Leder rollt in die Postmoderne	242
Lodovico, Ludi	Identitätskrücken	239
Schlupp, Frieder	Diskurse und Debatten nach 1989	244
Linke		
Bröckling, Ulrich	„Radikale Linke": Staatsfeinde in Gänsefüßchen	242
Claussen, Detlev	Deutschland 1990: Kein Wintermärchen, ein Alptraum	237
Hirsch, Joachim	„Sieg des Kapitalismus" — oder was sonst?	238
Hirsch, Joachim	Strategie für „ die Linke"?	238
Klönne, Arno	Geschichtslos	245
Krampe, Eva-Maria	Der Sieg des Kapitalismus	239
Macke, Carl-Wilhelm	Langweilige Linke in aufregenden Zeiten	238
SB	Erklärung zu Linke Liste/PDS	245
Schoch, Bruno	„Nie wieder Deutschland": Identitätsdemonstration	242
Speicher, Max	Keine Träne für die DKP	238
Medien		
Macke, Carl-Wilhelm	Siegesjournalismus	246
Schneider, Felix	Ciao Pflasterstrand	245
Naher Osten		
Mina, Nima	Nationaler Kompromiß oder Gewaltpolitik in Afghanistan	237
Mina, Nima	Der CIA und die afghanische „ Narco Guerilla" im goldenen Halbmond	238
Wollin, Amos	Bemerkung zur neuen Regierung in Israel	243
Wollin, Amos	Frieden jetzt — auch die Europäer sind gefordert	238
Nationalismus		
Bruhn, Joachim	Nation ist geil	238
Görg, Christoph	Uneinheitliches zum Tag der Einheit	246
L.L.	Solidarität? Kalkül!	238
Lodovico, Ludi	Nationales und Eigentümliches: größer und dümmer und deutscher	244
Rosa, Alberto Asor	Italien: Die Rückkehr der „ Kleinen Heimat"	243
Osteuropa		
Dunayevskaya, Raya	Der Staatskapitalismus und die osteuropäische Revolution	247/48
Frauendorfer, Helmut	„Was heißt Geheimdienst? Es gibt die Securitate!" (Gespräch)	240
Hausleitner, Marianne	Rumänien: Separatismus oder Autonomie?	241
Juchler, Jakob	Polen: Umwälzung mit Umbruchcharakter	240
Kadaré, Isamail	Zur Situation in Albanien	247/48
Kosta, Jiri	Der schwierige Weg des Systemwandels in der CSFR	247/48
Krum, Gerhard	Polen in den Grenzen von 1990	247/48
Schlaga, Rüdiger	Prag 1989: Eine sanfte Revolution in einem eiskalten Herbst	237
Szelinyi, Iván	Die wirtschaftliche Peripherie des neuen Deutschland	247/48
Vargas, Laszlo	Die Reformen stellen auch eine Bezugsgröße zu 1956 dar (Interview)	240
Realer Sozialismus		
Baier, Lothar	Wider die Vereinigung	238
Claussen, Detlev	The Party's over	243
Dokumentation	Schlußerklärung der Stasi-Besetzer	246
Herbert, Gabriele	Entwicklungsperspektiven der realsozialistischen Länder durch Orientierung am Westen?	239
Hirsch, Joachim	Markt oder Plan: Wohin steuert die DDR	237
Jander, Martin/Voß, Thomas	Probleme der Opposition in der DDR	238
links-Redaktion	Chronik der Wende	237
Marz, Lutz	DDR: Die Reformation des Kaders	239
Pasternack, Peer	„Wiedervereinigung" oder Eigenstaatlichkeit der DDR?	238
Portugalow, Nikolai	DDR-BRD: Stabilität nicht in Frage stellen ... (Interview)	238
Rathenow, Lutz	Austausch der Feindbilder	246
Reinicke, Helmut	Vom Winde verweht oder Wahrheitsfindung aus der Ducke	246
Rosenstrauch, Hazel	Bausteine einer neuen Ordnung	246
Visolp, Peter	Treibhaus. Was wird aus den neuen politischen Gruppen in der DDR?	237
Rechtradikalismus		
Lodovico, Ludi	Nicht zufällig: Göttingen	237
Macke, Carl-Wilhelm	„Gut für Deutschland". Die Krise der „ Republikaner"	244
Repression		
Görg, Christoph	Fahndungsunion	243
Saathof, Günter/Busold,	Die ganz legale Aushöhlung des	

Lebendige Arbeit
FREIE ZEIT
Bleichstraße 5—7
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach/M. 1



Christian — Datenschutzes — 244

Rüstung
Armengol, Vincence Fisas — START — oder die Modernisierung des Kalten Krieges — 243

Sozialismus (-debatte)
Diemer, Niko — Was ist links? Nach dem Sturz des „realen Sozialismus" — 247/248
Flachmann, Albert — Kritische Gedanken zur „Arbeiterpolitik" — 237
Görg, Christoph/Köhler, Holm-Detlev — Eine begriffslose Debatte — 237
Negt, Oskar — „Soviel Anfang war noch nie" — 241
Rosenstrauch, Hazel — Auch Österreichs Sozialismus ächzt — 242
Spira, Leopold — Wenn der erste Ziegelstein fällt (Interview) — 245

Soziale Bewegungen
Masuch, Anna — Schacht Konrad: Betreiber haben's eilig — 242
Masuch, Anna — Wackersdorf, Gorleben und was dann? — 239
Müller-Enbergs, Helmut — DDR-Bürgerbewegungen in der Krise — 245
Schweitzer, Dieter — Zum Tode von Klaus Swatzina — 239

Sowjetunion
Conert, Hansgeorg — Das Desaster der sowjetischen Wirtschaft. Gibt es einen Ausweg? — 247/48
Conert, Hansgeorg — Der letzte Parteitag der KPdSU — 244
Kagarlitzkij, Boris — Leben nach Gorbatschow — 241
Kaiser, Hans — Noch einmal: Zur Kritik der Sowjetgesellschaft — 246
Maljutin, M.V. / Rumjanzew, O.G. — KPdSU zwischen gestern und morgen — 240
Schneider, Felix — Zur Verfassung eines demokratischen Rechtstaates — 241
Segbers, Klaus — Rückflug Moskau-Frankfurt — 243
Segbers, Klaus — 73 Jahre: Das war's — 246
Segbers, Klaus — Vorspiel zum Ende der Sowjetgeschichte I — 238
Segbers, Klaus — Perestrojka goes wild. Vorspiel zum Ende der Sowjetgeschichte II — 239
Segbers, Klaus — Der große Sprung I — 241
Segbers, Klaus — Der große Sprung II — 242
Sovieticus — Armes Rußland — 238
Sovieticus — Harrogate im Kaukasus — 244
Sovieticus — Neues von Nina Andrejewa — 241
Sovieticus — Trauerarbeit — 243
Tschepurenko, Dr. Alexander — Krise des Marxismus: Reflexionen eines SU-Marxisten — 246
Urjewicz, Charles — Sozialer Sprengstoff — nationalistische Explosion — 238
Zaslavsky, Victor — Wachsende nationale Unruhen — 245

Staat
Demokratie Jetzt — Brauchen wir ein Volksbegehren für eine neue Verfassung? — 242
Demokratie Jetzt — Grundgesetz oder Makulatur? Nohfeldener Erklärung — 243
Heins, Volker — Embryonen-Politik — 247/48
Hennig, Eike — „...das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen..." — 242
Hirsch, Joachim — Wie illusionär ist die Verfassungsdiskussion? — 243
HU/ESG — Zur Politik der Annäherung von BRD und DDR — 240
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. — Eine neue deutsche Verfassung ist vonnöten — 243
Krum, Gerhard — Realpolitische Zwickmühle — 242
Seifert, Jürgen — Das Grundgesetz als Feld für gestaltende Politik — 242

Südamerika
Gebauer, Marie-Luise — Chile: Das Auffunden der Wahrheit — 244
Henry, Mike — Peru: ein Schock und seine Folgen — 247/48
Vuskovic, Petro (Interview) — Chile: Ist das Wiedergewinnen einer sozialistschen Altenative möglich? — 245

Theorie
Brumlik, Micha — Ratlos vor der nationalen Frage — „Nationalzivilismus" als Ausweg? — 238
Dubiel, Helmut/Frankenberg, Günter/Rödel, Ulrich — Unpolitische Radikalität. Eine Antwort auf Joachim Hirsch — 239
Görg, Christoph — Soziologische Abklärung — 246
Hirsch, Joachim — Ein Bekenntnis zur real existierenden Demokratie — 237
Hirsch, Joachim — Verfestigung des „Modells Deutschland" — 247/48
Kurz, Robert — Das Fähnlein der aufrechten Sozialisten — 239
Lodovico, Ludi — Über den neueren Hang zum Positiven — 246
Volke, Joachim — Kapitalismus ohne Alternative? — 243
Volke, Joachim/P.E.J. — Und wo bleibt die Selbstreflexion? Anmerkung zur Habermas-Kritik — 239
Werle, Andreas — Die Gene des Prometheus. Zur Kritik der Gentechnologie — 237

TheoretikerInnen
Briegleb, Klaus — „Vom Rande her..." Über Leo Löwenthal — 241
Claussen, Detlev — Zum Tode von Alfred Sohn-Rethel — 241
Dutschke-Klotz, Gretchen — Erinnerung an Rudi Dutschke — 239
Gleichmann, Peter Reinhart — „Wofür habe ich überhaupt gelebt?" Norbert Elias — 244
Köhler, Holm-Detlev — „La Pasionaria" ist tot — 237
Macke, Carl-Wilhelm — Wandlung in Würde: Erinnerung an Franz Fühmann — 242
Reinfeldt, Sebastian — Eine Lektion Althussers — 247/48
Rosenbaum, Wolf — Über Ursel Schmiederer — 237
Schoch, Bruno — Gescheiterte Marx-Rekonstruktion. Zum Tod von Louis Althusser — 247/48
Schoch, Bruno — Gian Carlo Pajetta, die Tradition der KPI ist tot — 245

USA
Hirsch, Joachim — Vereinigung auf Amerikanisch — 247/48
Meier, Dieter — Happy Birthday („Nation")! — 246

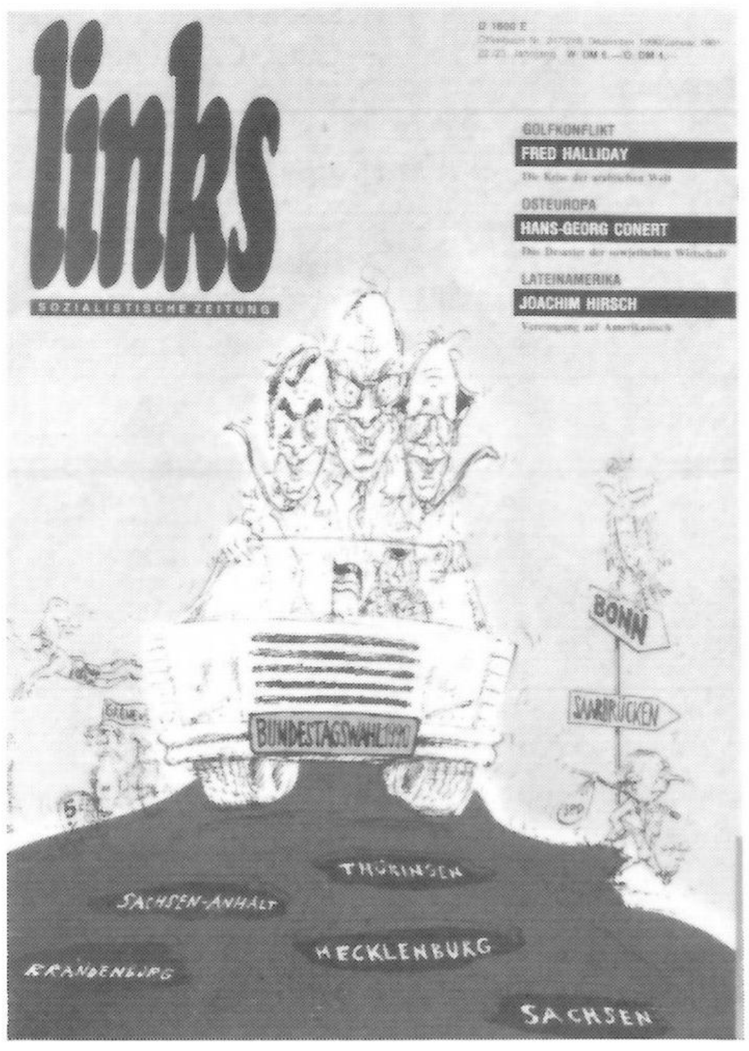
Wahlen
Jansen, Peter-Erwin — Linke Liste/PDS: Spuren die schrecken — 244
Krum, Gerhard — Die Übermacht des Faktischen — 240
Lodovico, Ludi — Fast ohne Volk — 247/48
Mari, Jean-Paul — Rumänien: Die Qual der Wahl — 243
Seifert, Jürgen — Wahlniederlage durch Demotivierung der eigenen Wähler — 247/48

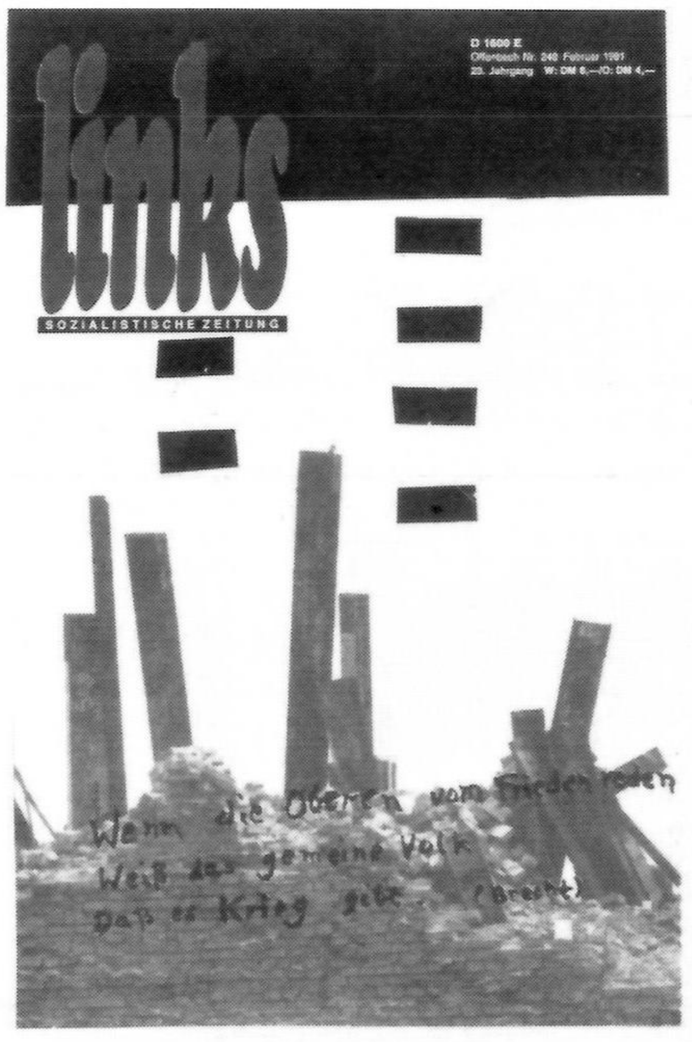
Weltwirtschaft
Menzel, Ulrich — USA/Japan: Neuer Ost-West-Konflikt — 242
Schlupp, Frieder — Weltmarktstrategie und Weltmarktpolitik — 245

Wirtschafts- und Sozialpolitik
Damus, Renate — Durch das Tal der schöpferischen Zerstörung — 245
Nietsch, Wolfgang — Deutsch-Deutsches Zusammenwuchern — 245

Zentralamerika
Cisneros, Antonio — Vargas Llosa contra Fujimori (Interview) — 242
Degregori, Carlos Iván — Peru: Verspielte Zukunft — 242
Gebauer, Marie-Luise — Zwischen Anspruch und Wirklichkeit — 240
Huismann, Wilfried — Kuba: Sozialismus oder Tod? — 241
Luna, Lucia — In Panama regiert das Kommando Süd — 239
Oertzen, Eleonore von — Brot oder Würde — Wahlen in Nicaragua — 240
Petrich, Blanche — Die amerikanische Strategie gegen Fidel Castro — 247/48
Rundnagel, Regine — „Eine Schlacht ist verloren, aber der Kampf geht weiter"? — 240
Schörl, Samuel — Panama: Krieg nach dem kalten Krieg — 238
Zaldúa, Josetxo — Die sandinistische Revolution — nach zehn Jahren passé? — 247/48

Der Streit geht weiter





Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zum Golfkrieg.

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Abo-Bestellschein

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

Bitte senden Sie die links ab der nächst erreichbaren Ausgabe an

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Das links-Jahresabonnement kostet W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl _____ Konto-Nr. _____

Name der Bank _____ Datum _____

Das Abo erhält:

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Datum und Unterschrift (Bestellunterschrift)

Datum und Unterschrift (Bestätigungsunterschrift)

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1991) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

links-REDAKTION

Asyl: Rechtslage und gesellschaftliche Realitäten

Auf kaum einem Gebiet besteht in der Öffentlichkeit ein so großes Informationsdefizit (von der durch die Kriegszensur bewirkten Desinformation einmal abgesehen) wie auf dem der Flüchtlings-, Asyl- und Ausländerpolitik. Erstaunlich ist das nicht, denn hier handelt es sich um ein politisches Feld, von dem viele meinen, es habe nur jene zu beschäftigen, die irgendwie direkt davon betroffen sind. Die aktuellen Probleme, aber vor allem die Zukunft wird zeigen, wie kurzsichtig das ist.

Flüchtlings-, Asyl- und Emigrationsbewegungen werden zu den vorherrschenden Themen gehören in den nächsten Jahrzehnten — gerade im reichen Europa. Für die Bundesrepublik wie für die anderen reichen Länder geht es in den nächsten Jahren darum, handfeste Regelungen, die sowohl humanitären Gesichtspunkten genügen, zu finden wie auch der einfachen Einsicht nicht auszuweichen, daß längst nicht alle Menschen mit noch so guten Fluchtgründen aus aller Welt in den Staaten und von den Gesellschaften der nördlichen Hemisphäre beherbergt werden können.

Das Zauberwort dafür heißt Quotenregelung. Es hat den Nachteil aller Zauberwörter, d.h. es bleibt fauler Zauber, solange nicht geklärt wird, wer, mit welchen Kriterien die Quoten festlegt und wer sie praktiziert und überwacht. Es geht nicht um Milchquoten, sondern um das Leben und Überleben von Menschen.

Die Bundesrepublik ist in einer unkomfortablen Lage: sie hat ein liberales Asylrecht, übt aber eine fremdenfeindliche Asylpraxis aus, im Windschatten von gesellschaftlichen Stimmungen und Stimmen, die nationaler und metropolitan-okzidental bornierter geworden sind, die Fremden und Ausländern gegenüber in den letzten beiden Jahren eher intoleranter als toleranter auftreten — trotz der Anerkennung der ausländischen Gastronomie und dem (zwiespältigen) Lob für das farbigere Bild in Straßen und U-Bahnen — zwei wohlfeile Beruhigungspillen, die in dieser Debatte nie fehlen.

Die Aufgabe dieser kleinen Dokumentation ist es nicht, auf alle komplizierten Fragen eine Antwort zu präsentieren, sondern die reale Lage — vor allem den Widerspruch zwischen der Rechtslage und der weniger rosigen Rechtspraxis — aufzuzeigen. Grundgesetz (GG) Art. 16, II, 2: *„Politisch Verfolgte genießen Asyl"*. — Damit erhalten die Betroffenen ein subjektives öffentliches Recht, dürfen in die BRD einreisen und können ihren Anspruch vor Gericht einklagen.

Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) vom 28.7.1951: Sie handelt nicht von Individualrechten, sondern vom Recht von Staaten, wie sie mit Flüchtlingen verfahren sollen. Ob die Staaten allerdings überhaupt Asyl gewähren, hängt allein von ihnen selbst ab. Im Unterschied zum GG enthält die GFK eine Flüchtlingsdefinition, die auch in der Rechtsprechung in der BRD immer wieder herangezogen wird:

„Jede Person, ... die aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder sich als staatenlose außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will."

Aus den beiden Normen und ihrer Anwendung folgt im Prinzip, daß wer unter die Genfer Konvention fällt, auch Asyl erhalten muß in der BRD, denn die Definition ist ohne Zweifel enger gefaßt als der Artikel des Grundgesetzes. Die Praxis beweist allerdings, wie der politische Zweck — die Verweigerung von Asyl — durch juristische Rabulistik erreicht wird.

Einige Länder der europäischen Gemeinschaft (BENELUX, BRD, FR) schließlich haben im Schengener Abkommen (14.6. 1990) Schritte zur Vereinheitlichung des Asylrechts unternommen.

Hier wird schon deutlicher, worum es den Staaten geht: klare Zuständigkeit, lückenlose Information, gemeinsame Außengrenze gegenüber den Asylbewerbern/Flüchtlingen. Rechtliche Schlupflöcher, historisch oft der einzige Bewegungsspielraum, der Flüchtlingen, Emigranten und Asylbewerbern noch blieb, sollen wasserdicht gemacht werden, noch bevor die großen Flüchtlingstrecks aus dem Osten und dem Süden sich in Bewegung setzen. Die rechtlichen Vorschriften für die Verfahren von Asylsuchenden sind mittlerweile in der BRD derart rigoros „vereinfacht" worden, daß B.Hirsch (FDP) jüngst meinte, sie seien von jener Art, daß Bundesdeutsche sie nicht einmal mehr akzeptierten, wenn sie um ihren Hund prozessieren.

Was der Art. 32 des Abkommens z.B. in der BRD bedeutet, ist mit drei Wörtern in der ganzen Absurdität zu erfassen: fünf Jahre Arbeitsverbot. Damit sollten einst die Flüchtlinge/Asylbewerber abgehalten und abgeschreckt werden. Die Norm verfehlte ihr Ziel, weil hierzulande selbst das stumpfsinnige Lagerleben im Dunstkreis von Großstädten einfacher zu ertragen ist als der brutale Kampf um das Rest- und Überleben im Süden und im Osten. Die Menschen kamen trotzdem hierher, und nun empört sich der Stammtisch wie der populistische Teil der Politiker darüber, daß sie nur Kosten verursachen. Wer verhindert, daß hier arbeiten kann, wer auf den Ausgang des Verfahrens wartet? Dabei hat ein Teil der politisch Verantwortlichen durchaus erkannt, worum es geht:

„Der Schlüssel zu dem Problem liegt ja nicht im Asylrecht. Der Schlüssel des Pro-

Schengener Abkommen

Artikel 29
(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, jedes Asylbegehren, das von einem Drittausländer in dem Hoheitsgebiet einer der Vertragspartein gestellt wird, zu behandeln.
(2) Diese Verpflichtung führt nicht dazu, daß in allen Fällen dem Asylbegehrenden die Einreise in das Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei gewährt werden muß oder er sich dort aufhalten kann.

Jede Vertragspartei behält sich das Recht vor, einen Asylbegehrenden aufgrund des nationalen Rechts und unter Berücksichtigung ihrer internationalen Verpflichtungen in einen Drittstaat zurück- oder auszuweisen.
(3) Unabhänig davon, an welche Vertragspartei der Drittausländer sein Asylbegehren richtet, ist nur eine einzige Vertragspartei für die Behandlung des Asylbegehrens zuständig. Diese Vertragspartei wird nach den in Artikel 30 niedergelegten Kriterien bestimmt.
(4) Unbeschadet des Absatzes 3 behält jede Vertragspartei das Recht, bei Vorliegen besonderer Gründe, insbesondere des nationalen Rechts, ein Asylbegehren auch dann zu behandeln, wenn die Zuständigkeit aufgrund dieses Übereinkommens bei einer anderen Vertragspartei liegt.

Artikel 32
Die Behandlung des Asylbegehrens richtet sich nach dem nationalen Recht der zuständigen Vertragspartei.

Artikel 34
(1) Die zuständige Vertragspartei ist verpflichtet, einen Drittausländer, dessen Asylbegehren endgültig negativ abgeschlossen ist und der sich in das Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei begeben hat, ohne dort zum Aufenthalt berechtigt zu sein, zurückzunehmen.
(2) Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn die zuständige Vertragspartei die Ausweisung des Drittausländers aus dem Hoheitsgebiet der Vertragsparteien durchgesetzt hatte.

Artikel 37
(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig möglichst frühzeitig über

a) neue Regelungen oder Maßnahmen auf dem Gebiet des Asylrechts oder der Behandlung von Asylbegehrenden, spätestens mit deren Inkrafttreten;
b) statistische Daten über den monatlichen Zugang von Asylbegehrenden unter Angabe der Hauptherkunftsstaaten und die in bezug auf Asylbegehren ergangenen Entscheidungen, soweit sie vorhanden sind.;
c) Auftreten oder eine erhebliche Zunahme bestimmter Gruppen von Asylbegehrenden und die hierzu vorliegenden Erkenntnisse;
d) grundlegende Entscheidungen auf dem Gebiet des Asylrechts.
(2) Die Vertragsparteien gewährleisten darüber hinaus eine enge Zusammenarbeit bei der Informationsgewinnung über die Lage in den Herkunftsstaaten der Asylbegehrenden mit dem Ziel einer gemeinsamen Beurteilung.
(3) Hinweise einer Vertragspartei zur vertraulichen Behandlung der von ihr erteilten Informationen sind von den anderen Vertragsparteien zu beachten.

Artikel 38
(1) Jede Vertragspartei übermittelt jeder anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen vorliegende Daten zu einzelnen Asylbegehrenden, die erforderlich sind, um:
— die für die Behandlung des Asylbegehrens zuständige Vertragspartei zu bestimmen;
— die Behandlung des Asylbegehrens vorzunehmen;
— den Verpflichtungen aus diesem Kapitel nachkommen zu können.
(2) Diese Daten beziehen sich ausschließlich auf:
a) Identität (Name, Vorname, gegebenenfalls früherer Name, Beinamen oder Decknamen, Geburtsdatum, Geburtsort, derzeitige oder frühere Staatsangehörigkeit des Asylbegehrenden und, gegenbenenfalls, seiner Familienangehörigen);
b) Ausweispapiere und Reisepapiere (Nummer, Gültigkeitsdauer, Ort und Datum der Ausstellung, ausstellende Behörde, usw.);
c) sonstige zur Identifizierung erforderlichen Angaben;
d) die Aufenthaltsorte und Reisewege;
e) die von einer Vertragspartei erteilten Aufenthaltstitel oder Sichtvermerke;
f) Ort der Einreichung des Asylbegehrens.

blems liegt ja im Wohlstandsgefälle in Europa, liegt darin, daß reich und arm in Europa Tür an Tür wohnen, daß wir — zynisch gesprochen — nicht mehr durch den Eisernen Vorhang vor den Armen und den Elenden dieser Welt geschützt sind ... Wir können uns im Westen nicht länger leisten, wie die Made im Speck zu leben und die anderen zu übersehen. Die Armen und Elenden dieser Welt werden sich ihren Teil holen, wenn wir nicht lernen, freiwillig abzugeben" (H. Schnoor (SPD), Innenminister in NRW).

Dem ist nur hinzuzufügen, daß es offensichtlich leichter ist, in kürzester Frist Milliarden von Mark zusammenzubringen, um einen zweifelhaften bis unnötigen Krieg zu führen, als endlich Ernst zu machen mit dem, was einmal Hilfe zur Selbsthilfe hieß. Derweil schreitet die innerstaatliche Aufrüstung zur Flüchtlingsabwehr voran.

Seit dem 15.1.1987 gilt das „Gesetz zur Änderung asylverfahrensrechtlicher, arbeitsrechtlicher und ausländerrechtlicher Vorschriften". Es ist, wie die folgenden Belege des „Frankfurter Rechtshilfekomitees für Ausländer e.V." zeigen, ein Gesetz, das die Grenzschützer zu den Wächtern über das Asylrecht machen sollte: das liberale Asylrecht des Grundgesetzes und damit ein Kernstück der Verfassung wird heute polizeistaatlich verwaltet — ein grundrechtlich geschütztes Recht verfällt der Willkür des Bundesgrenzschutzes (BGS), weil der Art. 9 des Gesetzes vom 15.1.1987 bestimmt:

„Dem Ausländer ist die Einreise zu verweigern, wenn offensichtlich ist, daß er bereits in einem anderen Staat vor politischer Verfolgung sicher war".

Was für den BGS „offensichtlich" und „sicher" heißen, regelt das subjektive Ermessen, die blanke Willkür der gerade Dienst leistenden am Frankfurter Flughafen.

Nur Flüchtlingen, denen vom Flughafen Sozialdienst noch rechtzeitig Beratung zukomt, oder die über Freunde und Verwandte in der BRD verfügen, gelingt es in der Regel, ein Recht wahrzunehmen, das ihnen zusteht. Daß der BGS und das hinter ihm stehende Bonner Ministerium regelmäßig verloren, wenn es wegen der willkürlichen Handhabung des zitierten Artikels zu einer Verwaltungsgerichtsentscheidung kam, ehrt die hessischen Verwaltungsrichter, löst aber das Problem nicht, daß ein eminent politisches Problem polizeilich administriert wird.

L.L.

Fälle

3. Fall **7.2.87**
7 Eritreer, davon 2 Erwachsene, 5 Kinder („refugees in orbit") am 7.2. (Sa) abends aus Khartoum angekommen, mit Zwischenlandungen in Kairo und London.

Die 7 Eritreer wurden vom BGS am Aussteigen gehindert und mit derselben Maschine nach London zurückgeschickt.

Am 12.2. kamen die 7 Eritreer wieder aus London an. Sie wurden erneut vom BGS am Aussteigen gehindert und mit dem Flug BA 728 sofort nach London zurückgeschickt.

Zwischen dem 7.2. und dem 12.2. waren die Eritreer von London nach Kairo geflogen worden, um von dort entweder nach Khartoum oder Addis Abeba zurückgewiesen zu werden; letzteres wäre für die Eritreer wahrscheinlich lebensgefährlich gewesen. Sie waren aber statt dessen von Kairo nach London zurückgeschickt worden.

Die 7 Flüchtlinge sind inzwischen verschollen.

13. Fall **20.2.87**
1 Afghane mit PK (Pakistan Airlines) 715 um 10.10 Uhr aus Islamabad gekommen, mit Zwischenlandung in Kopenhagen (Transit).

Herr W. hatte einen gefälschten deutschen Reisepaß für Asylberechtigte mit pakistanischem Visum auf den Namen A.H.K., geb. 1952, bei sich, den er von einem in der Bundesrepublik lebenden Verwandten erhalten hatte.

Herr W. hatte eine Einfachticket nach Frankfurt. Er hatte sich einen Monat lang in Pakistan aufgehalten, war dort nicht registriert gewesen.

Dem am 20.2. (Einreisetag) eingeschalteten Anwalt wurde vom BGS versichert, Herr W. würde in die HGU Schwalbach weitergeleitet werden. Am 23.2.87 wurde dennoch plötzlich die Zurückweisung nach Karachi angeordnet. Sie sollte mit PK 718 um 11.45 Uhr (verspätet: 12.35) erfolgen. Herr W. weigerte sich, zu fliegen.

Mitarbeitern der FSDes wurde aber kurz vorher noch vom BGS gesagt, Herr W. wäre in der HGU. Ein anderer Mitarbeiter des FSDes konnte beobachten, daß Herr W. in den Bus zum Flugzeug gsetzt wurde.

Nach Intervention eines zweiten Anwaltes beim VG Wiesbaden rief die dort zuständige Richterin sofort bim BGS an, um die Zurückweisung zu stoppen.

Da die Maschine schon auf dem Rollfeld war, weigerte sich der BGS, die Maschine zu stoppen.

(aus: Dokumentation des Frankfurter Rechtshilfekommitees für Ausländer e.V. und des Frankfurter Flüchtlingsberaters, 28.1.-5.5.87)

DETLEV CLAUSSEN

Angst vor dem Anderen

Über Zusammenhang und Unterschied von Antisemitismus und Fremdenhaß

Bei dem nachfolgenden Beitrag handelt es sich um die von der Redaktion leicht gekürzte Fassung eines Vortrages, den Detlev Claussen auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Arnoldshain gehalten hat. Darin zeichnet der Autor den Prozeß der ,,konformistischen Rebellion'' nach, mit dem sich der Einzelne gegen die Unübersichtlichkeit wehrt, die das ,,magische Viereck'' aus Arbeit und Tausch, Gewalt und Autorität hervorbringt, wenn es in Bewegung gerät. Auf diesem Untergrund bilden sich die aktuellen gesellschaftlichen Formen von Fremdenhaß und Antisemitismus, die Claussen als Bestandteile einer ,,Alltagsreligion'' betrachtet.

Ich betrachte Antisemitismus wie Fremdenhaß als Bestandteile einer Alltagsreligion. Ich wähle diese Kategorie ,,Alltagsreligion'' bewußt, weil ich davon ausgehe, daß die Säkularisierung, die vom modernen Europa sich über die ganze Welt in den letzten zweieinhalb Jahrhunderten ausgebreitet hat, mißglückt ist. Das läßt sich am besten daran ablesen, daß tatsächlich so etwas existiert wie ein Verarbeitung von gesellschaftlicher Realität, die sich nicht rein rational aufklären läßt. Und dieser Bestandteil, dieses Residuum, das nenne ich Alltagsreligion, ein Set von Bewußtseinsvorstellungen, die allerdings sehr viel auch mit dem Nichtbewußtsein, mit dem Unbewußten zu tun haben.

Auf der einen Seite müssen wir versuchen, diese Bewußtseinsbildung auf der Stufe der Einzelnen nachzuvollziehen. Gleichzeitig ist aber ein ganz wesentlicher Wert, den diese Alltagsreligion für den Einzelnen hat, daß sie den Einzelnen aus der Vereinzelung herausholt und ihn tatsächlich vergesellschaftet, ihn mit anderen zusammenbringt. Alltagsreligion ist eine Form der Kollektivität. Von Adorno stammt der Grundgedanke, daß die Alltagsreligion ein Massenmedium ist. Denken Sie dabei bitte jetzt nicht gleich an Fernsehen, sondern ein Massenmedium ist eine Form der Alltagsvergesellschaftung. Da haben wir Antisemitismus, Xenophobie, Nationalismus, Antiintellektualismus, man könne auch sagen, esoterische Weltverarbeitung, positives Denken und auch etwas ganz Allgemeines, kulturindustrielle Wirklichkeitsauffassung, kulturindustrielle Verarbeitungsformen. Das alles gehört zusammen zu einem Bündel, das die Alltagsreligionen ausmacht. Der Wert dieser Alltagsreligionen ist der, daß er das magische Viereck des modernen Menschen miteinander vermitteln kann. Das magische Viereck möchte ich grob bestimmen: die Kategorien Arbeit und Tausch, Gewalt und Autorität. Dieses Koordinatensystem ist ständig in Bewegung. Und dadurch wird für den Einzelnen eine Unübersichtlichkeit geschaffen, in der er sich schwer zurechtfinden kann. Die Alltagsreligion und die Massenmedien der Alltagsreligion bieten Orientierung an, sich in diesem magischen Viereck zurechtzufinden. Gegen das beunruhigende Gefühl ständiger Veränderung bietet die Alltagsreligion Kontinuität an, ein Gefühl von Kontinuität.

Schon die Wahrnehmung des Fremden setzt die Existenz eines Vertrauten voraus. Aber wie jeder aus seiner eigenen Erfahrung weiß, dieses Vertraute ist im modernen gesellschaftlichen Leben außerordentlich gefährdet, wird jeden Tag aufs Neue in Frage gestellt. Auch im Antisemitismus und im Antiintellektualismus wird das Vertraute zusammengeschlossen mit etwas, was anscheinend frei Haus geliefert wird, nämlich Natürlichkeit: Es gibt etwas Natürliches und das andere, das Fremde, ist das Künstliche.

Auch diese Kategorie Natur hat immer diese Unterbedeutung, Nebenbedeutung und den Assoziationshorizont des Vertrauten. In den Alltagsreligionen ob Antisemitismus, Xenophobie oder Fremdenhaß, immer wird das Vertraute ausgespielt gegen ein Fremdes. Das Fremde wird assoziiert mit der Kategorie der Mobilität, der Beweglichkeit. Die Beweglichkeit, die in der gesellschaftlichen Realität zu beobachten ist, wird auf anderes projiziert. Tatsächlich ist es ja auch so, daß das Vertraute bedroht ist, sich in ständiger Veränderung befindet und von außen verändert wird. Das entspricht nicht dem Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Menschen. Tatsächlich wird das Fremde, das Andere, als Bedrohung des Vertrauten empfunden. Die Kategorie der Fremdenfeindlichkeit scheint die übergreifende zu sein. Gesellschaftliche Realität wird ganz offensichtlich verzerrt wahrgenommen. In der Wahrnehmung steckt das richtige Moment, daß die Bedrohung des Statischen in der gesellschaftlichen Realität eine Tatsache ist — ein soziales Faktum, mit dem man leben muß, aber mit dem man schwer umgehen kann.

Wie kommt das zustande, diese Bedrohung des Vertrauten? Was sind die Triebkräfte, die diese Bedrohung des Vertrauten zustande bringen? Dem ist zunächst einmal schwer nachzuspüren, weil die normalen Menschen — wir alle — nicht als Gesellschaftstheoretiker an die Alltagsrealität herangehen. Wir verarbeiten Erfahrung nicht immer in den Formen von kritischer Selbstreflexion, sondern nach Verhaltensmustern, die sich daran orientieren, was sich bewährt hat und was nicht. Dieser Punkt kommt in der Vorurteilsforschung meines Erachtens viel zu kurz: Die Verarbeitung von Realität in Vorurteilsformen ist eine allgemein verbreitete Erscheinung. Es ist selber ein Vorurteil, daß Vorurteile immer nur die anderen haben, sondern wir haben alle Vorurteile. Wir brauchen auch Vorurteile, weil wir uns nämlich in der Realität ohne sie gar nicht orientieren könnten. Wenn wir uns bei jedem Tauschakt überlegten, was steckt da eigentlich alles dahinter, an gesellschaftlichen Beziehungen, wir würden schlichtweg handlungsunfähig. Wir würden hilflos vor der Kasse im Supermarkt stehen und uns die ganze Dynamik des Tauschaktes überlegen und kämen überhaupt nicht zu unserem Einkauf. Wir kämen niemals zur Arbeit, wenn wir uns überlegen würden: Wie ist das nun eigentlich mit unserer Ware Arbeitskraft? Vorurteile braucht man, denn es sind Abreviaturen, verkürzte Formen gesellschaftlicher Erfahrung, die durchaus zur Selbsterhaltung notwendig sind.

Es gehört eine bestimmte Dynamik dazu, daß die Vorurteile sich verfestigen, gegenüber jeder Form der neuen Erfahrung und so hat Horkheimer in einem sehr hübschen Aufsatz über das Vorurteil (ca. 1956) unterschieden zwischen dem Vorurteil der Selbsterhaltung und dem Vorurteil des Hasses. Vorurteile der Selbsterhaltung sind in der Alltagserfahrung begründet. Wir brauchen auch Vorurteile, um uns in der gesellschaftlichen Realität zurechtzufinden. Nicht jedes Mal, wenn wir bei Grün über die Straße gehen, überlegen wir uns alle möglichen Gefahren, sondern wir machen das einfach so. Abgekürzt, in dieser Form machen wir gesellschaftliche Erfahrungen. Das hat sich irgendwie bewährt, das so zu machen, in Grenzen natürlich, jeder weiß das und bei Unfällen sieht man das auch. Vorurteile soll man nicht verabsolutieren; denn es gibt Fälle, da geht man bei Grün und dann kommt plötzlich doch ein Auto vorbei und gefährdet Leib und Leben. Vorurteile zur Selbsterhaltung — sagen wir mal, man geht in New York über die Straße und sieht plötzlich eine Gruppe junger Leute mit Baseballschlägern und Turnschuhen einem entgegenkommen. Da sagt der eine sich: Angst vor dem Fremden habe ich überhaupt nicht, sondern ich gehe mal mutig auf die zu. Ich würde lieber vorschlagen, ganz schnell zu werden und um die nächste Ecke zu biegen. Das mag man für ein Vorurteil halten, aber es erweist sich im Sinne der Selbsterhaltung für ganz vorteilhaft.

▶ Die Attraktivität der Alltagsreligion ◀

Aber es gehört ein gewisser Prozeß dazu, daß sich ein Vorurteil verfestigt, gegen neue Erfahrungen abschottet. Dieser Prozeß der Verfestigung des Vorurteils, das ist eigentlich das, was durch dieses Massenmedium Alltagsreligion zustande kommt. Die Alltagsreligion knüpft an bestimmte unbewußte Triebkräfte an, die für den Einzelnen eine Unübersichtlichkeit des gesellschaftlichen Lebens produzieren, und ordnet sie für das Bewußtsein, damit der Einzelne sich besser orientieren kann. Wir haben das allgemeinste Medium gefunden: Das allgemeinste ist, daß etwas fremd ist. Tatsächlich erfährt es jeder Einzelne in seiner Entwicklung, daß das Vertraute ihm fremd wird. Jeder weiß das, denn jeder macht das schmerzhaft durch. Beim Erwachsenwerden kann einem das Vertraute doch sehr fremd werden mit der Zeit. Das ist die eine Seite der Erfahrung. Aber die individualgeschichtliche Erfahrung verknüpft sich mit einer Erfahrung von Vergesellschaftung. Diese Erfahrung von Vergesellschaftung bringt einen immer wieder żusammen mit gesellschaftlichen Situationen, in denen das Vertraute auf diese gesellschaftlichen Situationen nicht paßt. Wir haben gar kein anderes Instrumentarium, diese neuen Situationen zu verarbeiten, als das, was wir in vorherigen Situationen gewonnen haben. Unsere Erfahrungsverarbeitung der gesellschaftlichen Situation, mit der wir zusammentreffen, hinkt immer hinterher.

Auf diese Weise kommt ein Widerspruch zustande, der schwierig zu verarbeiten ist. Um diesen Widerspruch zwischen den individuellen Erfahrungsmöglichkeiten, dem individuellen Wissen und der gesellschaftlichen Situation, die sehr oft schnelles Handeln erfordert, aufzuarbeiten, braucht es Abstand, Muße. Aber wo wird dieser Abstand geboten in der Gesellschaft? Eigentlich sollten die Bildungsinstitutionen wie Schule, Universitäten, Erwachsenenbildungsinstitutionen Gelegenheit dazu bieten, bieten es aber doch nur in begrenztem Maße. Auch wenn man sich überlegt, wem solche Möglichkeiten zur Verfügung stehen, müssen wir leider immer noch vom Bildungsprivileg sprechen, das die Chance bietet, solche Situationen aufzuarbeiten. Die Attraktivät der Alltagsrelgion besteht darin, daß sie Lösungsmöglichkeiten anbietet, wie wir diese komplizierten Situationen ohne nachzudenken verarbeiten können. Wesentlich dafür, daß die Alltagsreligion etwas anbietet und attraktiv ist, ist der Zeitmangel, unter dem die Individuen stehen — Zeitmangel, der auch keine Abstraktion von der eigenen Lebenssituation erlaubt. Unter diesem Zeitmangel bietet die Alltagsreligion etwas außerodentlich Attraktives an: Sie bringt die Triebregungen des Einzelnen zusammen mit der Interpretation der Situation.

Kommen wir zurück auf die Problematik des Fremden als umfassende Kategorie. Auch die gesellschaftliche Zukunft ist einem fremd. Die Xenophobie, die Fremdenfeindlichkeit bietet die Lösung an, daß man Schuldige findet, persönlich Schuldige, und eine Erklärung, woher diese Angst vor der Fremdheit kommt. Man weiß auf einmal Bescheid, obwohl man gar nicht Bescheid weiß. Diese vielen Fremden, die kommen hierher und sie nehmen uns die Arbeitsplätze weg, damit haben sie die eine Seite des magischen Vierecks, Arbeit. Die andere: überall wird man bedroht, von Fremden, man kann gar nicht in Ruhe durch die Innenstadt gehen. Das ist die andere Seite des magischen Vierecks: die Gewalt. Sie können sich das so weiter überlegen, wie eine ständige Bedrohung, die durch Fremdheit ausgeht, durch den Haß auf die Fremden handhabbar gemacht wird. Die Alltagsreligion vermittelt das Gefühl, den Fall erkannt zu haben; Schuld sollen nämlich die Fremden sein.

Zunächst löst die Fremdheit der eigenen Zukunft im Einzelnen ein Gefühl der Ohnmacht aus. Aber auf der Ebene des Vorurteils weiß der Einzelne jetzt genau Bescheid: Die Bedrohung der Zukunft kommt von den Fremden her; aber er weiß noch nicht: wie kommt die Abhilfe von dieser Bedrohung? Die Abhilfe von dieser Bedrohung hat mit dem zweifelhaften, dem ambivalenten Verhältnis zur Autorität zu tun. Jetzt wird etwas eingeklagt von der Autorität, nämlich Autorität in abgeleiteter säkularisierter Form, von der Autorität der Staatsgewalt. Die Staatsgewalt soll das Problem der Zukunft lösen, d.h. man ruft nach dem Staat, um das Problem der Fremden zu regeln. Bleiben wir bei dem Beispiel Arbeitsplätze: Durch die staatliche Regelung des Zustroms von Fremden soll dann die Sicherheit der eigenen Zukunft hergestellt werden. Im Grunde genommen ahnt es schon jeder, daß das nicht die Lösungsmöglichkeit sein kann. Hier ist der springende Punkt. An dem

Punkt, wo man das Vorurteil nach den Interessen hin auflösen könnte, wo man fragen könnte: liegt es überhaupt in meinem Interesse oder entsprechen solche staatlichen Lösungen überhaupt der gesellschaftlichen Realität, verfestigt sich das Problem zu einem Vorurteil des Hasses; denn der Staat sorgt gar nicht für den Einzelnen, der Staat als stellvertretende väterliche Autorität sorgt gar nicht für mich. Daher klage ich mich ein, ich klage das Handeln dieser Autorität ein, von dem ich sowieso weiß, das es so nicht stattfinden wird. Beim Appell an den Staat spielt die Kategorie der Natürlichkeit eine Rolle: der Staat als der natürliche Vertreter einer Gruppe, die einen Anspruch hat, von diesem Staat vertreten zu werden. Hier sehen Sie, wie sich das, was auf der individuellen Ebene das Vertraute ist, zu einem Gesellschaftsbild verfestigt. Die Gesellschaft soll nur eine Gesellschaft von Vertrauten sein, was sie ja nun keineswegs ist und keineswegs sein kann.

Antisemitismus und Fremdenhaß

Die moderne Gesellschaft zeichnet sich ja gerade dadurch aus, daß sie Vertrautheit auflöst, aufhebt. In der Fremdenfeindlichkeit verfestigt sich ein gesellschaftliches Ohnmachtsgefühl zum Ressentiment. Die anerkannte gesellschaftliche Gewalt, nämlich die staatliche Autorität soll es sein, die die Vertrautheit wieder herstellt. Und Sie sehen, in diesem Vorurteil steckt tatsächlich ein Anspruch auf Gewalt und das macht das Ganze so gefährlich. Ein Anspruch auf Gewalt begründet, daß hier eine gesellschaftliche Beziehung gewalttätig werden soll. Es existiert eine Beziehung zwischen dem fremdenfeindlichen Vorurteil und der Gewalt. Das Vorurteil ist deswegen mehr als bloße Meinung. Wenn Sie — nehmen wir mal ein Beispiel — mit jemandem in einer Kneipe stehen und der sagt, die Fremden nehmen uns die Arbeitsplätze weg, und Sie fangen jetzt an zu argumentieren, ganz schnell werden Sie erleben, daß sie vollkommen scheitern mit Ihrer rationalen Argumentation über Arbeitsmarkt und Arbeitskräftestruktur. Da wird der sich nur an die Stirn tippen und sagen, Sie sind ein weltferner Spinner. Weil nämlich dieses Vorurteil einen ganz anderen Gewinn hat, nämlich nicht die rationale Erkenntnis der Gesellschaft, sondern weil es eben die Möglichkeit dieses Ressentiments erlaubt und das ist der zweite Gewinn auf der individuellen Ebene des Vorurteils, daß es nämlich einen Anspruch auf etwas Tabuiertes artikuliert: auf Gewalt gegen andere Personen.

Das Vorurteil erlaubt es, schlecht zu sein und sich gut dabei zu fühlen. Das macht Vorurteile so außerordentlich attraktiv, nämlich, daß sie erlauben, einen ansonsten tabuierten Anspruch auf Gewalt zu artikulieren. Wenn man den gleichzeitig fragen würde, sind sie für oder gegen Gewalt, dann würde er sagen, ich bin vollkommen gegen Gewalt. Aber in in dem Vorurteil äußert sich dieser Anspruch auf Gewalt. Auf der Ebene der psychischen Realität steckt in jedem Vorurteil eine potentielle Gewalt und das ist der Gewinn, man könnte fast sagen, der Lustgewinn, der in jeder Äußerung eines Vorurteils auch drin steckt. Und hier haben wir auch die Grenze gefunden, die sehr verschiebbar ist zwischen Fremdenfeindlichkeit, Xenophobie und Antisemitismus. Wenn Sie die empirischen Untersuchungen über alle westeuropäischen Länder betrachten, finden Sie ein extrem hohes Maß an Fremdenfeindlichkeit. In bloßen Meinungsumfragen finden Sie ein relativ hohes Maß an antisemitischen Einstellungen. Die antisemitischen Einstellungen sind verkleidet, treten nicht so offen zutage. Diejenigen, die ganz harte antisemitische Stereotypen äußern, sind relativ selten, d.h. hier gibt es fließende Grenzen. Fremdenhaß und Antisemitismus treten nie isoliert auf. *Wo Fremdenhaß ist, ist auch Antisemitismus und wo Antisemitismus ist, ist auch Fremdenhaß.*

Tatsächlich ist der Antisemitismus traditionell verbunden mit Fremdenhaß. Denken Sie an die ganzen Vorstellungen, daß die Juden von außerhalb kommen, daß sie kein Anrecht haben, daß sie nicht an diesen jeweiligen Grund und Boden gebunden sind, daß die ganze traditionelle Vorstellung verbunden ist mit den Juden als Fremden, als Fremdes auch in einer vertrauten christlichen Umgebung. Aber umgekehrt ist es auch so, daß sich die These tatsächlich aufrecht erhalten läßt, nämlich wo Fremdenhaß ist, ist auch Antisemitismus. Der Fremdenhaß deckt die Oberfläche gesellschaftlicher Wahrnehmung ab. Die Fremdheit der eigenen gesellschaftlichen Zukunft wird projiziert auf die Fremden als die Schuldigen, von denen die Bedrohung ausgeht. Jetzt kommt aber die andere Seite — die andere Seite ist auch die Fremdheit der eigenen Wünsche, die Fremdheit des eigenen Unbewußten. Die Fremdheit des eigenen Unbewußten wird projiziert auf die Fremden. Sie kennen das alle, diese stereotypen Vorurteile, die Fremden sind schmutzig, die Fremden sind sexuell ausschweifend, halten zusammen wie Pech und Schwefel, halten sich nicht an die Gesetze. Sie sehen diese Indikationen der eigenen Wünsche, die auf die Fremden projiziert werden. Da haben Sie die beiden Ebenen, zwischen denen sich der Fremdenhaß bewegt und eben eine Connection herstellt: *Fremdheit der eigenen gesellschaftlichen Zukunft und Fremdheit der ei-*

genen unbewußten Wünsche.

Nun bezeichnet aber der Antisemitismus in diesem Set von Alltagsreligion etwas Spezifisches. Er ist verbunden mit einer ganz bestimmten Geschichte, mit der Geschichte nämlich der Herausbildung der modernen Gesellschaft, d.h. also dieses ganze Schema des Vorurteils von Fremden wird noch einmal gebunden an die Spezifik der Herausbildung der modernen Gesellschaft. Die moderne Gesellschaft etabliert sich, indem sie auch Tabus etabliert. In der Alltagsreligion drückt sich auch ein Stück Rebellion aus gegen die herrschende Meinung. Aber diese

Die konformistische Rebellion

Rebellion ist ambivalenter Natur. Die Rebellion traut sich nicht, das andere oder den Wunsch nach dem anderen auch zu artikulieren, rational zu artikulieren. Man weiß, daß der Wunsch nach dem anderen, wenn man ihn artikuliert, auch mit gesellschaftlichen Sanktionen verbunden ist. Das Vorurteil ermöglicht eine Rebellion gegen die offizielle herrschende Meinung und zugleich vermittelt es das Gefühl, daß man mit der Mehrheit in Kontakt steht. Es ist also dieses Phänomen einer konformistischen Rebellion, das sich im Vorurteil, in der Alltagsreligion äußert. Also, das was man einmal als ein soziologisches Wunder bezeichnet hat, nämlich daß man zugleich Mitglied einer Elite und der Mehrheit ist. Niemand traut sich das zu sagen, aber ich sage es mal, ich spreche es offen aus. Denken Sie an unseren verflossenen Bundestagspräsidenten, der sagte ,,in Deutschland kann man doch nicht die Wahrheit sagen", während die ,,Wahrheit" plötzlich aus ihm herausbricht, eine Wahrheit, die einen ganz konformistischen Gehalt hat, d.h. also auf der einen Seite dieser Gestus der Rebellion, der da drin steckt, und auf der anderen Seite die Sicherheit, daß man zugleich sich in einer gesicherten Mehrheit befindet. In der Alltagsreligion sind die Fremden immer Mehrheit und Minderheit zugleich. Es kommt jeweils auf den Gesichtswinkel an und dadurch ist nämlich genau dieses Vexierspiel möglich, daß man zugleich Mitglied einer Elite ist, wenn man von den Fremden überflutet wird, zugleich sind aber die Fremden nur Minderheit, da kann man sich natürlich auch sicher sein. So werden auch immer die Opfer des Vorurteils herausgesucht, ob sie diese Möglichkeit bieten.

Im Antisemitismus wird die Sache auf die Spitze getrieben, weil hier ein noch ungreifbarerer Zusammenhang für das Alltagsbewußtsein scheinbar erklärt wird. Der Antisemitismus verschärft den Fremdenhaß, weil er die verzerrte Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität noch einmal verzerrt. Antisemitismus ist die verzerrte Wahrnehmung einer verzerrten Realität. Wenn man sich das klar macht, daß es sich hier um die verzerrte Wahrnehmung einer verzerrten Wahrnehmung handelt, kann man begreifen, warum man mit einer rationalen Argumentation überhaupt nichts ausrichtet gegen ein Vorurteil. Einer einfachen verzerrten Wahrnehmung kann ich eine bessere Interpretation der Realität gegenüberstellen und wenn der andere nur eine verzerrte Wahrnehmung hat, wird er sicherlich der besseren Interpretation zustimmen, aber so ist es beim Vorurteil nicht. Sondern hier gibt es einen Gewinn, der in dieser Verzerrung einer verzerrten Wahrnehmung drinsteckt. Der Antisemitismus interpretiert etwas, was ganz schwer zu begreifen ist, er interpretiert den gesellschaftlichen Beziehungszusammenhang. Der Antisemitismus erlaubt es, von der gesellschaftlichen Realität zu abstrahieren und zugleich gibt er den Antisemitismen die Möglichkeit, persönliche Schuldige für diesen Abstraktionszusammenhang herauszufinden. Der Antisemitismus besitzt als Alltagsreligion einen besonderen Wert, weil er etwas Ambivalentes interpretiert, interpretieren kann.

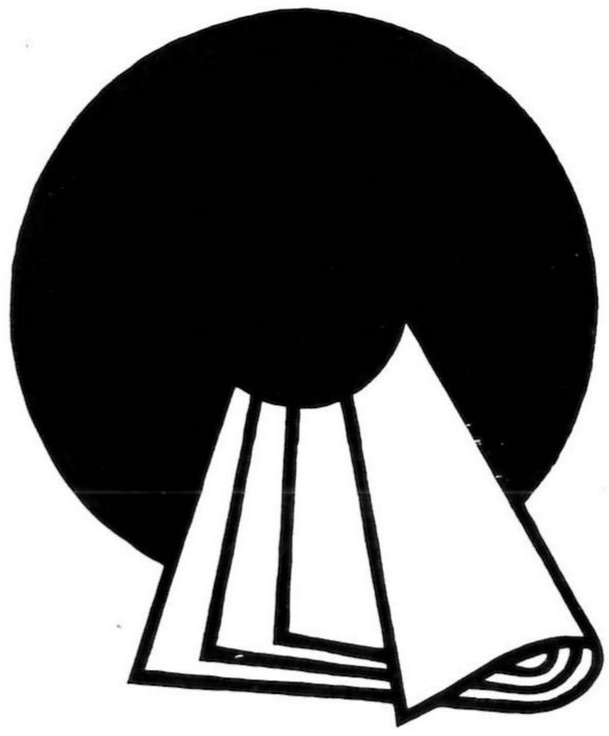
Der Antisemitismus kann den gesellschaftlichen Zusammenhang der Individuen interpretieren — die Tatsache, daß nämlich im Normalprozeß, wie Individuen miteinander verkehren, Fremde miteinander verkehren, Fremde miteinander umgehen, die unterschiedlich bleiben können, obwohl sie an sich etwas Identisches haben. Nun ist es aber so, daß die gesellschaftliche Ohnmacht, die Menschen empfinden, gerade das ist, was für die Menschen schwer erträglich ist, d.h. also, sie müssen jetzt jemanden erfinden, der eine gesellschaftliche Macht hat, eine gesellschaftliche Macht, über die sie selber wieder eine Macht haben und so suchen sie sich den Privilegierten, den Verwandten zur Macht. Das ist das, was das antisemitische Vorurteil leistet: Einen Privilegierten herauszufinden — das hat nichts damit zu tun, wer real privilegiert ist — sondern das hat etwas damit zu tun, wen man als Privilegierten phantasieren kann.

Mit der Herausbildung der modernen Gesellschaft ist die Veränderung der Beziehung der Menschen zur Autorität verbunden. In der traditionalen agrarisch bestimmten — im europäischen Kontext christlichen — Gesellschaft gibt es persönliche Abhängigkeit, eine Welt von persönlichen Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen. Durch die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft wird dieses traditionelle Verhältnis verwandelt in ein sachlich vermitteltes Verhältnis, nämlich tatsächlich, daß wir uns jetzt nicht über unmittelbare Abhängigkeit aufeinander beziehen, sondern daß wir uns vermittelt über den Markt, also über anonyme gesellschaftliche Verhältnisse aufeinander beziehen.

Nicht nur individualgeschichtlich, auch geschichtlich verarbeiten wir das Moderne mit den Erfahrungen des Vormodernen. Wir verarbeiten nämlich moderne gesellschaftliche Beziehungen mit den Erfahrungen des Vormodernen. Es ist schwer erträglich, sich das klar zu machen, nämlich daß wir uns nur sachlich aufeinander beziehen sollen in der modernen Gesellschaft. Diese Erfahrung, nämlich das Sachliche ist ja das Fremde, das Fremde gegenüber dem Subjekt, dem Subjektiven, — an dieser Stelle versuchen wir etwas Vertrautes einzusetzen. Dieses Vertraute ist wiederum die Beziehung zur Autorität, einer traditionalen Autorität, d.h. individualgeschichtlich gesprochen, zu einer familialen Autorität und diese familiale Autorität liefert das Muster, in der die Alltagsreligionen Gesellschaft interpretieren.

Alltagsreligion interpretiert immer nach diesem traditionellen Muster. Und nun bestätigt sich das Vorurteil, weil die gesellschaftliche Autorität, der Staat, der ja objektiv andere Funktionen hat in der modernen Gesellschaft, nie diesen Erwartungen entspricht. Deswegen äußert sich immer dieses Begehren als Ressentiment wie als Appell gegenüber der Staatsgewalt: Einerseits als Rebellion, der macht ja gar nichts, der Staat, er vertritt ja gar nicht unsere Interessen, dieser Staat, und auf der anderen Seite der Wunsch, daß der Staat diese Interessen vertreten soll. Tatsächlich traut sich die konformistische Rebellion nicht, Staat und Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt ihrer Veränderbarkeit zu betrachten, sondern sie artikuliert sich ressentimenthaft. Deswegen muß die Alltagsreligion gleichzeitig jemand designieren, der etwas schwächer ist als der Staat; denn was schwächer ist als der Staat, das kann ich tatsächlich zum Objekt meiner gewalttätigen Phantasie machen. Es sind auf der allgemeinen Ebene die Fremden und auf der spezifischen Ebene im Antisemitismus sind es die Juden, an denen sich Phantasien von Macht und Ohnmacht, Arbeit und Tausch festmachen. Auch dem widerspricht überhaupt nicht, was viele Menschen so verwundert, daß es einen Antisemitismus ohne Juden gibt. Das hat es auch traditionell schon gegeben. Die Verwunderung über dieses Faktum ,,Antisemitismus ohne Juden" sollte man produktiv wenden. In ihr steckt immer noch die Vorstellung, daß es von der tatsächlichen Zahl, von der tatsächlichen gesellschaftlichen Realität abhängt, wie ein Vorurteil sich artikuliert. Es hängt tatsächlich von der gesellschaftlichen Realität ab, aber diese Realität ist eine andere, die nicht mit der Zahl der Fremden oder der Zahl der Juden zusammenhängt, sondern mit dem Grad der Fremdheit zu tun hat, mit der die gesellschaftliche Realität den Einzelnen überfordert. ■

INTERNATIONALE PRESSESTIMMEN



Rinascita: Aus und vorbei

Es gibt in der Geschichte politischer Ideen und Bewegungen Brüche und Schlußstriche, die befreiend sein können. In den letzten Jahren haben gerade Linke viele davon erlebt, mal unter Jubel, mal mit Schmerzen. Niemand, jedenfalls niemand, der sein politisches Denken und Handeln in Traditionen nicht so locker abstreifen kann wie seine Socken, macht es sich mit schnellen Verabschiedungen leicht. Zu häufige und vor allem, zu hastige Abschiede, lassen auch Linke zu heimlichen Konservativen werden...

Wie schwer eine neue linke Identitätsfindung in diesen post-kommunistischen (post-sozialistischen?) Zeiten sein kann, erleben wir gerade am Beispiel der italienischen Kommunisten. Nach dem lauten Zusammenbruch der realsozialistischen Kartenhäuser und den leisen Zweifeln an fast allen linken Utopien, will die Mehrheit der italienischen Kommunisten alles sein — nur eben keine Kommunisten mehr. Nach einem relativ kurzen, aber heftigen Diskussionsprozeß — dem jedoch eine lange Vorgeschichte voranging — hat die PCI auf ihrem 20. Parteikongreß in Rimini Namen und Symbol geändert. Ab sofort nennt sie sich ,,Partito della Sinistra", Partei der Linken. Daß die Abkürzung PDS im deutschen politischen Vokabular eine bestimmte (zweifelhafte) Assoziation weckt, ist bei diesem komplizierten Gründungsprozeß einer neualten linken italienischen Partei noch das geringste Problem. Die deutsche PDS ist in Italien so gut wie unbekannt.

Viel bedeutender und folgenreicher ist aber, mit welchem halsbrecherischen Wagemut die Mehrheit um Acchille Occhetto alles aufzugeben bereit ist, was der ,,alten" PCI, neben vielem traditionalistischen Blei an den Füßen, eben auch ihre unvergleichlichen Stärken gab. Man definiert sich heute in der neuen PDS irgendwie ,,links", ökologisch, feministisch, demokratisch oder reformistisch in der Hoffnung, damit endlich auch einmal in die Palazzi der Macht in Rom einziehen zu können. Auf der Suche nach neuen Bündnispartnern hofft man auf radikale Bürgerrechtler, linke Katholiken, nicht opportunistische Sozialisten (?), Feministinnen, die ,,neue technische Intelligenz" in den Fabriken, moderne Kulturproduzenten, Pazifisten und aufgeklärte Militärs. Um aber aus dieser Wundertüte an sozialen Interessen, moralischen Werten, politischen Wünschen und alternativen Ideen eine kohärente politische Kraft zu formen, bedarf es mehr als eines neuen Namens, mehr als eines funktionierenden Organisationsgerüsts. Man muß für dieses anspruchsvolle Projekt, für das es ja durchaus gewichtige Gründe gibt, aber auch eigene Verständigungsorte schaffen oder vorhandene alte Medien den neuen Ideen öffnen.

Eben dies hat die 1944 von Palmiero Togliatti gegründete und seit 1988 unter dem renomierten Literaturwissenschaftler Alberto Asor Rosa vollständig neu edierte *Rinascita* versucht. Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als die PCI sich in einem waghalsigen Wendemanöver in die PDS umgewandelt hat, wird nun die *Rinascita* (scheinbar endgültig) eingestellt. Die noch längst nicht abgeschlossenen Verständigungen über das neue Projekt einer ,,Partei der Linken" müssen also jetzt ohne die *Rinascita* geführt werden.

Aus der deutschen Ferne ist die tatsächliche finanzielle Misere der *Rinascita* schwer zu beurteilen und auch die harten Debatten hinter den Kulissen kann man nur erahnen. Mit den von Werbeseiten geradezu platzenden politischen Wochenmagazinen *espresso* und *PANORAMA* konnte *Rinascita* zu keinem Zeitpunkt konkurrieren. Das Niveau aber, daß Alberto Asor Rosa und die gesamte Redaktion der *Rinascita* in nur wenigen Monaten geschaffen haben, war beachtlich. Die *Rinascita* war der Beleg, daß man eine sehr italienische und gleichzeitig internationale, eine linke und trotzdem intellektuell spannende, eine räsonierende und recherchierende, eine politisch wie kulturell auf der Höhe der Zeit stehende Zeitschrift produzieren kann. Wir haben zum Beispiel eine Reihe glänzender Analysen des in Italien neuen (und immer bedeutender werdenden) Phänomens der ,,regionalistischen Bewegungen" (Ligen) gelesen. Franca Chiaramonte hat kontinuierlich gut über die Veränderungen in den industriellen

Die Linke ist noch ärmer geworden

Beziehunen in Italien geschrieben. Mario Tronti u.a haben die Diskussionen über den ,,Wohlfahrtsstaat" weitergeführt. Über die Mafia wurden detaillierte Dossiers veröffentlicht (zuletzt ausführlich über die neapolitanische Camorra). *Rinascita* war kritisch-solidarischer Chronist der erfolgreichen Befreiungskämpfe gegen die stalinistischen Apparate in Osteuropa — in Fortsetzung einer langen Tradition des Blattes.

In den innerparteilichen Strömungskämpfen von PCI-PDS versuchte das Blatt solange und soweit es ging, zu vermitteln. Auffallend auch, wie stark in den letzten Ausgaben der Anteil von Artikeln über und von Frauen war. Die Photo und Karikaturauswahl war oft ganz ausgezeichnet — wovon auch die *links* profitiert hat. Vielleicht war *Rinascita* als Wochenzeitschrift etwas zu sehr auf ein intellektuelles linkes Milieu in den großen Städten abgestellt. Die Parteibasis nahm sie kaum noch zur Kenntnis. Jetzt aber können diese wie andere Schwachstellen des Publikationsprojektes nicht mehr korrigiert werden. *Rinascita* hat seine Türen geschlossen. Mit ihrem Ende schwindet auch gleichzeitig ein weiteres Stück jener linken italienischen Tradition, die Fernwirkungen auf die gesamte linke Diskussion in Europa gehabt hat.

Nochmals: es gibt Abschiede von linken Traditionen, die notwendig und befreiend sind. Der Abschied von einer politischen Kultur jedoch, für die die *Rinascita* stand, gehört gewiß nicht dazu. Man muß nicht unbedingt eine Linke und ein Linker sein, um das Ende der *Rinascita* als einen großen Verlust für die plurale demokratische Kultur in Italien anzusehen. Die *Rinascita* einzustellen, ist ein ,,schwerer politischer Fehler" (Asor Rosa). ,,Ora la sinistra é piu povera", schreibt eine andere Mitarbeiterin von *Rinascita* in der letzten Ausgabe. Jetzt ist die Linke (nicht nur in Italien) noch ärmer.

CARL-WILHELM MACKE

JOACHIM HIRSCH

Ein kläglicher Abschied

Nach dem Ende der „Neuen Linken“

Die Hitze und Erregtheit der Debatten um den Golfkrieg, die Bekenntnislust und der intellektuelle Masochismus, von denen sie geprägt wurden, verweisen darauf, daß es um sehr viel mehr ging als den Krieg selbst und daß dieser in der Tat mehr war als einer der vielen imperialistischen Barbareien, an denen die Geschichte der „westlichen Zivilisation“ so reich ist. Die Aufregung gerade hierzulande hängt damit zusammen, daß es um nichts weniger als auch die künftige innere Verfassung und weltpolitische Stellung des zusammengeschlossenen Deutschland geht und daß die Ära zuende ist, in der die undogmatische „Neue Linke“ der achtundsechziger Generation ein ernstzunehmender Faktor in der Politik dieses Landes war. Deren längst vollendete Selbstzerstörung wurde jetzt noch in der Form einer medialen Farce zelebriert.

Zwischen all dem besteht ein enger Zusammenhang. Der Zusammenbruch der Länder, die sich als „real“ sozialistisch bezeichneten, die regionale Neuordnung Europas mit dem vereinigten Deutschland im Zentrum, das Ende des Kalten Kriegs und der durch ihn geprägten hegemonialen Weltordnung haben den Krieg am Golf erst möglich gemacht und zugleich die gesamte Linke ihrer politischen Orientierungen beraubt. In der Tat ging es im Golfkrieg um die Reorganisation globaler Macht- und Ausbeutungsverhältnisse und zur Debatte stand die Rolle der Bundesrepublik dabei. Angesagt war mithin ein radikaler Perspektivenwechsel, zu dem „die“ Linke jedweder Couleur allerdings nicht mehr fähig war.

Natürlich ist es irritierend, macht ärgerlich und wütend, wenn viele von denen, mit denen man politisch zusammengearbeitet hat, sich nun als entschlossene Verfechter der Verhälnisse entpuppen, die man gemeinsam zu kritiseren und zu bekämpfen geglaubt hatte. Über die Motive dieser Wende lässt sich begründet spekulieren, wie es Gunter Hofmann in der „Zeit“ getan hat. Sie hat sicherlich viel damit zu tun, daß nach dem Zusammenbruch des „real“ sich nennenden Sozialismus und der ebenso autoritär verfügten wie populistisch vorangetriebenen „Vereinigung“ Deutschlands ganze Weltbilder und politische Fixpunkte verschwunden sind, daß die Entwicklung seit 1989 als Niederlage gerade auch der Linken begriffen werden musste, die den Staatssozialismus sowjetischer Prägung durchaus gründlich kritisiert hatte. Vielen scheint es inzwischen als ausgemacht, daß es zum Kapitalismus keine vernünftige Alternative gibt. Und was liegt da näher, als mit dieser Gesellschaft Frieden zu schließen und der politischen Bedeutungslosigkeit durch entschlossene Identifizierung mit der Mehrheit und mit der Macht zu entrinnen? Es ist sicher auch diese politische Identitätskrise, die die wütenden Attacken gegen diejenigen erklärt, die immer noch nicht mitmachen wollen, die Pazifisten, Moralisierer und die unbelehrbaren Dogmatiker. Kurzum: „Die Gesinnungsethiker von gestern schlagen zurück. Sie schlagen diejenigen, die sie heute Gesinnungsethiker nennen“ (Hofmann).

Nun ist das mit der Ethik so eine Sache und die Vermutung, es handle sich um den schlichten Opportunismus einer Generation, die inzwischen dem Rentenalter zustrebt, greift sicherlich zu kurz. Eine Erklärung muss auch bei den theoretischen Orientierungen anssetzen, aus denen die Maßstäbe für die Notwendigkeit und Möglichkeit einer radikalen und praktischen Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse bezogen wurden. Mir scheint wesentlich zu sein, daß der Umgang mit den eigenen theoretischen Traditionen, die ursprünglich stark von der Marxschen Theorie, dem „westlichen Marxismus“ und der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule geprägt wurden, in einem doppelten Sinne defizitär geworden ist. Einmal ist deren Fundament, die Kritik der politischen Ökonomie als Kritik der materiellen Verhältnisse nach und nach in Vergessenheit geraten, hat linke Theorie den fatalen Trend zur „Kulturalisierung“ beim Begreifen von Gesellschaft und Politik mitgemacht. Und zum anderen ist es immer weniger gelungen, sich mit den tatsächlich vorhandenen Unzulänglichkeiten der Marxschen wie der Kritischen Theorie produktiv auseinanderzusetzen. Die politische Katastrophe der Neuen Linken speist sich daraus, daß sie eben das Terrain aufgegeben hat, auf dem ihre Bedeutung einstmals resultierte: kritisch-materialistische Gesellschaftstheorie, radikal und selbstreflektiv zugleich, offen gegenüber historischen Erfahrungen.

Nebel der ideologischen Feuerwerke

Die Folgen liegen auf der Hand: statt zu realisieren, daß das Weltsystem nach der großen Krise der siebziger Jahre und dem Ende des „amerikanischen Zeitalters“ eine grundlegend veränderte Gestalt anzunehmen beginnt, in dem die globalen Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse neue Dimensionen erhalten, wird die Analyse globaler ökonomischer Gewaltverhältnisse mit dem Verweis auf die Untauglichkeit „des“ Imperialismusbegriffs für irrelevant erklärt. In der Tat ist ein Imperialismusbegriff veraltet, der über Lenin und Luxemburg nie wirklich hinausgekommen ist. Ausgelöscht ist aber keinesfalls die Tatsache, daß das kapitalistische Weltsystem von Anfang an und in immer neuen Formen nur auf der Basis internationaler Gewalt-, Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse bestehen konnte. Weil dies vergessen wurde, liest man inzwischen in jeder halbwegs seriösen Wirtschaftszeitung prägnantere Analysen der ökonomischen Hintergründe und Strategien, die den Golfkrieg bestimmt haben, als in den meisten linken Blättern.

Wer auf eine theoretische Kritik der politischen Ökonomie verzichtet, riskiert, selbst nur noch ideologisch zu argumentieren, im Nebel der ideologischen Feuerwerke den Kopf zu verlieren und nicht mehr zu wissen, um was es geht. Ideologiekritik, die sich des Zusammenhangs mit den materiellen Lebensverhältnissen und den Strukturen einer den Individuen als Zwangszusammenhang

gegenübertretenden Gesellschaft nicht versichert, verfällt der Bodenlosigkeit und wird beliebig verfügbar. Daß es Linken einfällt, den Krieg der USA im Golf als heroische Aktion zur Verteidigung der „westlichen Zivilisation" zu rechtfertigen, zeigt, daß von der Marxschen Kategorie des gesellschaftlichen Widerspruchs genausowenig begriffen wurde wie von der „Dialektik der Aufklärung". Zur materialistischen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft hatte einstmals die Erkenntnis gehört, daß deren „Werte" in ihrer materiellen Struktur wurzeln und von dieser zugleich immer wieder und mit Notwendigkeit dementiert und zerstört werden. Man kann diese Werte nicht „verteidigen", sondern muss sie erkämpfen, und dieser Kampf muss sich gegen die grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen hier und jetzt richten. Es kann jedenfalls nicht darum gehen, diese im Kern irrationale Gesellschaftsordnung mit Gewalt zu verbreiten. Ihre Versprechungen zu verwirklichen, heißt immer noch, sie aufzuheben. Horkheimer und Adorno haben in ihrer „Dialektik der Aufklärung" noch schärfer auf die selbstzerstörerischen Widersprüche einer Vernunft und Aufklärung reklamierenden Gesellschaft verwiesen, die sich auf Herrschaft und Ausbeutung gründet. Ist davon wirklich nicht mehr übriggeblieben als das platte Gerede von einer „Zivilisation", die es mit allen, aber nun wirklich allen Mitteln zu verteidigen gilt?

Das Wort von der „Verteidigung der westlichen Zivilisation" ist dennoch sehr ernst zu nehmen. Der Golfkrieg hat deutlich gemacht, was da eigentlich „verteidigt" wird und daß es sich in der Tat um eine Art „Verteidigung" handelt, auch wenn sie die Form offener Agression annimmt. Für diejenigen, die noch in anderen als militärstrategischen Kalkülen denken können, hat sich in diesem Krieg der Vorschein dessen angedeutet, wo unsere Lebensweise immer rascher hintreibt. Bekanntermaßen würde es ganz schnell zu einer globalen Katastrophe führen, wenn die Produktions- und Reproduktionsweise der kapitalistischen Metropolen wirklich weltweit verbreitet würde. Deshalb beruht die „westliche Zivilisation" strukturell auf Ausgrenzung, Ausbeutung und Unterwerfung einer Peripherie, der eine „zivilisatorische Entwicklung" gerade verwehrt werden muss, auf dem gewaltsamen Verfügbarhalten der dortigen menschlichen und materiellen Ressourcen. Was die „westliche Zivilisation" in ihrer Peripherie vor allem entwickelt, ist das negative Gegenstück ihrer selbst. Saddam Hussein ist ja nicht ein mittelalterlicher Despot und religiöser Fanatiker, sondern ein durchaus moderner und zu gewaltsamer Modernisierung entschlossener Diktator. Sein militärisch hochgerüsteter Staat war nichts als eine verzerrte Kopie seiner westlichen Paten. Insoweit hat der vom Zeitgeist um den Verstand gebrachte Enzensberger mit seinem Hitler-Vergleich etwas geahnt, wenn auch nicht begriffen. Der destruktive Wahnwitz, der bei Saddam eigenartig spät entdeckt wurde, wurzelt in unserer eigenen Gesellschaft, und dieser Zusammenhang geht weit über die Machenschaften einiger Waffenlieferanten hinaus. Und nicht zuletzt war es die Kriegsführung selbst, die unsere „westliche Zivilisation" auf ihren Begriff gebracht hat. Die mediale Darstellung eines „sauberen", „technischen" Kriegs ist nicht nur Propaganda, sondern symbolisiert eine gesellchaftliche Wirklichkeit: die Dominanz hochtechnologischer Apparaturen über alle gesellschaftlichen Bedürfnisse und Nöte, den Sieg technischer Rationalität über Vernunft. Die propagandistische Darstellung des Kriegs als nach Plan ablaufendem Videospiel war gewollt. Die politische Funktion dieses Krieges war eben auch, ihn in die Köpfe zu tragen, d.h. einzuhämmern, daß jeder Widerstand gegen die Gewalt der militärisch-industriellen high-tech-Komplexe in aller Zukunft zwecklos ist, daß Videorecorder und cruise missiles zusammengehören. Und diese Botschaft galt nicht nur den Menschen in der Dritten Welt, sondern uns genauso. Kriege sind immer inhuman, dieser war jedoch im strikten Sinne a-human: Menschen kamen in ihm nicht mehr vor. Sie wurden reduziert auf uniformierte Kampfroboter mit Kaugummi-Funktion und auf Störgeräusche in der perfekten Mechanik einer Hochtechnologie. Verstümmelt und getötet wurden sie aus Versehen, wie man auf Ameisen tritt.

Eine „Zivilisation" die sich mit solchen Mitteln behaupten muss, darf nicht verteidigt werden. Viele derer, die heute gegen den Krieg protestieren, haben zumindest dies begriffen, ohne es vielleicht schon auf den Begriff bringen zu können. Im Golfkrieg scheint sich die „Dialektik der Aufklärung" tatsächlich aufgehoben zu haben und was die Menschen wohl am meisten bewegt hat, war die damit verbundene Ahnung eines globalen Verhängnisses. Da ist Angst sehr wohl am Platze. Wer dies als moralisierende Friedenssehnsucht denunziert, begreift die gesellschaftliche Realität nicht mehr. Sicher ging und geht es um Öl, mehr noch um die Erhaltung der globalen Vormacht der USA, d.h. Ursache des Kriegs war auch die erbitterte Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Mächten, die wieder einmal mit Waffengewalt ausgetragen wurde. Es ging und geht also in der Tat um Imperialismus. Aber doch steht noch viel mehr zur Debatte: es geht um unsere, „westliche" Lebensweise, deren Logik Ausbeutung, Expansion und Gewalt heißt und die immer sichtbarer in die globale Katastrophe steuert.

Heute wird deutlich, daß viele Linke, und mögen sie sich noch so undogmatisch gegeben haben, die ökologische und feministische Kritik, im Kern: die Kritik der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die der kapitalistischen Gesellschaft vorausgesetzten Herrschafts- und Ausbeutungszusammenhänge und die in der herrschenden Technik gerinnende Form instrumenteller Rationalität, nie wirklich begriffen haben. Das traditionelle Denken in den Kategorien von Staat, Macht und Technologie war bestenfalls modisch verbrämt. Den entscheidenden und immer deutlicher sichtbar werdenden gesellschaftlichen Konflikt- und Krisenzusammenhang, bei dem es in der Tat um die Krise eines Zivilisationsmodells geht, ist ihnen entgangen. Was blieb, war ein zur Oberlehrer-Attitüde heruntergekommener intellektueller Avantgardismus, der nicht mehr realisieren konnte, daß viel eher diejenigen den Duchblick hatten, die mit unerträglich dümmlicher Arroganz geschulmeistert wurden. Sicherlich ist das, was in simplifizierender Manier als „die" Friedensbewegung bezeichnet wird, eine höchst komplizierte Gemengelange von politischen Optionen, Gesellschaftsdeutungen und durchaus auch problematischen Ideologieversatzstücken. Einem linken Politikverständnis hätte entsprochen, die hier zum Ausdruck kommenden Erfahrungen und Lernprozesse wahrzunehmen, sich darauf einzulassen, sich kritisch damit auseinanderzusetzen, die emanzipativen Potentiale zu stärken. Dafür fehlten aber längst die theoretischen und politischen Voraussetzungen, ja schlicht die simple Kenntnis gesellschaftlicher Realität, was heißt, der Motive, die die Leute auf die Straße trieben und der Diskus-

Satz für Satz

Beim Verlag 2000 setzt es was: Für das Sozialistische Büro werden jetzt die Periodika „links", „express" und „Widersprüche" sowie andere Veröffentlichungen mit Fotosatz hergestellt.

Kapazitäten . . .

. . . haben wir noch frei. Wer also einen selbstverwalteten Betrieb und ein politisches Projekt — das SB — für unterstützenswert hält, sollte einmal nachfragen, ob wir uns für ihn/sie auf die Hinterbeine **setzen** wollen.

Zuverlässig. . .

. . . sind wir sowieso und auch unseren

Preis wert.

Anfragen:
Satz Verlag 2000,
Undine Büch u. Birgit Letsch,
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel.: 069/88 50 06

sionen, die sie geführt haben. Es scheint das Wissen darüber verloren zu sein, was sozialer Protest und soziale Bewegung als komplizierte politische Lernprozesse bedeuten und daß die politischen Formen radikaler Gesellschaftsveränderung in staatsmännische Ordnungsschemata jedenfalls nicht passen. Wenn dieses Wissen verlorengegangen ist, dann bleibt in der Tat nichts mehr übrig als die simple Option für die Macht.

Diese hat es nun damit zu tun, ein Land, dessen Menschen aus der Vergangenheit tatsächlich ein bißchen gelernt haben und das von den Spuren der Protestbewegungen der sechziger und siebziger Jahre geprägt ist, endgültig wieder auf die „Normalität" einer ökonomisch dominierenden kapitalistischen Macht mit eigenständiger militärischer Interventionsfähigkeit und globalen Interessen zurückzubiegen. Es geht in der Tat darum, in imperialer Logik „realpolitich" den Schlappschwänzen, Pazifisten, Moralisten und Verweigerern das Maul zu stopfen, die globale militärische Interventionsfähigkeit nicht von innen her in Zweifel ziehen zu lassen. Nach der Vereinigung steht die ideologisch-politische Neugründung der Bundesrepublik als einem Zentren des globalen kapitalistischen Systems, genauer: ihre Militarisierung nach innen und außen an. Daß dabei die Bundesregierung mit guten Gründen viel vorsichtiger operiert als einige in Großmachtphantasien schwelgende Linke und daß diesen nichts besseres einfällt als das Straußsche Wort vom „ökonomischen Riesen und politischen Zwerg" neu zu paraphrasieren, könnte noch als Treppenwitz hingehen. Skandalös ist, wie dabei zentrale gesellschaftskritische Begrifflichkeiten von einstmals propagandistisch in ihr Gegenteil verkehrt werden. Weil sie die Widerprüchlichkeiten und Schwierigkeiten im Selbstverständnis der undogmatischen Linken nur zu gut kennen, erweisen sie sich als unverzichtbare Hilfstruppen bei der Durchsetzung der immer noch nicht vollendeten „geistig moralischen Wende".

Symptomatisch stehen dafür die schlagkräftigsten Kampfbegriffe in der Auseinandersetzung mit der Antikriegsbewegung: Antiamerikanismus und Antisemitismus. Die „West"-Orientierung", d.h. die Option für das Modell der bürgerlichen Demokratie als einer politischen Form, hinter die nicht zurückgegangen werden darf, hat zum Grundverständnis der Neuen Linken gehört. Verbunden war dies immer mit der Kritik dieser Demokratie als Ausdruck von Klassenherrschaft, die nur auf dem Wege zu einem demokratischen Sozialismus aufzuheben wäre. Der verschwommene Begriff „Anti-Amerikanismus", der seine Herkunft aus dem nationalistischen Vokabular kaum verleugnen kann, versucht eben diesen Widerspruch einzuebnen und der Kritik zu entziehen, was „Amerika" (von den amerikanischen Vor- und Hinterhöfen der USA und den Zuständen dort wird ja schon lange nicht mehr geredet) auch ist: eine brutale, tief zerrissene und demokratisch höchst fragwürdige Klassengesellschaft mit globalen Herrschafts- und Unterdrückungsabsichten. Die Leichtigkeit, mit der in einem sich als links verstehenden Diskurs Klassenverhältnisse durch nationalstaatliche Entitäten ersetzt werden, ist atemberaubend genug. Noch atemberaubender ist aber das Strickmuster einer Propaganda, die Kritik an den USA platterdings mit Demokratiefeindlichkeit und totalitärem Bewusstsein gleichsetzt.

Schlicht nur noch skandalös hingegen ist, wie mit dem Antisemitismus umgesprungen wird. Die Kritik des Antisemitismus als zentrales Motiv gesellschaftlicher Emanzipation stand an der Wiege der westeutschen Neuen Linken, genauso wie das Eintreten für das Existenzrecht Israels als Konsequenz der Nazi-Vergangenheit dieses Landes. Eben diese Verantwortung gebietet aber auch die Kritik an der gewalttätigen und expansionistischen Politik Israels, die in der ökonomischen und sozialen Verfassung dieses Staates gründet, eine Kritik auch an der israelischen Unterstützung diktatorischer und terroristischer Regime in aller Welt und an der Schlüsselrolle dieses Landes bei der neokolonialen Beherrschung des Nahen Ostens. Daß das „Existenzrecht Israels" mit dem Verdikt gegen jede kritische Differenzierung zum moralischen Falschgeld im ideologischen Kampf umgemünzt wurde und schließlich alle diejenigen dem Antisemitismusverdacht anheimfielen, die sich dem nicht fügen wollten, bedeutet die schlichte Umkehrung emanzipatorischer Kritik. Diese Selbstzerstörung der Kritik war freilich schon darin angelegt, daß der Antisemitismus schon länger immer mehr zu einem bloß noch ideologischen, von materialer Gesellschaftlichkeit, Herrschaft und Ausbeutung abgehobenen Begriff verdünnt wurde.

In der Antikriegsbewegung mag es antisemitische Tendenzen gegeben haben. Beherrschend waren sie mit Sicherheit nicht. Daß Tabuisierungen kein geeignetes Mittel zu seiner Bekämpfung sind, müsste gerade Linken eigentlich bekannt sein. Der Hang zur Tabuisierung kennzeichnet allerdings eine schon ältere Versäumnisgeschichte der Neuen Linken und er wurde um so stärker, je mehr materialistische Gesellschaftskritik in Vergessenheit geriet. Helfen würde nur eine genaue, die internationalen Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse thematisierende Analyse der historischen Bedingungen, die den widersprüchlichen Charakter des Staates Israel begründen. Alles andere produziert auf höchst fatale Weise das Gegenteil. Der Verdacht liegt allerdings nahe, daß es in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen längst nicht mehr um emanzipatorische Kritik und schon gar nicht um den Kampf gegen Antisemitismus geht. Die Art und Weise, wie „Antiamerikanismus" und „Antisemitismus" in den Propagandaschlachten gegen die Anti-Kriegs-Protestanten eingesetzt wurden, ist jedenfalls im strikten Sinne gegenemanzipativ. Besseres hätten sich die Kon-

GOLFKRIEG

Jetzt wieder aktuell:

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w

* **Golfkrieg Iran – Irak (Nr. 146) 12/87**

u.a. mit folgenden Beiträgen:
– US-Politik im Golf
– Diktatur der Baath-Partei
– Islam und Nationalismus
(Einzelpreis DM/SFR 5,– + Porto

* **Politisierung des Islam (Nr. 147) 2/1988**
(Einzelpreis DM/SFR 5,– + Porto)

* **Intifada in Palästina (Nr. 150) 6/1988**
(Einzelpreis DM/SFR 5,– + Porto)

...und in Vorbereitung:

Neue Weltordnung und der arabische Raum
erscheint Mitte März 1991 (Nr. 172)
(Einzelpreis DM/SFR 6,– + Porto)

Alles zusammen für DM/SFR 20,– incl. Porto
bitte Vorauskasse (Scheck)

Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg i. Br.

strukteure der Wende zum neuen „Modell Deutschland“ gar nicht wünschen können.

Die innenpolitischen Konflikte im Gefolge des Golfkriegs haben nur noch einmal offenkundig werden lassen, daß die altgewordene Neue Linke der 68er Generation ihren politischen Platz längst geräumt hat. Überraschend ist dies nicht. Im Hintergrund steht nicht nur ein Generationenwechsel.

Neue theoretische und soziale Differenzierungen

Wichtiger noch ist, daß die Gesellschaft und ihre Krisen, die sozialen Konflikte und Probleme andere geworden sind. Das Leben bestraft diejenigen, die nicht in der Lage sind, dies zu begreifen. Von „der“ Linken zu sprechen, ist heute weniger möglich denn je. Daß dieses Land bei relativ stabilen demokratischen Verhältnissen zu einer ökonomisch dominierenden Weltmacht herangewachsen und dabei ist, diese Position nach der Einverleibung der DDR zu konsolidieren, ließ auch das linke Selbstverständnis nicht unberührt. Bestärkt durch den Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismusmodells hat sich nun auch hier so etwas wie eine „Metropolen-Linke“ herausgebildet, die die bestehende Gesellschaftsordnung trotz aller Mängel für die einzig mögliche, wenngleich reformpolitisch zu verbessernde und somit gewaltsam zu „verteidigende“ hält. Auf kurze Sicht betrachtet und auf den engen Kreis der kapitalistischen Zentren beschränkt, gibt es dafür eine gewisse Plausibilität. Was dabei allerdings ausgeblendet bleiben muss, sind nicht nur die sozialen Verhältnisse hier, sondern vor allem auch die verheerenden Zustände in der kapitalistischen Peripherie. In den Auseinandersetzungen um den Golfkrieg ist eben dies deutlich geworden. Kurzfristig und -sichtig ist diese Optik ohnehin.

Neue theoretische Differenzierungen und soziale Konfliktfronten werden die künftigen politischen Auseinandersetzungen bestimmen. Zur Debatte steht, ob das „Zivilisationsmodell“ der wenigen globalen Wohlstandsinseln mit all dem, was es innerhalb und außerhalb seiner Grenzen anrichtet, wenn nötig mit Waffengewalt global abgesichert werden soll, oder ob es immer dringlicher darauf ankommt, es radikal zu kritisieren und praktisch zu verändern . Es geht darum, ob Menschenrechte, Emanzipation und Freiheit in einer strukturell auf Gewalt und Ausbeutung beruhenden Gesellschaft möglich sind und ob sie auf einen kleinen Teil der Menschheit beschränkt werden können. Die Frage ist, ob der beanspruchte Universalismus „westlicher“ Werte akademisches Gerede bleibt oder sich in einer Welt-Politik konkretisiert, welche den Interessen jener praktisch Rechnung trägt, deren elende Daseinsweise vorerst nicht einmal den Gedanken an diese erlaubt. Hierin liegt eine wesentliche Wurzel der „Kulturkonflikte“, mit denen die Feuilletons den Krieg erklärt haben. Die in der Marxschen Tradition stehende materialistische Gesellschaftskritik ist für ein derartiges Veständnis linker Politik zwar eine unverzichtbare Grundlage, aber es gilt, sie über Kapitalismustheorie hinaus zu einer Kritik der Natur- und Geschlechterverhältnisse zu radikalisieren. Unser Zivilisationsmodell, die hier praktizierte Lebensweise wird diese Kritik gewiss nicht unbeschadet überstehen.

Daß sie unfähig geworden sind, dabei mitzureden, macht das politische Scheitern vieler derer aus, die sich einmal zur „Neuen Linken“ gezählt haben. Deshalb auch ihre Schwierigkeiten, neue Protestformen und -inhalte zu verstehen, was sich gelegentlich in offenem Ressentiment entlädt. Politische Projekte, die in der Tradition der Neuen Linken stehen, werden von dieser Entwicklung in ihrem Bestand getroffen: sie stehen vor der Spaltung und möglicherweise vor ihrem Ende. Dies gilt auch für die Redaktion der „links“. Nicht mehr vermittelbare politische Polarisierungen haben sich hier wie auch anderswo schon länger abgezeichnet. Der Versuch, darauf mit einem immer weiter zerfließenden politischen Pluralismus zu reagieren, musste scheitern, sobald sich die innenpolitischen Auseinandersetzungen konkretisierten und zuspitzten.

Die „links“ ist kein Parteiorgan, sondern ein Blatt, in dem intellektuelle Debatten geführt werden. Ein Selbstzweck ist dies freilich nicht. Wenn diese mehr sein sollen als die selbstgenügsamen Glasperlenspiele unverbindlicher Politfeuilletons, müssen sich auf eine gesellschaftliche Realität beziehen, die von Antagonismus und Kampf geprägt ist. Ausbeutung und Herrschaft lassen sich aber nun mal nicht diskursiv auflösen. Politik zu machen, heißt allemal Verständigung darüber, für welche Interessen man eintritt und gegen wenn diese erkämpft werden müssen. Wenn dies nicht mehr möglich ist, dann sind Trennungen an der Zeit.

Die Ära der achtundsechziger neuen Linken ist zu Ende. Die Grundlagen und Möglichkeiten einer Politik, die auf radikale Befreiung und gesellschaftliche Vernunft zielt, müssen neu bestimmt werden. Eine gründliche Überprüfung der Theorie- und Erfahrungsbestände steht an. Projekte wie die „links“ müssen sich theoretisch wie politisch neu konstituieren, sonst sind sie überflüssig. Wenn das Wort „sozialistisch“ im Titel der „links“ mehr sein soll als ein alter Etikettenrest, so müssen sowohl die Dimensionen als auch die Schritte radikaler Gesellschafsveränderung neu bestimmt werden. Einen Maßstab dafür bietet immer noch der von Adorno so genannte „Marxsche Imperativ“: alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Hinzuzufügen wäre vielleicht noch: alle Verhältnisse und für alle Menschen. Sonst bleibt es, um noch einmal mit dem Alten aus Trier zu sprechen, bei der „Wiederholung der alten Scheiße“. ■

Sonderausgabe zum Golf-Krieg

Aus dem Inhalt

★ **Chronik eines angekündigten Krieges:** Zur Geschichte des Golf-Konfliktes

★ **Zwischen den Fronten:** Kurdische und palästinensische Befreiungsbewegungen

★ **Husseins Diktatur:** Fakten und Interviews mit linken Oppositionellen

★ **Jonny reitet wieder:** Die USA und ihre „neue Weltordnung“

★ **Germans to the Front:** BRD: Vom „Pappsoldaten“ zum Weltpolizisten

★ **Das verheimlichte Inferno:** Bomben gegen Zivilisten, auf AKW's und Chemiefabriken

★ **Zur Diskussion:** Friedensbewegung: Kopflos? Antiamerikanisch? Antisemitisch?

Preis: DM 5,– (für Wiederverkäufer: 3,50 DM, ab 5 Ex.)

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg
(Bei Einzelbestellungen nur gegen Vorauskasse plus 1,– Porto)

Fortsetzung von S. 4

sik". Mit „Mürbemachen" ist alles wesentliche gesagt: In Panama wurde die päpstliche Nuntiatur, in der der Diktator Asyl gefunden hatte, Tag und Nacht mit überlauter Musik beschallt. Das US Special Operations Command erklärte diese Aktion später PsyOps (Psychological Operations).

In beiden Fälle werden gleichsam die Folterwerkzeuge gezeigt. Einer meiner Freunde wurde als politischer Gefangener in Chile in eine Kiste gesteckt, auf die stundenlang geschlagen wurde. Der Unterschied zur Republikanergarde im Sack besteht darin, daß im einen Fall die Folter real war, im anderen metaphorisch. Laute Musik ist in Lateinamerika ein fester Bestandteil der Folter. Sie übertönt die Schreie der Opfer und strapaziert deren Nerven.

Wer immer, wie in der *links* vorausschauend geschehen, das Stalingrad, das die US-Truppen den irakischen Truppen bereiten, moralisch rechtfertigt, den lade ich hiermit ein, mein Argument vom repressiven Kern dieser militärischen Neuordnung der Welt zu entkräften.

DIETER MAIER

Betr.: *links* Nr. 247, 248, 249

Eingemeindung in herrschenden Konsens

Die *links* wird in der Tat immer häufiger zur Zumutung, wie kürzlich ganz richtig ein Leserbriefschreiber (Gerhard Bolte, *links* Dezember 90/Januar 91, S.4) bemerkte und das Ende seines Abos ankündigte. Auch ich werde mir diese Konsequenz bis Jahresende überlegen. Hier einige Beispiele für meinen Unmut aus der jüngeren und jüngsten Zeit:

● Die Berichte über die Sowjetunion beschränken sich fast ausschließlich auf die phänomenale Seite, folgen also lediglich den jeweils aktuell(st)en Veränderungen. Theoretische Anstrengungen fehlen gänzlich. Klaus Segbers verfällt häufiger in eine Schlagzeilensprache (z.B. in *links* Juli/August '89: „Der Untergang des Sowjetimperiums"), die man denen überlassen sollte, die mit ihr (Medien-)Politik betreiben. Statt Erkenntnis befördern Berichte dieser Art eher die gänigen Pro- oder Kontra-Klischees, die längst auch schon über die Perestroika im Umlauf sind.

● Die Kleingeisterei gegen die PDS.

● Detlev Claussens — mit wenigen Einschränkungen — unsäglicher Kommentar zum Golfkrieg (*links* Februar '91). Deutschland, weil nur „europäische(n) Mittelmacht", harmlos? Und außerdem: Es geht doch gerade erst mal los, Detlev Claussen. Die anvisierte Grundgesetzänderung — bei der Kriegsbegeisterung und -hetze der herrschenden Parteien kein Problem und ohnehin nur juristische Nachreichung für eine Politik, die auch so bereits feststeht — spricht doch eine sehr deutliche Sprache. Golfkrieg: Zwar räumt Claussen ein, es ließen sich auch Argumente denken, die den Abbruch der Sanktionspolitik für verkehrt halten" (sie steht aber allemal unbefragt dem Westen zu), sieht aber dennoch „gute Gründe, den Einsatz kriegerischer Mittel gegen Saddam Husseins Raubpolitik am Golf zu befürworten" — ganz im Sinne jener ach so friedlichen und friedliebenden „Völkerfamilie" und „Staatengemeinschaft", die sich um ganz hehrer Ziele willen dafür zusammengefunden hat.

Daß jenseits der von Claussen zu Recht kritisierten Positionen zum Golfkrieg eine linke Selbstverständigung mit ein paar richtigen Gedanken in dieser Sache sehr wohl möglich sein könnte, ohne jemanden umarmen zu müssen, kommt ihm nicht in den Sinn.

● Der — ohne jede Einschränkung — unsägliche Beitrag von Thomas Voss (*links* Februar '91), der auch im „Bayernkurier" hätte erscheinen können, zum selben Thema. Von rechts bis links eine einzige „Völkerfamilie". Daß diese Linke sich in dieser Weise offenbart, ist nicht enttäuschend, sondern einfach nur entlarvend. Diese Eingemeindung in den herrschenden Konsens kommt keineswegs überraschend. Sie war längst schon abzusehen.

Man komme mir nur nicht mit dem Stichwort „Streitkultur". Wo jeder seriöse Gedanke sich irre machen läßt (und irre gemacht wird) mit dem allgemeinplätzlichen Einwand, man könne alles auch ganz anders sehen, da hat er bereits abgedankt. Hauke Brunkhorst hat zu dieser Sorte „Gemeinsinn" die passenden Worte gefunden („Der entzauberte Intellektuelle", S. 72f).

RAINER DITTRICH

LESERBRIEFE

Betr.: *links* Nr. 249

Tradition ohne Substanz

Hiermit erkläre ich, daß ich ab sofort nicht mehr zum Förderkreis des Sozialistischen Büros gehöre und die Zeitschrift *links* nicht mehr sehen will. Anlaß dafür ist die neueste Nummer von *links* mit ihren Kriegs-Hetz-Artikeln (neben denen sich der Aufsatz von J. Hirsch mehr wie ein Feigenblatt ausnimmt, aber auch er ist ohne wesentlichen Erkenntnisgehalt). Eine ungeheure Aggressivität im Ton und eine Flut von Schlagworten (beispielsweise gleich im ersten Beitrag von D. Claussen) ersetzt alles, was in einer Zeitschrift wie *links* geleistet werden sollte. Jede beliebige kleine Provinzzeitung bringt zum Golfkrieg mehr an Analyse, Verarbeitung von Information und Abwägen von Gesichtspunkten. Allenfalls *BILD* kann an Niveaulosigkeit und agitatorischer Hetze mit dieser Nummer von *links* konkurrieren. Warum aber soll die *links* eigens finanziell unterstützen, wenn ich *BILD* ab und an in der Eisenbahn herumliegen finden kann?

Vorher habe ich gezögert, als Förderer des Sozialistischen Büros zu zahlen; denn *links* pflegt in der Regel ziemlich unergiebig zu sein und läßt bei mir die Frage aufkommen, was man im SB eigentlich tut und welche Einsichten dort überhaupt gewonnen werden. Der Stil der Beiträge von *links* ist meist maßlos geschraubt und geziert (vielleicht gilt das als Beibehaltung der Tradition der 68er und kostet viel Arbeit), aber wenn man nach der Substanz oder den klärenden Analysen sucht, geht man im wesentlichen leer aus. Es handelts sich vorwiegend um Dokumente männlicher Eitelkeit, die außer dieser Eitelkeit wenig repräsentieren. Jetzt nun ist der Verputz durch das Kriegsgetöse abgebröckelt, und es zeigt sich, daß wirklich nichts dahinter ist — deshalb lassen sich Mitarbeiter ihre Hirne von der Kriegspropaganda vollstopfen. Und die männliche Eitelkeit trieft weiter aus den Artikeln: Lauter Möchtegern-Staatsmänner, Stammtisch-Strategen und verhinderte Napoleons oder Bismarcks.

Wer nicht erst von heute ist, weiß, wie die Stimmung in Kriegen zu laufen pflegt: Welche Identifizierungsbedürfnisse ausbrechen, wenn der Krieg erst ausgeborchen ist. Gründe lassen sich dann immer finden. Ich ahne auch, wie es tönen wird, wenn der Krieg sich länger hinzieht, auch wie es tönen wird, falls er bald endet, und wie, wenn er sich weiter ausweitet. Das ist ohne prophetische Gaben jeweils vorauszusehen. Nur: Ich will nicht noch zahlen, um vom SB die peinliche Bestätigung ins Haus gesandt zu bekommen, daß und wie auch die Herren von *links* wie Schilf im Winde hin- und herschwanken.

Vielleicht (das wäre die freundlichste Erklärung) sind sie als „echte Sozialisten" auf der Suche nach der „kämpferischen Bewegung" — und wenn sich schon links nichts bewegt, will man wenigstens bei der Kriegsbewegtheit dabei sein — natürlich auf der Seite der stärkeren Bataillone. Vielleicht sollten sich die Kriegsbefürworter und Kriegsaufrufler auf den Kriegsschauplatz selber bewegen und dort ihren starken Worten entsprechend kämpfen. Aber so ist es natürlich nicht gemeint; was ein rechter linker Vordenker ist, der ist zu Höherem berufen als zum Heldentod: zum Mit-Bedienung der Windmaschine der Kriegspropaganda, auf daß wenigstens ein Geräusch entsteht, als sei „Bewegung".

Ich verzichte darauf, auf Artikel der jüngsten Nummer von *links* näher einzugehen; denn die kriegsanheizenden Texte lassen erkennen, daß sie nicht diskutieren wollen, sondern agitieren. Mit Schlagworten wollen sie andere Auffassungen niederschlagen — weil nun einmal Krieg ist und sie den Krieg auch hier hereintragen wollen, zumindest in die Köpfe (das andere kann dann folgen). Sie suchen nicht das Gespräch und den Austausch, sondern versuchen, mit denunziatorischer Rhetorik die von den herrschenden Macht-Politikern aufgerichteten heißen Fronten zu befestigen. Die Mächtigen werden zwar trotzdem jene Artikelschreiber und Aufrufler — wie bisher so auch in Zukunft — nicht um Rat fragen, aber man kann wenigstens sagen, eifrig dabei gewesen zu sein — wenn auch nur im Lärm-Machen. (...)

DIETER SCHELLONG

LUDI LODOVICO

Nachruf auf ein Phantom

Vom Anfang und Ende der sogenannten ,,Zivilgesellschaft''

Gemälde des britischen Unterhauses von June Mendoza

Das modische Postulat, wonach es heute um die ,,zivile Gesellschaft'' oder die ,,Zivilgesellschaft'' gehe, verrät historische Unkenntnis oder politische Schamlosigkeit oder eine krude Mischung aus beidem. — Vorrevolutionär meint der Begriff ,,bürgerliche Gesellschaft'' (koinonia politiké, societas civilis, civil society, société civile, società civile) immer Staat und Gesellschaft zusammen. Hobbes' Terminologie ist am eindeutigsten und aufschlußreichsten: ,,civil society'', ,,civil power'', ,,commonwealth'', ,,coercive power'', ,,civil state'' und ,,visible power'' bedeuten alle dasselbe, nämlich jenen Zustand, in dem Gesetze herrschen und von einem ,,body politic'' mit Gewalt durchgesetzt werden. Die ,,bürgerliche Gesellschaft'' in diesem älteren Sinne ist eine gebundene und verbundene, hermetische ,,Staatsgesellschaft'', die es nur einer äußerst dünnen Oberschicht gestattet, einigermaßen selbständig ihre Stellung im Verbund ,,Gesellschaft/Staat'' zu bestimmen (und die im seltenen Glücksfall die Schwachen schützte). Im maßgeblichen Universallexikon von J.H. Zedler können im Band 39 von 1744 im Artikel ,,Staat'' die folgenden Synonyme bzw. Äquivalente gleichbedeutend nebeneinandergestellt werden: ,,Staat, (Civil-)Bürgerlicher Staat, status civilis oder status politicus . . . ist eigentlich die Verfassung eines Staates oder Republik''. Und 20 Jahre nach der Französischen Revolution schreibt ein durchaus bürgerlich-revolutionär gesinnter Autor wie J.H. Campe: ,,Wird von einer solchen bürgerlichen Gesellschaft, welche man Staat nennt, überhaupt geredet, so steht es (das Wort ‚Staat') immer in der Einzahl'' — im Unterschied zu den immer im Plural erscheinenden ,,Ständen'' bzw. ,,Staaten'', die die alte ,,bürgerliche Gesellschaft'' konstituierten. Der französische Staatsbürger Campe hat seine revolutionäre Lektion von der ,,einen und unteilbaren Republik'' gelernt, bekundet aber offensichtlich noch Mühe mit der Synonimität von neuem Staat in der Einzahl, ,,bürgerlicher Gesellschaft'' und ,,Ständen'' bzw. ,,Staaten'' im Plural in der traditionalen Terminologie.

Die Entstehung dieser ,,Staatsgesellschaft'' bzw. ,,bürgerlichen Gesellschaft'' dachte man sich in der Regel als Doppelvertrag zunächst unter den rechtsfähigen Bürgern (einer Minderheit also) und dann als Versprechen der Obrigkeit gegenüber den Bürgern. ,,Diese Bewilligung oder Verbundnis macht es, daß Obrigkeit ihre Gewalt aus rechtmäßiger Ursache her hat'' (Pufendorf 1711). Und selbst für diese privilegierten Schichten war der Spielraum gring, denn andere Agenturen — z.B. die Rechtstraditionen und die Kirchen — sorgten dafür, daß das ständische Korsett für die Mitglieder der ,,Staatsgesellschaft'' erhalten blieb. Die ständisch abgestufte ,,Autonomie'', die ständische ,,Libertät'', hat mit individueller Freiheit im modernen, nachrevolutionären Sinne — also mit liberté — gar nichts zu tun. Im Gegenteil — diese ständischen Rechte und Privilegien dienten der Einbindung der Individuen in ,,staatsgesellschaftliche'' Formationen von großer Kohärenz, denen brutale Sanktionspotentiale gegen Abtrünnige zur Verfügung standen. Ständisch-parastaatliche Normen zu durchbrechen, konnte für das Individuum in der alten ,,Staatsgesellschaft'' unter Umständen gravierendere Folgen haben als die Übertretung von Gesetzen in modernen Staaten, wo eine im Prinzip neutrale Instanz abweichendes Verhalten der Theorie nach gleichmäßig bestraft, aber auf rigide Standesehre-Verteidigung und entsprechend barbarische Rache- und Strafrituale verzichtet — im Prinzip, wenn auch nicht immer in der Praxis. Die Nicht- oder Nichtvollmitglieder der alten ,,bürgerlichen Gesellschaft'' — der Zahl nach allemal die überwältigende Mehrheit — konnten von Gesellschaft im modernen Sinne, d.h. von autonomen, relativ staatsfernen Beziehungen, von selbständigen Optionen für die Lebensgestaltung etc., allenfalls träumen. Doch bereits die Publikation solcher Träume war lebensgefährlich.

Soweit das Postulat der ,,Zivilgesellschaft'' Rückgriffe auf die vorrevolutionäre ,,bürgerliche Gesellschaft'' in dem Sinne impliziert, daß dort staatsfreie Räume, Zonen für autonomes Handeln oder gar subjektiver Freiheit besonders gewogene institutionelle Einrichtungen bestanden hätten, ist das nichts weiter als eine anachronistische Projektion, die viel mit aktuellen Problemlagen, aber nichts mit den historischen Realitäten der diversen Anciens Régimes zu tun hat. Den espace privé, den solche Projektionen in jenen alten ,,Gesellschaften'' voraussetzen, gab es einfach nicht, nicht einmal für den Hochadel. Dies dokumentiert schon die Terminologie — die Herrschaftssprache der politischen Theorie und der Jurisprudenz. Bestrebungen nach Autonomie im wirtschaftlichen wie im politischen Leben galten immer als coniuratio, rebellio, sedito, tumultus bzw. Aufruhr, Empörung, Verschwörung, von wem sie auch ausgingen (Adligen, Bauern, Stadtbürgern, Handwerkern, Gesellen oder Juden). Jeder einigermaßen konsequente Versuch, die gebundenen und verbundenen Lebensformen aufzubrechen und autonom zu gestalten, traf ganz schnell auf Grenzen und Widerstände. Und was mit bloßer Gewalt nicht im Zaume zu halten war, besorgten Sekundäragenturen von der Kirche über die Rechtsprechung bis zu den Zunftordnungen.

Soweit mit dem Postulat der ,,Zivilgesellschaft'' nicht alteuropäische, sondern moderne, nachrevolutionäre — also die Trennung von Staat und Gesellschaft voraussetzende Verhältnisse gemeint sind, geht es um antistaatliche Forderungen. Es leuchtet jedoch nicht ein, der Gesellschaft, die Anmaßungen des von ihr hervorgebrachten und getragenen Staates bestreitet, den Schleier ,,zivil'' umzuhängen, wo es doch um eine bekannte Formation geht: die von Hegel und Marx zuerst systematisch analysierte bürgerliche Gesellschaft sans phrase und deren Befreiung von staatlicher Gängelung. Die bürgerliche Gesellschaft wird weder besser noch anders, wenn man sie — aus historischer Unkenntnis — zur ,,zivilen'' adelt. Der Schutzschild, den sich die Gesellschaft in Form des Staates gutgläubig zulegte, hat sich längst zum Sicherheitsstaat verselbständigt, der die Gesellschaft zu handhaben gelernt hat. Wie auch immer man sich die Emanzipation der Gesellschaft von ihrem halblegitimen Monsterkind Staat vorstellt (die traditionellen Strategien sozialistischer Revolution und sozialrevolutionärer Praxis haben versagt, sind aber bisher — fast — ersatzlos geblieben): eine ,,zivile'' Gesellschaft wird die Gesellschaft weder automatisch noch unmittelbar nach der Befreiung von staatlicher Bevormundung so wenig genannt werden können, wie die Gesellschaften im Osten über Nacht ,,demokra-

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Kinder? Kinder! (Heft 38)
Sünker: Das Kind als Subjekt. Notizen zu Kindheit und Kinderleben heute ● *Dokumentation:* „Wenn das Auge über die Mauer springt". Reggio-Pädagogik in Hamburg ● *Kazemi-Veisari:* Augen-Blicke in Reggio-Emilia. Erfahrungen mit der Reggio-Pädagogik — Ein Reisebericht ● *Seehausen:* Arbeitswelt und Familie: Wege aus der Krise. Auswirkungen neuer Technologien auf die öffentliche Entwicklung von Kindertageseinrichtungen ● *Preissing:* Entspricht das KJHG der kindlichen Lebensrealität? ● *Ahlheim:* „Traurigkeit hat in der Kindheit nichts zu suchen". Der Golfkrieg und die Angst der Kinder ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Verlust und Befreiung.
Nach dem Umbruch im Osten (Heft 37)
Widersprüche-Redaktion: Schwierige Abschiede. Fragmente zu den Erfahrungen der Jahre 1989/90 ● *Kunstreich:* Demokratische Revolution und nationale Konterrevolution. Die Fortsetzung des deutschen Sonderweges ● *Diemer:* Was ist links? Nach dem Sturz des „realen Sozialismus" ● *Feurich:* „Wir müssen uns von dem trennen, woran wir lange geglaubt haben." ● *Nickel:* Deutschlands bleiche Schwestern. Ost-Frauen und West-Frauen: Vereinigte Uneinigkeit ● *Krahulec:* Erziehung nach Wandlitz. Probleme und Perspektiven sozialer Arbeit in den „fünf neuen Bundesländern" ● *Bamberg:* Modell Deutschland? Gelingt dem Sozialstaat die deutsch-deutsche Integration? ● *Bock:* Der Traum des Fliegens. Von der „Sozialunion" zu Übergangsarbeitslosigkeit ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Mehr Demokratie durch Recht? (Heft 36)
Kreissl: Regulation durch Recht: freiheitsverbürgend — freiheitszerstörend ● *V. Schöneburg:* Sozialismus und Strafrecht. Visionen, Forderungen und Erfahrungen mit dem Strafrecht in der DDR ● *Interview mit K.-H. Schöneburg:* „Die Verfassungsfrage verankern in den Widersprüchen der Gesellschaft selbst". Was bleibt von der Verfassungsdiskussion des Runden Tisches? ● *Kimmich:* Wie mit „Multikultur" Politik gemacht wird ● *Ahrens:* Drogenpolitik und Gesellschaft: „war against drugs" ● *Kryszon:* Weiterkommen durch Weiterbildung? ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

tisch" oder „zivil" geworden sind durch die Abhalfterung bzw. Zurückdrängung des staatssozialistisch-halbstalinistischen Apparats: Die Gesellschaften haben sich Bewegungsspielräume (zurück-)erobert, vorwiegend in der politischen und literarischen Publizistik, in der kulturellen Szene, in der politischen und gewerkschaftlichen Interessenformierung und -artikulation. Ein Anfang, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die „Zivilisierung", d.h. die „Vergesellschaftung" bislang handfest gewaltförmiger Potentiale von Staatlichkeit (Polizei, Justiz, Bürokratie, „Dienste", Militär, Außenpolitik) ist in Ost und West in vielen Formen denkbar, aber am wenigsten innerhalb der modernen bürgerlich-kapitalistischen Klassen-Gesellschaft, die ohne jene handfesten und jederzeit greifbaren Potentiale keine ruhige Nacht zu verbringen vermag: als die Polizei eines Tages in Kreuzberg nicht mehr durchgreifen konnte und wollte, bedienten sich auch die kreuzbraven Familienväter in den Geschäften kostenlos — nicht nur die „Gesetzlosen", „Außenseiter", „Chaoten" und „Autonomen". Jene Gesellschaft, die sich von ihrer staatlichen Bevormundung und Gängelung noch nicht emanzipiert hat (und als pur bürgerliche davon auch nicht emanzipieren will, darf und kann), gewinnt nichts hinzu, wenn man sie jetzt schon eine „zivile" statt eine „bürgerliche" (im modernen, gesellschaftstheoretischen Sinne) nennt. Dies kann sie vielleicht dereinst werden, wenn sie über den bornierten Horizont ihrer Interessentenprosa hinausdenkt, über die brutale Einfachheit ihrer marktorientierten Ellenbogenrezepte im Innern und ihr Vogelstrauß-Verhalten gegenüber den wirklichen Problemen im Weltmaßstab hinauswächst, aber dann ist sie keine „bürgerliche" mehr, sowenig wie sich ihr Antipode dann noch so als Staat aufspielen wird, wie er es heute tun kann (und muß!). Pfiffig gemeinte „Abkürzungen", wie die Proklamation, „wir werden jetzt alle Zivilgesellschafter", führen nicht weiter. In Staaten, wo die Gewaltpotentiale zwar vorhanden sind, aber zugunsten von gesellschaftlich akzeptierten und „gut eingeführten" Sekundäragenturen „freiwillig" zurücktreten wie in Italien, sticht der Gewaltcharakter „ziviler" Unmittelbarkeit besonders ins Auge: die Gesetze der Mafia sind sehr einfach, zivil und gesellschaftsnah from below; sie sind in einem so wurzelhaftküchenmesserscharfen Sinne „zivil", daß man sich davor allemal mehr zu fürchten hat, als vor dem rechtsstaatlichen Rigorismus, wenn der nicht gerade den Tatbestand „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" gegen jede Logik zum beurteilbaren Delikt erklärt und dafür drakonische Urteile austeilt — „im Namen des Volkes", das hier meistens nur noch den verbalen Joker abgibt für die staatlich eingemauerte Justiz und ihre Organe. Die Mafia ist eine ebenso militante wie zivile Einrichtung — „zivil" ist offensichtlich eine sehr dehnungsfähige Kategorie, bis hin zum herrschenden Dummdeutsch, wozu gleich ein paar Kostproben folgen. Von der Semantik der Herrschaftssprache aus führt ein schmaler Pfad zur „Logik" der Herrschaft: wo sich das Soziale noch als Ziviles verkleiden muß, herrscht zu viel Militärisches, Bürokratisches, Uniformiertes: der sogenannte „Zivildienst" ist ein „Sozialdienst" (ohne den in vielen Bereichen gar nicht mehr auszukommen ist), der sich aber mit dem Adjektiv „zivil" drapieren muß, weil er nur über diese armselige Hilfskonstruktion als Kompensation zur militärischen Wahnsinns-Normalität anerkannt wird. Aus und durch sich selbst gilt der falsch etikettierte Sozialdienst nichts, obwohl ohne ihn täglich Hunderte, wenn nicht Tausende sterben würden.

Änderungen an der Gebäudekonstruktion lassen die Tapeten nicht unberührt: wer eine Gesellschaft umbauen und nicht nur neu schminken will, muß den oben aufsitzenden Apparat ebenso verändern wie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundregeln in der Produktion, bei der Verteilung und in allen anderen wichtigen Bereichen. „Zivil" ist bei diesem Umbauvorhaben (wenn es denn die Substanz hat, mit der es hausiert), mit Ausnahme der Unterscheidung von zivilen und militärisch-staatlichen Einrichtungen im ganz engen Sinne keine trennscharfe Kategorie, die berühmten „zivilen Umgangsformen" eingeschlossen, denn damit bezeichnete der aufgeklärte Bürger nur den Anspruch auf Gleichberechtigung gegenüber dem militärisch-aristokratisch geprägten Reserveoffiziers- bzw. Stiftfräuleins-Gehabe. „Zivil" ist, von ein paar benennbaren Ausnahmen abgesehen (z.B. umgangssprachlich „zivile Preise"), eine Grüß-August-Kategorie: Grüß Auguste gibt es fast nur noch in kulinarisch völlig uninteressanten Etablissements, wo statt besser gekocht auf „Etikette" gehalten wird.

Prognose: wir werden noch eine zeitlang damit leben müssen, daß aus historischem Unverstand und politischer Verlegenheit sozialwissenschaftlich und vor allem publizistisch weitergespielt wird mit den Legosteinchen „zivil", „Zivilgesellschaft", „zivilgesellschaftlich" etc. Das bereits vorfindliche Angebot hat Format:

Ernst Nolte mit seiner Vorliebe fürs Einfältige, wenn es um das Deutsche, das Nationale oder das Bürgerliche geht, macht es sich ganz einfach: „Die bürgerliche Gesellschaft, die für Adam Smith und David Ricardo noch ‚societas civilis', Zivilisation also, bedeutet hatte" (FAZ 24.1.91) — das ist kein Irrtum, sondern bewußte Fälschung als Unterlage für seine historisch irrwitzige These von der „Rehabilitierung des Bürgertums". Bei Smith liegen die Dinge natürlich ganz anders: wenn Smith die moderne, bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft (die es erst in Ansätzen gab zu seiner Zeit) meint, sagt er sehr präzis „commercial society". Ist bei dem historisch wie philologisch Gelehrten dagegen von „civil society"/„societas civilis" die Rede — z.b. in den „Lectures" — so zielt das noch ganz in alteuropäisch-traditionaler Weise auf die aristokratische

„Staatsgesellschaft" bzw. den aristokratisch geprägten Staat des ausgehenden 18. Jahrhunderts, nix da mit „Zivilisation".

Unter der Ägide von W.F. Haug schrieb z.B. Gerwin Klinger am 29.8.1990 in der Einladung zu einem Gramsci-Kolloquim unter dem Titel „Gramsci und die Theorie der Zivilgesellschaft": „Mir scheint eine der wesentlichen Suchfragen der Linken die Frage nach einer sozialistischen Zivilgesellschaft oder einem zivilgesellschaftlichen Sozialismus zu sein". Mit „Suchfragen" sollte sich herumschlagen, wer „Findantworten" für einen sinnvollen Begriff hält. Zur Sache: der „zivilgesellschaftliche Sozialismus" hat es natürlich in sich, sozusagen als Komparativ-Kumpel zum solitären Pleonasmus. Ins sprichwörtlich „geliebte Deutsch" übertragen: „der gesellschaftlich-gesellschaftlichere-Gesellschaftlichkeits-Kurs" ist die „Suchfrage", sonst nichts außer Papier und Tinte. Na bitte, meine Damen und Herren, werden Sie „wesentlich", drunter läuft nichts — „zivilmäßig". Gramsci ist buchstäblich das Opfer geworden von Linken, die an ihren „Suchfragen" irre geworden sind, und von Schnellschreibern aus dem „Diskurs- und Projektbetrieb", wo kurzlebiger Wörterflimmer und -flatterkram sachhaltige Diskussionen ersetzt. Historisches Unverständnis, politische Schamhaftigkeit und theoretische Verlegenheiten bestimmen die Gramsci-Rezeption seit Jahren: früher waren sie alle „links" und „radikal", dann „kulturell", heute tragen sie „zivil", morgen werden sie „bosslike", „ganzheitlich", „vernetzt" oder gleich „staatssekretärsmäßig" daherkommen — die Themen wie die Autoren. Ich kann das nur kurz ausführen:

Erstens: Liest man Gramscis Texte genau, wird man feststellen, daß er meistens, wenn er „società civile" sagt, ganz und gar die „bürgerliche Gesellschaft" im Hegel-Marxschen Sinne meint. Dem widerspricht nicht, daß diese bürgerliche Gesellschaft — trotz ihrer Defizite — gegenüber dem alles deformierenden Staat und seinen Herrschaftsagenturen ein paar zukunftsträchtige und zukunftsfähige Momente enthält. „Società civile" meint bei Gramsci „politische und kulturelle Hegemonie einer gesellschaftlichen Gruppe über die ganze Gesellschaft", woran aber auch „der politisch-ethische Charakter des Staates" partizipiert (Gramsci, Quaderni del carcere VII, = Passato e presente, S. 217, meine Übers.). Den die historisch-beschränkte Formation überragenden und (manchmal) überlebenden Gehalt der bürgerlichen Gesellschaft sans phrase hat Gramsci unter dem Titel „Staatsvergottung" (statolatria) benannt: „Die Analyse wäre nicht genau, beachtete man nicht die beiden Formen, in denen sich im Sprachgebrauch und in der Kultur bestimmter Epochen der Staat darstellt als Gesellschaft (società civile) und als Staat (società politica), als „Selbstregierung" und als „Regierung beamteter Funktionäre" (ders., Quaderni XXVII, übers. C. Riechers, Philos. d. Praxis, S. 374). In Übereinstimmung mit Marx, dem zufolge die Pariser Kommune die Staatsgewalt für die Gesellschaft zurückeroberte, sagt Gramsci von den frühen italienischen Stadtrepubliken: „Il Comune era tradizionalmente considerato società civile, e non Stato" (ders., il Risorgimento, S. 221, eigene Übers.: „Die Stadtrepublik ist herkömmlicherweise als bürgerliche Gesellschaft, nicht als Staat betrachtet worden."). Das Moment der „Selbstregierung" kann unter Umständen in die Zukunft weisen — muß dies aber schon deshalb nicht, weil der bewahrte Grad von Selbstbestimmung in einer konkreten historischen Situation (z.B. jener Italiens vor 1848 und nach 1870/71) sehr gering war.

Zweitens: Gelegentlich verhandelt Gramsci den neuzeitlich-nachrevolutionären Gegensatz von bürgerlicher Gesellschaft und Staat auch mit den Begriffen „Italia reale" und „Italia legale", wobei die Pointe darin besteht, daß das „wirkliche Italien", also die zu einem bestimmten Zeitpunkt „real existierende" bürgerliche Gesellschaft, wenig bewahrenswerte Tendenzen im Sinne des modischen Geredes von der „zivilen Gesellschaft" enthält. Gramsci fragt: „aber besteht die bürgerliche Gesellschaft", wie die Klerikalen behaupten, „„vollständig und ausschließlich im Klerikalismus?" Antwort: Ja, „soweit die bürgerliche Gesellschaft etwas Unförmiges und Chaotisches war und für viele Jahrzehnte geblieben ist" bis zum Risorgimento, als andere gesellschaftliche Kräfte außerhalb der Kirche auf die Bühne traten (ebd. 220, eigene Übers.). Gramsci ist also weit davon entfernt, Begriff und Sache der „società civile" ideologisch aufzuplustern, so als hätte sie per Geburtsschein immerwährende Positivitäten und geschichtsphilosophisch geweihte Zückerchen für neoliberale Frischlinge, d.h. Ex-Linke weiterzureichen. Demgegenüber zeigt Gramsci, daß jede Form der società civile nur weitergeben kann, was sie sich gegen den Moloch Staat bewahrt oder zurückerobert hat — im politischen Kampf nota bene, nicht durch sozialwissenschaftlich-publizistische Zurechnung.

Die bürgerliche Gesellschaft wird weder besser noch anders, wenn man sie zur „zivilen" adelt

Drittens: Mit dem Begriff „civiltà" geht es den deutschsprachigen Gramsci-Adepten wie einstmals den Ökonomen mit dem Begriff „Ware": er gebiert „theologische Mucken", „entwickelt aus seinem Holzkopf Grillen" (Marx), weil er nicht einfach übersetzbar ist (wie übrigens auch der französische „citoyen", der ebenfalls auf die lateinische Wurzel „civis/Bürger" zurückgeht). Die Schnelldenker nehmen auf, was im Wörterbuch steht, aber das reicht selten aus für das Begreifen des Wirklichen. Wo die letzte Seichtheit und Schlüpfrigkeit zum „Diskursgegenstand" aufsteigt, gelingt selbstverständlich auch der Übergang von der italienischen „civiltà" (wozu fast alles paßt zwischen espresso, spaghetti al pesto, ganzen historischen Kulturen und zivilisatorischen Agenturen, einem Staatspräsidenten, der aufhört, weil er seine Frau mehr liebt als sein Amt; Steuergesetze, die nur zur Steuerhinterziehung motivieren usw.) zur platt-teutonischen „Zivilheit", die sich ihrer linguistischen Formverwandtschaft mit „Dummheit" nicht scheut, aber vergißt, daß „civiltà" von „civis/Bürger" nicht zu lösen, sondern nur im historisch-gesellschaftlichen Kontext einzulösen ist — in konkreter sachkundiger Reflexion, nicht im beliebigen Diskursieren: „Um das bißchen Zivilheit, um die aufgeklärte Gelassenheit, die in der Bundesrepublik in den letzten Jahren spürbar geworden ist, tut es mir schon leid. Wir hätten jetzt Bedarf danach" — so C. Stephan (Die Zeit Nr. 38, 14.9.90). „Zivilheit" gibt es wohl im „Hygienebedarfsartikel-Corner" eines Supermarktes zu kaufen, „civiltà" nicht, weil das — kurz hergesagt — eine Produktions-, keine Bedarfskategorie ist. Sie umfaßt Kleines wie schlechthin Unentbehrliches genauso wie ganze Epochen, Ideologien, Weltbilder etc. Vom Liberalismus etwa heißt es, er sei „eine allgemeine Vorstellung vom Leben" (concezione generale della vita), „eine neue Form der staatlichen Civiltà" (nuova forma di civiltà statale) und „eine neue Form der Kultur" (nuova forma di cultura, Risorgimento, S. 60, eigene Übers.). Gramsci ist weit davon entfernt, „zivil" einen gleichsam überhistorischen Rang und quasiontologische Dignität zu verleihen. Das gilt selbst für den eng gefaßten Bereich der Opposition „zivil" — „militärisch": „Daß viele Menschen, die sich für zivil halten, von wenigen Menschen beherrscht werden, die weniger zivil sind", aber materiell überlegen und unbezwingbar, „bestimmt den Zusammenhang von Christentum und frühem Ghanditum" und führt zu „Passivität, Anpassung und Entsolidarisierung" (Risorgimento, S. 66, eigene Übers.). „Zivil" bezeichnet hier schlicht ein Defizit, keine affirmative Qualität.

Die akademischen und weniger akademischen Mitsurfer bei allem, was zeitgeistig so anliegt, schreiben noch ein paar Monate auf „zivil" getrimmt weiter, bis der neue „Diskurs"-Jeton angeschwemmt wird. Den Horizont solcher Schreiberei bestimmt allemal die Höhe der Warenregale; und die wächst unentwegt — auf Kosten des freien Blicks. Was schon 1680 gegen solche Verbal-Experten in einem Lexikon stand, ist nicht falsch, nur weil es alt ist: „as all fanatics (they) cheat themselves with words, mistaking them for things". Die Produktion von Komposita mit dem Wort Gesellschaft ist in der deutschen Sprache unbegrenzt. Wir haben die Spielzeiten diverser Bindestrich-Gesellschaften bereits erlebt und überlebt: Freizeit-, Konsum-, Überfluß-, Arbeits-, Auto-, Risiko-, Zweidrittelgesellschaft etc. Wie wäre es demnächst mit der „Gesellschaft-Gesellschaft"? Buona notte tutti. ■

Von der Legitimationskrise zur Selbstentzauberung der Intellektuellen

Über den Zustand gesellschaftlicher Diskussion erfährt man oft dann am meisten, wenn man untersucht, über was alles nicht geredet wird. Angesichts der im letzten Jahr eindringlich zur Schau gestellten Stabilität und Handlungsfähigkeit des Staates, muß jeder Gedanken an eine Krise der Legitimation der politischen Institutionen abwegig erscheinen. Dem korrespondiert nun eine merkwürdige Begeisterung weiter Teile der ehemaligen neuen Linken für eben diese Institutionen, die man als das hinzustellen versucht, was man schon immer gewollt, aber nie zu begehren gewagt hat. Fast schon ein Sakrileg, zumindest aber unfaires Spiels ist es, heute daran zu erinnern, daß politische Ordnung in allererster Linie mit Macht zu tun hat und davor zu warnen, diese Macht nicht dem freien Gedankenflug normativer Begründungen zu überlassen.

Ein solches Sakrileg begeht Volker Heins in seiner Untersuchung der ,,Strategien der Legitimation" — der Diskussion über den Stellenwert und die Konsequenzen der Rechtfertigung politischer Ordnung, wie sie in der politischen Theorie im Anschluß an Max Weber sowohl von Neokonservativen als auch von Linken wie Jürgen Habermas geführt wurden. Dabei steht es außer Frage, daß die Konjunktur dieser Diskussionen, die in der Diagnose von den Legitimationskrisen im Spätkapitalismus als den für diese Epoche spezifischen Krisentypus gipfelte, längst vorüber ist. Habermas hat diese These, die er im Nachhall der Studentenbewegung Anfang der 70er Jahre erstellt, inzwischen selbst relativiert. Aber wenn dem gerade das Staunen über die Lebensfähigkeit der politischen Institutionen gefolgt ist, ja sich die Kritik geradezu zu einer Entdeckungsreise gewandelt hat, was denn an diesen Institutionen doch lobens- und bewahrenswert sein könnte, dann läßt sich diese Wandlung mit Hilfe der Kritik von Heins besser verstehen.

Denn hinter diesem Schwenk wird schon das Grundproblem der Argumentation von Habermas sichtbar. Es ist der Kritik von Volker Heins zufolge die systematische Unterschätzung der Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus, die den wichtigsten Konstruktionsschwächen des Theorems von der Legitimationskrise zugrundeliegt. Diese Unterschätzung ist aber alles andere als zufällig. Sie ist vielmehr in zwei Problemstellungen verankert, die über den Anlaß hinaus von ungebrochener Aktualität sind. Zum einen gibt es Heins zufolge bei Habermas einen normativistischen Überhang der Theoriebildung, den Heins unter Rückgriff auf eine andere Weber-Interpretation durch eine ,,schwache Legitimationshypothese" korrigieren will: Herrschaft beruht demzufolge nicht auf legitimierenden Gründen, sondern diese stellen eine Art zusätzliches Schmiermittel dar, denen sich politische Herrschaft bedienen kann. Zum zweiten wird von Heins auch die geschichtsphilosophische Untermauerung des Krisentheorems zurückgewiesen: Die Annahme, daß eine universale Entwicklunglogik mit der Tendenz zur kommunikativen Verflüssigung von Legitimitätsüberzeugungen auch eine wachsende Rationalität politischer Herrschaft erzeugt. Dagegen plädiert er für eine Historisierung der Legitimationshypothesen: für die Untersuchung der Wirksamkeit von Legitimitätsüberzeugungen in bestimmten politisch-ökonomischen Konstellationen.

Was dieser Kritik ihre aktuelle Bedeutung verleiht, ist das hier implizierte Verhältnis von politischer und ökonomischer Macht zu kulturellen Deutungsmustern und moralischen Bewertungen. Heins bestreitet nicht nur mit empirischen Argumenten die Annahme einer wachsenden Zivilisierung des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat, wie sie heute z.T. unter der These der ,,zivil society" vertreten wird. Er erhebt darüber hinaus prinzipielle Einwände gegen die Tendenz gerade von Linksintellektuellen, hinsichtlich politischer Herrschaft Begründungsfragen überzubewerten. An rechtsweberianischen Verwendungsweisen der Legitimationskonzepts demonstriert er, wie bei Neokonservativen die Begründungsform umgedreht wird: ,,Nicht der Staat soll sich legitimieren, sondern diejenigen, die fordern, daß sich der Staat rational legitimieren soll."

Daraus kann nun aber nicht der Umkehrschluß gezogen werden, daß politische Macht auf Legitimation gegründet und insofern jene durch die Forderung nach Begründung rationalisierbar sei. Vielmehr ist Legitimation ein ,,voraussetzungsreicher Typ der Modalisierung des Verhältnisses von Gesellschaft und Politik". Um mithin die Folgebereitschaft der Bevölkerung gegenüber dem Staat und seinen Repräsentanten, die faktische Legitimation politischer Institutionen, richtig einzuschätzen, muß, so Heins, die vorwiegend moralisierende Kritik politischer Herrschaft selbst der Kritik unterzogen werden.

Eine einfache Polarisierung zwischen Staat und Gesellschaft, ein ,,demokratischer Antagonismus" ist nach Ansicht von Heins heute weniger denn je zu erwarten. Um die Konflikte der Gegenwart zu analysieren, käme es ihm zufolge allererst darauf an, die unter Linksintellektuellen übliche Identifikation mit Tendenzen der Realität, wie z.B. sozialen Bewegungen, aufzugeben und statt dessen ihre eigene ,,faktische Marginalität unpathetisch zur Kenntnis" zu nehmen. Er plädiert dementsprechend für eine ,,soziologische Selbstentzauberung der Intellektuellen". Aber diese ,,Selbstentzauberung" führt einige Probleme mit sich. Zwar drängt sich der Zweifel auf: ,,Weder der engagierte Intellektuelle noch der desengagierte Bewohner des Elfenbeinturms scheinen der Gegenwart gewachsen zu sein ..." Doch bei solchen Rundumschlägen geht allemal das Glaushaus kaputt, in dem man selbst sitzt. Die Entzauberung falscher intellektueller Selbstbilder reagiert auf Fragen nach den Geltungsansprüchen von Kritik allein mit Verweise auf die Funktion der Kritik. Unpathetisch wäre es aber doch wohl, sich auch von der eigenen Marginalität eine begründete Kritik nicht ausreden zu lassen.

CHRISTOPH GÖRG

Volker Heins
,,Strategien der Legitimation. Das Legitimationsparadigma in der politischen Theorie"
Westfälisches Dampfboot Münster 1990, DM 36,—

Information statt Propaganda

Im Krieg verkommt das Denken zur medialen Show nach US-amerikanischen Normen, wo fast nur Regierungskonformes professionell aufgeplustert wird. Beim deutschen Fernsehen hat der Moderator im linken Ohr seinen Korrespondenten an der Front (Frage: ,,Wissen Sie etwas Neues?" Antwort: ,,Nein, aber ..." und dann folgen zensurkonforme Lebkuchenverse), zu seiner Rechten zusätzlich einen ,,Experten" (wozu jeder werden konnte, der sich eine Krawatte umband und über Kriegs- und Nahostvermutungen öffentlich vernünfteln mochte); der Experte wußte zwar auch nichts Neues, aber er konnte das von der Zensur Erlaubte zum x-ten Mal durchbeten und so den Eindruck erwecken, es gehe um Informationen und Fakten. — Gegenüber diesem Trauerspiel auf allen Kanälen, einschließlich der US-Networks, kann man ein Buch nicht genug loben, das informiert über die Geschäfte mit dem Irak, dessen tatsächliche militärische Stärke (und nicht die interessierten Propagandaformeln), über die internationalen Lieferanten von Waffen und anderem Equipment, über den deutschen Anteil daran und die dafür verantwortlichen Kapital- und Finanzfraktionen sowie das völlige Versagen von Politik und Geheimdiensten bzw. deren mehr oder weniger offen liegende Kumpanei mit den ,,Exporteuren des Todes".

L.L.

Hans Leyendecker / Richard Rickelmann:
,,Exporteure des Todes. Deutscher Rüstungsskandel in Nahost"
Steidl Verlag Göttingen 1990, 184 Seiten, DM 9,80

Deutschland, einig Vaterland: Die nationale Politik der KPD 1945-1953

Dissertation, 290 Seiten
Zusendung bei Einzahlung von DM 25,— auf das Postgirokonto Berlin 254906-104

M. Klein, Lindenschmitstr. 7b, 8000 München 70

TERMINE

Golfkrieg — Abfinden mit den Fakten?

Der Golfkrieg signalisiert eine neue Ebene der weltpolitischen Lage. War Weltpolitik noch bis vor kurzem durch den Ost-West-Konflikt charakterisiert, so zeichnet sich jetzt eine zunehmende Konfrontation zwischen industrialisiertem Norden und unterentwickeltem Süden ab. Saddam Hussein hat diese Situation ausgenutzt, sich stellvertretend für die armen Länder zum angeblichen Vorkämpfer gegen die Abhängigkeit von den Industrienationen aufzuschwingen, ohne dafür je ein ausgesprochenes Mandat seines eigenen Volkes oder der anderen Völker einzuholen.

Durch die Verwicklung westdeutscher Konzerne und Firmen in die militärische und zivile Aufrüstung des Irak und das militärische Eingreifen des vereinigten Deuschland in der Türkei und im Nahen Osten bekommt dieser Krieg eine besondere Bedeutung für uns. Nicht nur, daß es Aufgabe der politischen Bildung ist, auf eine derartige aktuelle Entwicklung einzugehen, sondern insbesondere Veranstalter von Internationalen Begegnungen mit Ländern des Nahen Ostens sehen ihre Programme infrage gestellt und müssen ihre Konzepte neu überdenken.

Der JUGENDHOF STEINKIMMEN — nicht nur als Einrichtung der politischen Jugendbildung, sondern auch als Veranstalter von deutsch-israelischen Begegnungsprogrammen vom Krieg im Nahen Osten betroffen — veranstaltet daher ein Forum für Kolleginnen und Kollegen der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland und Israel zu dieser Problematik.

Die Leitung haben Doris Bollinger, Siegfried Becker und Jürgen Fiege.

Termin: 2./3. Mai 1991
Ort: Jugendhof Steinkommen
Anmeldung und Information: Jugendhof Steinkimmen, 2875 Ganderkesee 1, Tel: 04222/8248
Anmeldeschluß: 15. April 1991

Mission, Macht, Märkte

1992 ist das Jahr, in dem sich die koloniale Eroberung Lateinamerikas zum 500. Male jährt. 1992 ist auch das Jahr der Vollendung des Europäischen Binnenmarkts, jenes Projekts der herrschenden Politiker, Manager und Bänker, das der EG eine Hegemonialposition in der Weltwirtschaft verschaffen soll. Im gleichen Jahr findet in Brasilien die UNO-Konferenz zu Entwicklung und Umwelt statt. Es ist offensichtlich, daß diese Ereignisse nicht nur in einem zeitlichen, sondern auch in einem inhaltichen Zusammenhang stehen: Sie stehen im Kontext tiefgreifender weltgeschichtlicher Umbrüche. Das Ende der Blockkonfrontation und der mit dem Zusammenbruch des ,,Real-Sozialismus'' verbundene Siegeszug der westlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung bedeuten jedoch für die ,,Dritte Welt'' keine Verbesserung.

Im Gegenteil, vieles spricht dafür, daß die politischen und wirtschaftlichen Vermachtungsprozesse auf dem Weltmarkt große Teile der ,,Dritten Welt'' völlig ins Abseits drängen. Nicht nur, daß der Golfkrieg mögliche Hoffnungen auf Abrüstung zunichte gemacht hat — er demonstriert darüberhinaus, daß die Mächtigen trotz aller gegenseitigen Widersprüche willens sind, mit militärischer Gewalt ihre Interessen gegenüber der ,,Dritten Welt'' durchzusetzen.

Die entwicklungspolitischen Aktionsgruppen werden auf ihrem 15. Bundeskongreß vor dem Hintergrund der ,,92er-Ereignisse'' in Arbeitsgruppen und Plenumsdikussionen die durch die beschriebenen Veränderungen aufgeworfenen Fragen zuspitzen, um Widerstandsmöglichkeiten und Alternativen zur herrschenden Wirtschaft und Poiltik zu diskutieren. Absicht ist es, die inhaltlich-politischen und aktionsbezogenen Konturen einer auf die zusammenhängenden Ereignisse 1992 bezogenen internationalen Kampagne herauszuarbeiten.

15. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)
Termin: 9.-12. Mai 1991
Ort: Alte Feuerwache, Köln
Anmeldung: bis spätestens 19.4.91
Kontakt und Information: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/393156

Zu Fall und Not-Wendigkeit

Die außergewöhnliche Mischung aus internationalen Bühnenkünsten und kritischen Gesprächsforen heißt in Mainz Open Ohr Festival. Alljährlich an Pfingsten wird auf der Zitadelle gestritten, diskutiert, getanzt, erlebt ... Kultur pur eben. In diesem Jahr will das 17. Open Ohr Festival den Blick auf den Brennpunkt Osteuropa lenken. Die Entwicklungen in Osteuropa, insbesondere die in der Sowjetunion, stehen im Mittelpunkt des Festivals.

Musik, Tanz, Kleinkunst und Schauspiel der osteuropäischen Kulturszene spiegeln wieder, was dort und bei uns an Hoffnungen aufbrach und begraben wurde. Im Zwiespalt zwischen Bewahren und Verändern beschwören neue Freiheiten neue Krisen herauf. Statt Perspektiven haben lebensbedrohliche Probleme und pure Gewalt den Menschen das Vertrauen in eine freiere Zukunft genommen.

Und es brennen auf dieser Welt zu viele Feuer: Der Golfkrieg verdeutlicht die ungelösten Nahost-Probleme. Eklatant verschärfen sich die Konflikte im Süden. Die Kosten für die erkaufte Friedensordnung zwischen Ost und West tragen die ewigen Verlierer.

Eine neue Welt-,,Ordnung'' ist im Entstehen begriffen. Zufall oder Notwendigkeit?

Termin: 17. - 20. Mai 1991
Ort: Zitadelle, Mainz
Kontakt und Information: Festivalbüro Rathaus, 6500 Mainz, Tel. 06131/12 21 73/28 24, Ursula Zerger

VORANKÜNDIGUNG:

Eine andere Moderne?

Die Frage nach gesellschaftlichen Alternativen hat nach dem Zusammenbruch des ,,realen Sozialismus'' auch die Demokratietheorie wiederbelebt. In den aktuellen Diskussionen geht es um Modelle der ,,Zivilisierung'' und ,,Demokratisierung'' des kapitalistischen Systems. Die theoretische Diskussion dieser Problematik ist nicht ohne Auswirkungen auf die politische Auseinandersetzung innerhalb des ,,links-grün-alternativen Spektrums'' geblieben.

Die gegenwärtigen Kontroversen (Golfkrieg!) haben aber zugleich einen erschreckenden Mangel offenbart: einen (mit der gebotenen Vorsicht: scheinbar) fehlenden Bezug zu den Problemen und Herausforderungen der realen gesellschaftlichen Entwicklung (der sie zumindest ihre Attraktivität verdanken). Diesen Zusammenhang herzustellen, soll eine zentrale Intention und Aufgabenstellung der geplanten Veranstaltung sein.

Es fällt auf, daß die Kluft zwischen den subjektiven Wahrnehmungen gesellschaftlicher Realität und deren ,,objektivem'' Verlauf größer zu werden droht (oder bereits größer geworden ist). Vor diesem Hintergrund spielt die Frage nach dem *Zusammenhang gesellschaftlicher Erfahrung* eine wesentliche Rolle für die Entwicklung von Kriterien zur Kritik der bestehenden Gesellschaft und Alternativen.

Die Feststellung, daß es bei den Diskussionen in Ost und West um völlig verschiedene Dinge gegangen ist, bzw. geht, ist trivial. Zu insistieren wäre jedoch darauf, daß sie unter einer Fahne wie ,,Zivilgesellschaft'' offenbar auch nicht vereinheitlichbar sind. Ulrich Beck hat in seinem neuen Buch (,,Politik in der Risikogesellschaft'') auf diese Schwierigkeiten hingewiesen: *daß nämlich die Transformation des ,,realen Sozialismus'' und die Modernisierung des kapitalistischen Systems der Produktion und Reproduktion sowohl zeitlich zusammenfallen als auch Prozesse von einem hohen Grad an Ungleichzeitigkeit darstellen.* Eine ,,andere Moderne'', die beide Aufgaben miteinander vereinbart, setzt eine Politik voraus, die Chancen der Demokratisierung des Kapitalismus konsequent ausschöpft. Politikansätze eines solchen ,,radikalen Reformismus'' (Joachim Hirsch) stehen im Mittelpunkt der diesjährigen Arbeitsgruppentagung des Sozialistischen Büros (SB), wo in thematisch strukturierten Foren Thesen und Konzepte zur Diskussion gestellt werden sollen.

Termin: 8. Juni 1991
Ort: Frankfurt/M.
Kontakt und Information: Sozialistisches Büro, PF 102062, 6050 Offenbach/M., Tel 069/88 50 06, FAX 069/82 11 16

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU BUCHLÄDEN IST:

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Bücherstube Dausien & Erb
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
Glasstr. 80
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wien
Buchhandlung Frick
Graben 27
Buchhandlung B. Herrmann
Grünangergasse 1
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7